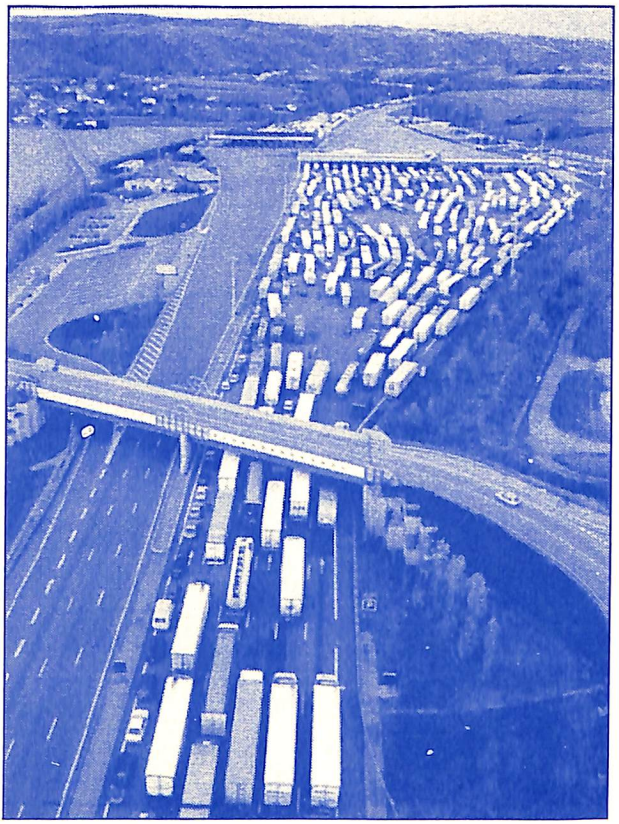
# Wildcat-Zirkular

Nr. 34/35
März 1997
8 Mark



## Der globale Instinkt

**Inhalt:**


| | |
|---|---|
| Statt eines Editorials | 1 |
| Der LKW-Fahrerstreik in Spanien | 8 |
| Wenn die Sitze fehlen, beleiben nur die Streikposten stehen | 28 |
| Der globale Instinkt | 30 |
| Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit (John Holloway) | 34 |
| Krise, Fetischismus, Klassenzusammensetzung (John Holloway) | 66 |
| Hamburger Hafenkrankenhaus: Hurra, wir sind besetzt! | 93 |
| Kritik des CentrO-Artikels (Zirkular 33) | 102 |
| Über Antikapitalismus | 104 |


**Kontakte:**


Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848
e-mail: jaa wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
e-mail: wildcat link-lev.dinoco.de


**Abos:**

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. 6 Ausgaben kosten 30 Mark. Ältere Exemplare sind zum Preis von 5 Mark erhältlich.
Bitte schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.), und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

# Statt eines Editorials...

»Lange Zeit bin ich früh schlafen gegangen.« Nö, diesmal hab ich nicht Marcel Prousts »Auf der Suche nach der verlorenen Zeit« dabei, während ich auf dem Arbeitsamtsflur warte – und in meiner langen Karriere als Arbeitsloser bin ich auch erst bis zum Band 5 des 14bändigen Kolossalschinkens vorgedrungen... aber heute habe ich keine Zeit zum Weiterlesen (außerdem bin ich schon seit einiger Zeit nicht mehr früh schlafen gegangen), denn die Zirkular-Endredaktion ist verdammt nahe gerückt und der Umfang quillt mal wieder aus allen Fugen. Da hat mir gerade noch gefehlt, daß mich mein Sachbearbeiter schon wieder sehen wollte!

Mal sehen, was bereits fertig ist. Zwei Übersetzungen von John Holloway: **Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit** und **Krise, Fetischismus, Klassenzusammensetzung**. Die fast 50 Seiten müssen auch erstmal verdaut werden. Jemand hätte dem John mal sagen sollen, daß sich die beiden Texte in vielem überschneiden, ein Text wäre mehr gewesen. Aber du hast mit den beiden Texten einen guten Überblick über die marxistische Diskussion – und eine Vorstellung davon, wie eine »Theorie gegen die Gesellschaft« nicht nur immer weiter die Niederlagen im Klassenkampf erklärt, sondern die (gewachsene) Brüchigkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses rausarbeitet. Seine grundlegende Kritik macht die aktuelle Situation als tiefe Krise des Kapitals und als historisch offen deutlich – alles andere als ein triumphaler Durchmarsch des Kapitals! Aber so nützlich seine Texte sind, er kann oft den eigenen Anspruch nicht einlösen. Seine Kritik am Feminismus z.B. arbeitet einige wichtige Punkte heraus, aber letztlich versteckt er sich hinter abstrakten Begriffen. Ganz ähnlich läuft es bei seiner Kapital-Staat-Globalisierungs-Kritik: Einerseits entwickelt er in »Capital moves« (Zirkular 21) einen superguten Einstieg in die Entstehung des Kapitals überhaupt, und fällt dann in »Globales Kapital und Nationalstaat« (Zirkular 28/29) selber wieder auf den Staatsfetisch rein: Nationalstaaten als »Staubecken«, kein Wunder, daß dieser Text im Prokla abgedruckt wurde! Und ausgerechnet diese Metapher hat dann KH Roth kritiklos übernommen! Ich atme ja

immer auf, wenn er in den Texten selber die Frage einstreut, warum uns die von Ihm ausgebreitete Diskussion überhaupt interessieren soll. Aber damit weckt er Erwartungen, die er auf dieser Ebene nicht recht einlösen kann...
Ich schrecke aus meiner Lektüre hoch: Zwei festgeschraubte Sitze links von mir sitzt ein Mann mit langen Haaren, Lederjacke und spitzen Stiefeln und schimpft; er liest gerade das letzte Zirkular und das Titelbild stinkt ihn mächtig an: »LSD für die Arbeiterklasse«, was soll denn das?? Versteht das hier einer??« Schnell finden sich ein paar sachkundige Drogenexperten, allgemein überwiegt die Meinung, daß Platzgründe ausschlaggebend gewesen sein müssen, Ecstasy hätte ja noch einen Sinn ergeben von wegen Euphorie oder so, aber LSD?? Man einigt sich schließlich, daß die UrheberInnen dieses Titelbilds wahrscheinlich noch nie in ihrem Leben LSD ausprobiert haben.

Ich arbeite mich derweil durch weitere Beiträge: »**Über Antikapitalismus**«. H. aus Freiburg stellt komplizierte Überlegungen an: »Die Akkumulation, also die Selbstvermittlung des Kapitals mit sich selbst, zieht ihren Kreis immer enger...« Ich bin versucht, es meinem Nachbarn gleichzutun und in die Runde zu rufen: »Hallo, versteht das hier einer?« Ich hoffe nur, die LeserInnen machen nachher nicht wieder *uns* für die vielen Fremdwörter und den unklaren Ausgang verantwortlich, so wie jener Jurist aus Bremen, der neulich sein Abo kündigte, weil er nicht »dauernd ein Fremdwörterlexikon neben sich liegen haben will, wenn er das Zirkular liest.« Starker Tobak für einen hanseatischen Akademiker!

Inzwischen ist der Kollege weiter vorn in der Schlange mit seiner Lektüre weitergekommen und hat sich das Editorial vorgeknöpft. Hier fällt seine Kritik vernichtend aus: das sei ne Karikatur, er liest auszugsweise vor: »›Wie üblich sind wir längst nicht mit allem einverstanden ... längst überfällige Diskussion und Untersuchung ... schon mal einige Thesen veröffentlicht ... noch in der Diskussion ... nach wie vor keinen neuen politischen Vorschlag ... zunächst weiter vor allem Materialsammlung.‹ – Und dann mal kurz was zu Hirsch und Co, Bourdieu, Holloway, Operaisten, Negri ... auf *einer* Seite! Was sollen wir LeserInnen mit so was anfangen?«

(Der Mann lebt schon lange in Kreuzberg, er beherrscht das große "I" auch im gesprochenen Wort.)
»In Ehrfurcht vor den SchreiberInnen erstarren? Oder sich heimisch fühlen, weil wir irgendwie alle nach Bonnies Ranch gehören?« grinst sein Nachbar zur Linken verschmitzt mit drei nikotingefärbten Zahnstummeln.

Ich versuche mich zu konzentrieren: Morgen früh ist Drucktermin, die Übersetzungen sind noch nicht durchgesehen, die Hamburger wollten ihren Bericht zum Hafenkrankenhaus nochmal überarbeiten: **Hurra wir werden besetzt!** In Hamburg kann man wohl nicht vors Haus gehen, ohne den superkorrekten Arbeiterstandpunkt angelegt zu haben – scheint irgendwie schon n interssantes Städtchen zu sein, aber irgendwo auch echt s-teif! Währenddessen geht das Gespräch munter weiter, der Kollege sucht jetzt nach den Rosinen und hat sich zum Selbständigen-Artikel von Sergio Bologna vorgeblättert.

»Da bringen die den meistzitierten Klassiker über die neuen Selbständigen, und erwähnen das im Vorwort mit keinem Wort! Allerdings weiß ich nicht so richtig, warum das alle so toll finden, ich hab das Ding damals schon in Italienisch gelesen und mich deshalb immer gefragt, warum sich da alle darauf beziehen, ob sie es denn überhaupt gelesen haben, oder ob sich alle auf das Hochloben von KH Roth verlassen haben...«

»Aber einen Riecher hatten die Wildcats da schon: den ollen Artikel haben sie »just-in-time« nachgedruckt: Ich hatte das Zirkular gerade im Briefkasten, als die LKW-Fahrer in Spanien in den Streik gegangen sind!« wirft eine schräg gegenüber sitzende Frau mit grünem Iro und Minirock (12 Grad Höchsttemperatur!) ein.

»Ach was, Ihr habt jetzt sogar Briefkästen in der Wagenburg?« höhnt der Mann mit den Zahnstummeln.

»Schnauze, Alter! ...«

Und da soll man sich konzentrieren! Zwei Zirkular-AbonnentInnen in einer Schlange beim Arbeitsamt! Ich bin zwar auf dem Arbeitsamt IV in der Charlottenstraße in Kreuzberg ar-

beitslos gemeldet und von daher einiges gewohnt, aber daß gleich zwei vor mir in der Schlange das Wildcat-Zirkular lesen... hätte ich gar nicht gedacht, daß wir mit unseren theoretischen Anstrengungen schon so weit ins arbeitende, Pardon: arbeitslose Proletariat vorgedrungen sind! Und dann diskutieren sie noch genau über das Thema des Artikels, den ich gerade zu redigieren versuche: **Der LKW-Fahrerstreik in Spanien im Februar 1997**

»Das ganze Gehubere um die neuen Selbständigen geht mir total auf den Senkel!« meldet sich ein etwas steif sitzender Mittvierziger zu Wort, der die ganze Zeit schweigend zugehört hatte und sich auch bei der allgemeinen Diskussion um LSD oder Ecstasy nicht beteiligt hatte. »Ich komme aus Bremen und da haben sie ein riesen Programm aufgelegt und den ganzen Vulkanesen, die jetzt arbeitslos werden, den Gang in die Selbständigkeit in den höchsten Tönen empfohlen, haben die beraten usw., letztenendes richtig bedrängt!«

»Aber in einem hat Bologna doch recht: er setzt dem ganzen Gedöhns, von wegen ›der Kapitalismus ist nicht mehr, es lebe das neue kreative Unternehmertum!‹ so n paar Wahrheiten entgegen: Die sogenannten Selbstständigen sind in Wirklichkeit genauso direkt ans Unternehmerkommando gebunden wie ein lohnabhängiger Arbeiter...« meldet sich der italienischkundige Zirkularleser wieder zu Wort.

»Ich bin neulich mal nachts zwei Stunden lang zu Fuß durch Berlin gelaufen. Das ist irre, in den dunkelsten Winkeln sind morgens um 3 Uhr die ganzen Dönerbuden noch geöffnet, da hängen zwei hinterm Tresen und warten drauf, daß vielleicht alle Stunde mal ein Taxifahrer vorbeikommt. Das find ich ganz schön traurig, da fliehen sie vor der Fabrikarbeit und landen bei 24 Stunden rund um die Uhr-Maloche mit oft minimalem Einkommen. Die meisten gehen ja sowieso im ersten Jahr schon wieder bankrott!« weiß die Miniberockte zu berichten.

»Geh mir doch weg mit den Selbständigen, entweder sie beuten den gesamten Familienanhang für umme aus oder es sind übelste Kleinunternehmer!« höhnt der Kunde mit Bonnies Ranch-Erfahrungen. »Mit ganz wenigen Ausnahmen!

Denn entweder du packst es in kurzer Frist, einen oder zwei Leute für dich arbeiten zu lassen, oder du gehst bankrott. Nur ein ganz kleiner Teil von denen bleibt doch wirklich ein selbständiger Einmann-Betrieb! Die ganze Steuerscheiße und so ist doch so zugeschnitten, daß du Leute einstellen *mußt*, du *mußt* Ausbeuter werden...«

»Nun, Bologna hat sich vor allem mit dem Fahrerbereich beschäftigt, das ist ja seit Anfang der 70er immer sein Steckenpferd gewesen, und da trifft es möglicherweise schon zu, daß ein großer Teil der Fahrer Selbständige sind.« insistiert der Zirkular-Abonnent I, »Und dann ist Italien was das betrifft sowieso ein ganz anderer Fall als die Be-Er-De. Nur in Spanien soll es noch mehr selbständige Fahrer geben.«

Ich schwitze währenddessen über dem Artikel: der Autor hatte mal wieder sämtliche Hypothesen der letzten Jahrzehnte reingepackt, wie soll man da einen lesbaren, spannenden Bericht draus machen?? Dabei ist das unter den selbstgeschriebenen Artikeln diesmal eigentlich unser Hauptbeitrag, der aus den Widersprüchen dieses Streiks in Spanien die momentanen Grenzen im Klassenkampf aufzuzeigen versucht, aber auch die potentielle Arbeitermacht, die in der weiteren Globalisierung und Vergesellschaftung des Kapitals steckt.

»Guck dir doch die ganzen Versuche an, die angestellten Fahrer zu selbständigen zu machen. DPD, German Parcel, UPS... in ganz kurzer Frist sind das dann alle Subunternehmer, die zwei, drei Leute für sich fahren haben.« muffelt der Dreizähnige und ich vermute so langsam, daß er selber so ne Geschichte hinter sich hat. »Das ist ja auch die einzige Perspektive, mit der sie einen ködern können, 14 Stunden und mehr am Tag reinzuhauen. ›Wenn ich mich schon quälen muß, dann für mich!‹ Das ist doch die Parole von denen, die auf den Leim der Selbständigkeit gekrochen sind und da ne Perspektive für sich sehen...« setzt er nach – und mein Verdacht wird fast zur Gewißheit, aber ich darf mich jetzt bloß nicht ins Gespräch einmischen, so interessant das wäre, denn der Berg Papier in meinen Händen muß bis heute abend durchgearbeitet sein, selbst dann wird es noch eine harte Nacht, die ganzen Korrekturen einzuarbeiten, das Zeug zu formatieren und auszudrucken. Also weiter: **Wenn die Sit-**

**ze fehlen, bleiben nicht nur die Streikposten stehen.** Schön kurz, wenig Tippfehler, wunderbar – weiter! Aber da holt mich wieder die Debatte um mich herum ein. Ein Enddreißiger mit Ohrring und Stirnband, der vorhin recht lebhaft in die Drogendiskussion eingegriffen hatte, seither aber dieses überlegene Grinsen der Alt-Kiffer gepflegt hatte, mischt sich wieder ein:
»Ich habe jedenfalls in letzter Zeit nur noch in Kleinbetrieben gearbeitet! Ist ja auch kein Wunder, wenn ich mir angucke, wie viele größere Betriebe es in Berlin und Umgebung noch gibt... Früher haben allein in Siemensstadt 50 000 malocht, AEG war ne Stadt für sich mit eigenem Bus. Alles weg! DeTeWe, Aqua Butzke, BSHG, Otis, Osram... ins Umland verlagert, abgebaut, ins Ausland gegangen. Die sollten mal was zu Kleinbetrieben schreiben, anstatt dem Mythos ›Selbständige‹ hinterherzurennen!«

»Aber du kannst ja nicht sagen: früher gab es Großbetriebe, heute gibt es Kleinbetriebe!« wirft Zirkular-Abonnentin II ein
»Von den Jobs im "Verarbeitenden Gewerbe", wie sie das nennen, sind allein 1996 10 Prozent abgebaut worden! In einem einzigen Jahr 10 Prozent, nachdem sie in den Jahren davor schon massivst im Osten abgebaut haben: Narva war ja nur der spektakulärste Fall, die haben doch ganz Marzahn und Oberschweineöde platt gemacht! Das heißt doch, es findet auch ne ganz massive Verlagerung von Fabrikjobs zu Jobs bei McDonald und so nem Scheiß statt!«

Die KollegInnen fangen an, sich über ihre Erfahrungen in Kleinbetrieben, mit Schwarzarbeit und wie man den neuesten Zumutungen des Arbeitsamtes begegnen kann, auszutauschen. Ich hör nur noch halb hin, über Lautsprecher wurde bereits die Nummer 87 aufgerufen und ich hab die Nummer 93, also nicht mehr viel Zeit!

Der Redebeitrag **Der globale Instinkt** versucht deutlich zu machen, daß »Globalisierung« für die Kapitalisten nicht das reine Honigschlecken ist. Wir selber sehen ihn als Anfang einer genaueren Analyse und Debatte darüber, inwiefern »Globalisierung« auch eine neue Qualität von weltweiter Arbeitermacht bedeuten kann.

**Die Kritik des CentrO-Artikels im letzten Zirkular** ist eine Ausnahme: Zwar wissen wir auch aus anderen Städten, daß Artikel aus dem Zirkular oft intensivst diskutiert werden (den Negri-Artikel zur Dezemberbewegung in Frankreich (Zirkular 26) haben wir in Berlin dreimal diskutiert!) – das schlägt sich aber leider nur sehr selten dann wieder im Zirkular nieder.

Zu zwei Sachen hätten wir gerne noch Beiträge gehabt oder selber geschrieben:
* aber unsere KorrespondentInnen im Wendland haben sich nicht als solche gefühlt;
* und zu den Ereignissen in Albanien fehlen uns die authentischen Informationen, um uns selber ein einigermaßen schlüssiges Bild zu machen (immerhin sind ein paar wichtige Hinweise im Artikel »Der globale Instinkt«). Der Aufstand könnte weitreichende, historische Bedeutung haben. Es ist der erste Aufstand im Osten gegen eine pro-westliche Regierung. Die Aufständischen öffnen die Knäste und befreien die Gefangenen, das ist eigentlich immer ein sehr gutes Zeichen. Die Medien jammern darüber, daß es keine Führer gibt – ebenfalls ein gutes Zeichen... Aber andererseits wissen wir einfach zu wenig, um ausschließen zu können, daß das ganze ein relativ geschickt inszenierter Bandenkrieg ist, ferngesteuert vom italienischen Militär und der süditalienischen Mafia, der Albanien als riesige Geldwaschanlage verloren zu gehen droht.

Aber 116 Seiten sind ja auch nicht gerade wenig!

»Die Nummer 93 bitte ins Zimmer 54!« Scheiße, hoffentlich haben die nicht auch noch einen Job für mich, das hätte mir gerade noch gefehlt!

Berlin, Anfang März 1997

# Der LKW-Fahrerstreik in Spanien im Februar 1997

*Nachdem wir hier vom Streik der LKW-Fahrer in Spanien erfahren hatten – zuerst über ausländisches Kabelfernsehen, die Presse berichtete in Deutschland erst, als sich Auswirkungen für die hiesige Industrie abzeichneten –, haben wir einen Bekannten, der in einer Autofabrik in Nordspanien arbeitet, um Berichte über die Situation gebeten. Im folgenden seine Eindrücke und Überlegungen aus diesen Tagen:*

**Donnerstag, 13.2.:**
»Deine Anfrage wegen des Streiks in Spanien habe ich heute bekommen. Der Streik der LKW-Fahrer hat am Donnerstag vor einer Woche angefangen, ausgehend von den kleinen Unternehmern, die nur einen oder ein paar LKWs besitzen. Jetzt beteiligen sich auch die Fahrer von größeren Unternehmen. Eine Menge Fabriken stehen still, darunter Renault und Michelin. Auch in unserer Fabrik gibt es Schwierigkeiten. Es werden Teile mit Taxis und privaten PKWs transportiert. Heute sind sogar welche mit dem Hubschrauber gekommen. In einem Informationsblatt der Geschäftsleitung von heute stand, die Lage sei schlimm, aber die Produktion werde momentan noch nicht gestoppt.

Die LKW-Fahrer fordern außer der Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre eine Erhöhung der Transport-Tarife und einen speziellen Preis für Diesel. Aber die ganze Presse stellt sich gegen die Streikenden und wir bekommen keine richtigen und ausführlichen Informationen über die Konflikte.«

Vom 6. bis zum 19. Februar 1997 blockierten zigtausende LKW-Fahrer mit ihren Fahrzeugen Autobahnen, Landstraßen, Grenzübergänge, Häfen und Fabrikzufahrten in Spanien. Die europäische Automobilindustrie wurde diesmal noch härter getroffen, als bei dem Streik der französischen LKW-Fahrer im letzten November. Spanien ist mittlerweile nach Deutschland der zweitgrößte Teilelieferant für die Automobilindustrie. Viele der großen Autokonzerne, die in Europa produzieren, haben Montage- oder Zulieferfabriken in Spanien aufgebaut. Zwischen den Fabriken von Volkswagen, Opel-GM oder Ford in Deutschland und Spanien bestehen enge Produktionsbeziehungen, bei denen Teile »just in time« von Spanien an die Fließbänder in Deutschland geliefert werden. Daher gab es schon nach wenigen Tagen Probleme in den Fabriken von Volkswagen und Opel – und die Börse reagierte mit deutlichen Kursrückgängen bei Autowerten. Die Produktion von Vectra, Astra, Corsa und Polo mußte mehrere Tage unterbrochen werden, und insgesamt 25 000 ArbeiterInnen in der deutschen Autoindustrie wurden in Zwangsurlaub geschickt. In Spanien

selbst waren fast alle Automobilfabriken und viele Zulieferbetriebe gezwungen, die Produktion zu drosseln oder vorübergehend einzustellen.

Der in ganz Europa vielbeachtete Streik der französischen LKW-Fahrer drei Monate zuvor (siehe die Analyse von Henri Simon, übersetzt in Wildcat-Zirkular Nr. 33) war mit Sicherheit ein wichtiger Auslöser für die Streikbewegung in Spanien. Und auf den ersten Blick ähnelten sich auch die Forderungen – die zentrale Forderung in Spanien war die Senkung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre. Die französichen LKW-Fahrer hatten im November 1996 mit ihren Blockaden die Senkung des Rentenalters von 60 auf 55 erreicht und damit in unmittelbarer Weise an die Bewegung vom Dezember 1995 in Frankreich angeknüpft. Damals hatten die Eisenbahner gegen die Heraufsetzung des Rentenalters von 55 auf 60 gekämpft und damit eine breite gesellschaftliche Bewegung ausgelöst (siehe Wildcat-Zirkulare Nr. 24, 25, 26 und 27). Die offensive Forderung nach einer Senkung des Rentenalters in der Privatwirtschaft auf das vom öffentlichen Dienst verteidigte Niveau lag auf der Hand, wurde aber nur von einigen kleinen Gruppen artikuliert. Die LKW-Fahrer haben nun mit ihrem Erfolg in dieser Frage eine Tür geöffnet, »durch die sich andere hereindrängen können« (Der LKW-Fahrerstreik in Frankreich, in: Wildcat-Zirkular Nr. 33) und es mittlerweile auch tun!

**Montag, 17.2.:** »Übers Wochenende war ich verreist. Als ich am Sonntag abend zurückkam, rief mich jemand aus der Firma an, ich bräuchte nicht zur Arbeit zu kommen. Die Fabrik ist zu. Heute, Montag, sollen wir die lokalen Radiosender hören. Im Laufe des Tages werden wir darüber informiert werden, ob wir morgen arbeiten oder nicht. Der Betriebsrat hat nichts dagegen. Es gibt von ihm keine offizielle Stellungnahme, weder mündlich noch schriftlich, außer daß wir abwarten müssen, da keiner wisse, wie lange dieser Streik dauern werde. Erst danach würde darüber entschieden, ob die Ausfalltage durch Urlaub oder durch Nacharbeiten ausgeglichen werden. Es besteht auch eine andere, gefährlichere Möglichkeit: der Arbeitsvertrag wird unterbrochen und wir bekommen Geld vom Arbeitsamt. Alles hängt in der Luft. Jetzt zum Hintergrund des Konflikts: Nach den offiziellen Angaben von 1995 gibt es in Spanien 143.217 Straßentransportunternehmer. Über 75 Prozent von ihnen sind Selbständige, die nur einen LKW besitzen. Insgesamt sind es 235.154 Wagen, davon 137.209 große Lastwagen. 50 Prozent der LKW-Fahrer sind im Alter zwischen 45 und 60 Jahren, etwa 22 Prozent sind über 60. Diese extreme Atomisierung ist der Hintergrund für die Entstehung einer Unzahl von lokalen Organisationen und Bündnissen. Geführt wird der Streik von FEDATRANS, die seit ihrer Gründung 1990 die aktivste Organisation ist. Ihre Mitglieder sind selbständige Fahrer, vorwiegend aus Nordspanien: Asturien, Kantabrien und dem Baskenland.

Sämtliche Medien und die Regierung sagen, es handle sich bei den Streikenden um eine radikalisierte Minderheit, die mit gewalttätigen Streikposten die Mehrheit der LKW-Fahrer, die arbeiten wollten, unter Druck setzen. Nachdem sich der Konflikt Mitte der vorigen Woche ausgeweitet hatte und sich auch andere Organisationen in Andalusien, Galizien usw. engagiert haben, wurde die Kampagne gegen die Streikenden noch aggressiver: sie seien nicht anderes als Handlanger der ETA...

Die FEDATRANS vertritt nach eigenen Angaben 47 Prozent der Fahrer von großen LKWs und 45 Prozent der von kleinen. Insgesamt vertritt sie nach Zeitungsangaben etwa 50 000 Fahrer. Tatsache ist, daß die FEDATRANS alleine zum Streik am 6. Februar aufgerufen hat und sich weigerte, an der bevorstehenden Verhandlungsrunde zwischen anderen Verbänden (vor allem der CETM, die die großen und mittleren Firmen in diesem Sektor vertritt) mit Vertretern der Regierung teilzunehmen.

Nicht ohne Gründe: Seit 1986 liegen die Forderungen der LKW-Fahrer (in erster Linie Rente mit 60 Jahren, Anerkennung der Berufskrankheiten, Erhöhung der Transportpreise) der Regierung vor, die bisher – auch nach dem Streik von 1990 – nichts anderes gemacht hat, als auf Zeit zu spielen.

Nachdem der Versuch gescheitert ist, die Bewegung mit gewissen Zugeständnissen an die anderen Verbände (Sonderpreis für Dieseltreibstoff – was jetzt die Taxifahrer in Bewegung gebracht hat, die heute in allen größeren Städten

Der zeitliche und inhaltliche Zusammenhang zwischen den Kämpfen der LKW-Fahrer in Frankreich und Spanien sowie die Bezugnahme von dänischen oder portugiesischen LKW-Fahrern auf diese Bewegungen lassen eine gewisse Zirkulation der Kämpfe erkennen. Auf der anderen Seite existieren große Unterschiede zwischen den verschiedenen Bewegungen. Objektiv befinden sie sich aufgrund der einheitlichen Entwicklung im europäischen Transportsektor in einer ähnlichen Situation und stehen vor denselben Problemen, aber gerade ein Vergleich dieser jüngsten Bewegungen in Frankreich und Spanien zeigt, wie schwierig es für die ArbeiterInnen in dieser Branche ist, sich selber als eine *Klasse* von Ausgebeuteten zu erkennen – obwohl sie sich in der unmittelbaren Praxis des Kampfs mehr und mehr als Klasse verhalten.

Im folgenden fassen wir Informationen aus Zeitungsartikeln zusammen und versuchen eine vorsichtige Einschätzung der Streikbewegung. Was unter den Fahrern abgelaufen ist, wie sie selber diskutiert haben, was die wesentlichen Motive für ihre Kampfbereitschaft und Entschlossenheit waren, wie sie zu ihren Verbänden stehen, die mit der Regierung verhandeln, über all das wissen wir kaum etwas. In den bürgerlichen Medien wurde darüber nicht berichtet und die gewerkschaftlichen und traditionellen Linken denken immer noch, mit diesen Leuten nichts zu tun zu haben.

## Die »autónomos« – *Arbeiter* in der dezentralen Fabrik

Stärker als in Frankreich, Deutschland oder Italien beruht der Straßengütertransport in Spanien auf der Arbeit von Selbstfahrern, selbständigen Fuhrunternehmern, die nur einen LKW besitzen und hauptsächlich selber fahren. In Spanien werden sie »autónomos« oder »autopatrones« genannt. Aufgrund des hohen Anteils an Kleinunternehmern und Selbständigen, und weil die notwendigen Lizenzen auf einem Schwarzmarkt gehandelt werden, sind alle Zahlenangaben mit Vorsicht zu betrachten. Um mehr statistische Klarheit in dieser Grauzone zu schaffen, war 1993 ein nationales Komitee unter Beteiligung einiger Verbände von Fuhrunternehmern eingerichtet worden. Trotzdem werden von verschiedenen Seiten unterschiedliche Angaben über Umfang und Struktur der Branche gemacht. Nach den in der Presse zitierten »offiziellen« Quellen gibt es in Spanien 160 000 Straßentransportunternehmen mit 240 000 LKWs. Von diesen Firmen verfügen 122 000, also über 75 Prozent, über nur ein Fahrzeug. 31 000 Unternehmen, 20 Prozent, haben zwei bis fünf Fahrzeuge. 525 Firmen haben mehr zwanzig Fahrzeuge. Der größte Verband der Fuhrunternehmer, die CETM, spricht von 140 000 Firmen mit 235 000 Fahrzeugen, von denen 85 Prozent »autónomos« seien. Im Zusammenhang mit der Forderung nach niedrigerem Rentenalter wurde das demonstrieren) zu brechen, sitzen seit Donnerstag Regierungsvertreter mit dem Streikkomitee, den »Terroristen« von FEDATRANS, am Verhandlungstisch, bisher ohne Erfolg. Mittlerweile sind fast alle Automobil-Fabriken geschlossen. Auch die Just-in-time-Zulieferer können nicht mehr produzieren – nicht weil es ihnen an Material fehlt, sondern weil der Produktionstakt unterbrochen ist. Sie sind nicht darauf eingestellt, die Zulieferteile zwischenzulagern.«

**Dienstag, 18.2., nachmittags:**
»Seit gestern führt die FEDATRANS alleine die Verhandlungen mit den Regierungsvertretern. Insgesamt 42 Organisationen (eine Mischung aus Selbständigen und kleinen Unternehmern) aus ganz Spanien lassen sich von FEDATRANS vertreten. Im Mittelpunkt steht das Rentenalter von 60 Jahren, die Anerkennung der Berufskrankheiten und die Begrenzung von neuen Lizenzen. Nach FEDATRANS gibt es zuviele Unternehmer und deshalb liegen die wirklichen Transportpreise in der Regel weit unter den offiziellen Mindestpreisen.
Abgesehen von einigen kleinen Zwischenfällen, besonders in Katalonien und Nordspanien, herrscht mittlerweile auf allen Autobahnen und Landstraßen Ruhe. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist in allen großen Städten fast wieder normal, es fehlen nur frischer Fisch und Import-Artikel, und das auch nicht überall.
Im Fernsehen war zu sehen, wie die Frauen der Streikenden bei den Streikposten demonstrierten. Es

war jede Menge Polizei da, von der »Guardia Civil«, vielleicht mehr als Demonstrantinnen. Die Polizei begleitet auch alle nichtstreikenden Fahrer. Heute erschien endlich eine Stellungnahme von UGT und CC OO in der Presse, aber sie meckern nur, daß »in diesen Verhandlungen die Interessen der Lohnempfänger der Speditionen nicht berücksichtigt werden.«

Der Zahl der Betriebe, die ihre Produktion einstellen müssen, wächst ständig. Außer Citroen in Vigo (Galizien), die ihre Komponenten per Hubschrauber bekommen, stehen alle anderen Autofabriken still. Über 60 000 Arbeiter sind betroffen. Außerdem sind jetzt die Taxi-Fahrer und Tankstellenbesitzer in Bewegung gekommen. Die Taxifahrer demonstrierten gestern in allen Städten in Spanien und blockierten die Stadtmitte. Die Dauer der Aktionen war von Stadt zu Stadt verschieden. Zwischen einer Stunde, wie in Zaragoza und anderen Städten, bis zu den Aktionen in Andalusien und im Baskenland, die den ganzen Tag dauerten. Sie wollen auch verbilligtes Diesel wie die LKW-Fahrer bekommen. Die Tankstellenbesitzer befanden sich heute Mittag auf einer Versammlung am Rande des Streikaufrufs. Zum Schluß haben sie in einer angespannten Atmosphäre beschlossen, es solle sofort zu einem unbefristeten Streik der Tankstellen kommen, falls die Regierung ihr Zugeständnis an die Transportunternehmer (verbilligtes Diesel) wahr machen sollte.

Meine Einschätzung: All dies, die Ruhe auf den Autobahnen und

relativ hohe Alter der Fahrer betont: nach Angaben der Sozialversicherung gibt es 22 000 selbständige Fahrer, die zwischen 55 und 64 Jahre alt sind. Anderen Angaben zufolge sind 50 Prozent aller Fahrer zwischen 45 und 60, und etwa 22 Prozent über 60 Jahre alt.

Die Verbände der Fuhrunternehmer sehen das Hauptproblem der Branche und die Gründe für die schlechten Arbeitsbedingungen in dem Überangebot und der Konkurrenz unter den vielen Firmen. Sie sprechen von einem »Überangebot« von 25 bis 30 Prozent, das dazu führe, daß selbst die staatlichen Mindesttarife unterboten werden. Die früheren obligatorischen Frachttarife sind längst abgeschafft. Formal wird der Umfang des Straßengütertransport zwar seit zwanzig Jahren vom Staat durch die Vergabe von Lizenzen reguliert. Nach offiziellen Angaben gibt es 137 000 Lizenzen. Da diese Lizenzen aber übertragbar sind, werden sie auf einem Schwarzmarkt für umgerechnet 35.000 bis 50.000 Mark gehandelt (Umrechnung von Peseta in D-Mark hier und im folgenden: 100 Pta = 1,20 DM) und die Beschränkungen bei der Lizenzvergabe werden nicht eingehalten. Die wirkliche Zahl der Lizenzen liege daher um 30 bis 40 Prozent höher. In der Zukunft wird der Konkurrenzdruck noch zunehmen, da ab Januar 1998 Transportunternehmen aus anderen Ländern der EU in Spanien ohne Lizenz arbeiten können.

Über die Arbeitsbedingungen und Einkommen der LKW-Fahrer, insbesondere der Selbständigen, finden sich in der Berichterstattung während des Streiks kaum genaue Hinweise. Die Verbände berichten, daß wegen des starken Konkurrenzdrucks ständig gegen die gesetzlichen Fahrzeitbeschränkungen und Pausenregelungen (neun Stunden pro Tag und 45 Minuten Pause nach jeweils 4,5 Stunden) verstoßen werde, sowohl von den Beschäftigten der größeren Unternehmen wie von den Selbständigen. Seit Ende der 80er Jahre spielt die Frage der Anerkennung von Berufskrankheiten eine große Rolle bei allen Verhandlungen – die Zahl der Todesfälle soll im Straßengütertransport die höchste von allen Wirtschaftszweigen in Spanien sein.

Die Zeitung »El Pais« führt einige Zahlen zu Kosten und Löhnen an. Demnach kostet einen Unternehmer ein schwerer LKW inklusive Tariflohnkosten pro Kilometer etwa 1,56 Mark. Der Tariflohn für Fahrer betrage 32.000 Mark brutto pro Jahr, der in 15 Gehältern ausgezahlt wird. Dazu kommen 13.200 Mark Spesen. Das wären monatlich 2.670 Mark brutto plus 1.100 Mark Spesen (wobei unklar ist, ob die brutto oder netto sind). Voraussetzung für die Arbeit als Fahrer ist ein dreimonatiger Kurs, der 1.200 Mark kostet. Eine Lizenz für den nationalen und internationalen Transport kostet offiziell 24.000 Mark. Viele selbständige Fahrer arbeiten mit Transportagenturen zusam

Landstraßen, die im Fernsehen und Radio ständig betont wird, die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, weist auf eine Art Waffenstillstand hin, der für die weitere Entwicklung des Konflikts sehr gefährlich werden kann. Wenn weiter verhandelt wird, ohne daß es zu irgendwelchen positiven Lösungen kommt, kann das zur Demoralisierung der Streikenden führen. Meiner Meinung nach arbeitet die Zeit jetzt gegen die Streikenden.«

**Dienstag, 18.2., nachts:** »Die Streikführer zeigten heute deutlich ihre Schwäche bezüglich der Verhandlungen. Die Anerkennung ihrer Macht erst durch die Regierung und dann durch die anderen Organisationen der LKW-Besitzer war nichts anderes als der Anfang ihres Niedergangs. Gestern waren sie gleich nach der Verhandlungsrunde vor die Fernsehkameras getreten (in Anzug und Krawatte), sprachen sich für die Aufrechterhaltung des Streiks aus, verlangten aber gleichzeitig nach Ruhe unter den Streikenden, denn »wir sind jetzt auf dem richtigen Weg zu einer guten Lösung, die kurz bevorsteht«. Heute waren sie um 18 Uhr wieder im Ministerium und haben von den Regierungsvertretern einen neuen Entwurf bekommen. Danach zogen sie sich bis 21 Uhr zurück, um den Entwurf zu studieren. Sie weigerten sich, mit Journalisten zu reden. Inzwischen trat Regierungspräsident Aznar in der besten Sendezeit vor die Fernseh-Kameras und wandte sich scharf gegen die Streikenden. Also: die Regierung verewigt die Verhandlungen, die

Streikführung macht mit, und die Streikenden setzen sich nach und nach wieder hinters Lenkrad. Morgen wird die Produktion in vielen Industriebetrieben schon wieder anlaufen, darunter bei OPEL, SEAT und RENAULT. Der Streik stirbt von alleine.«

**Donnerstag, 20.2.:** »Bitteres Ende. Es gibt nicht mehr viel zu erzählen über das Ende des Streiks. Während die Streikführer ewig in den Ministerien »verhandelten«, entfernten sich die lokalen Organisationen der selbständigen LKW-Fahrer tropfenweise von ihnen und setzten sich wieder hinter das Lenkrad, ohne länger auf eine nicht absehbare Lösung zu warten. Nur der ursprüngliche Kern der Bewegung (Kantabrien, Baskenland und Teile von Katalonien, sowie kleine, harte Gruppen in Kastilien und einigen anderen Regionen) blieb standhaft. Mittwoch war der heißeste Tag in diesem Konflikt, als eine Mischung von Enttäuschung und Wut auf verschiedenen Landstraßen des Landes zu heftigen Angriffen der Streikenden auf Streikbrecher und Polizisten führte. Es gab Verletzte und Festnahmen. Dienstag abend hatte Aznar im Fernsehen gesagt, hinter den Streikenden stehe die ETA. Dies war ein Signal dafür, daß die Regierung die Schwäche der Bewegung nach drei Tagen unfruchtbarer Verhandlungen schon abgeschätzt hatte. Nach der Verhandlungsrunde am Mittwoch hatten die Streikführer offiziell den Rückzug vom Streik bekanntgegeben. Ihre Worte: »Wir haben keine Einigung erreicht. Wir

men, die von den Firmen Aufträge reinholen und weitervergeben. Sie zahlen den Fahrern zwischen 0,90 und 1,00 Mark pro Kilometer, was bedeutet, daß sie als Selbständige höchstens durch überlange Arbeitszeiten auf den Tariflohn kommen können.

Obwohl die Forderung nach früherer Rente im Mittelpunkt der Forderungen stand, bietet sie den selbständigen Fahrern keine Lösung ihrer Probleme. Im Durchschnitt haben sie sehr viel weniger in die Rentenkasse eingezahlt als die bei den großen Firmen angestellten Fahrer. Sie würden nur etwa 480 Mark Rente beziehen, angestellte Fahrer etwa 840 Mark.

Auch schon in den früheren Streiks war der Preis für Dieseltreibstoff ein Element der Forderungen, 1992 ging es vor allem um die hohe Steuerbelastung. Diesmal spielte er eine besondere, zumindestens auslösende Rolle für den Streik. Bis zum Juli 1996 wurden die Höchstpreise für Benzin und Diesel staatlich festgelegt. Vor der neoliberalen Privatisierungswelle, die noch von der letzten PSOE-Regierung eingeleitet wurde, befanden sich auch die meisten spanischen Mineralölkonzerne in staatlichem Besitz. Der »freie Wettbewerb« und die Freigabe der Preise führte aber nicht zu der versprochenen Preissenkung für die Verbraucher, sondern zu einem starken Preisanstieg, bei Diesel um 14 Prozent von 1,00 Mark auf 1,14 Mark. Nach Angaben des Arbeitgeberverbands CETM macht das Diesel 30 Prozent der Transportkosten aus.

Für die Verhandlungen über die Umstrukturierung und Regulierung des Transportsektors gibt es einen offiziellen Ausschuß für den Güterverkehr, das CNTC (Comité Nacional de Transportes por Carretera). Es wird von der CETM dominiert, die 70 Prozent der Sitze hat. Außerdem sind FENADISMER, die Transportarbeitergewerkschaft der UGT, und einige andere Verbände vertreten. Die FEDATRANS war zunächst auch im CNTC vertreten gewesen. Mit der Feststellung, daß es bei den grundsätzlichen Forderungen nicht weitergehe, hatte sie im Januar '97 die Verhandlungen verlassen und zum Streik ab dem 6. Februar aufgerufen. Als Forderungen des Streiks präsentierte sie eine Liste, die so auch im nationalen Komitee verhandelt wurde und seit 1986 auf der Tagesordnung steht:

- Senkung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre, freiwilliges vorgezogenes Rentenalter mit 55
- Anerkennung von Berufskrankheiten (zum Bezug einer Erwerbsunfähigkeitsrente)
- Senkung des Dieselpreises bzw. entsprechende Subventionen für LKW-Transporte
- Überprüfung der staatlich genehmigten Transport-Tarife
- Keine Vergabe neuer Transport-Lizenzen

werden weiterkämpfen, aber mit anderen Mitteln. Der Streik muß ein Ende haben.« »Wir sind damit zufrieden, daß die spanische Gesellschaft die schwierige Lage unseres Wirtschaftssektors anerkannt hat.«
Damit ist klar, daß sie Opfer ihrer eigenen Strategie geworden sind, während der Verhandlungen Ruhe unter den Streikenden zu verlangen. Gerade in einem solchen Sektor ist es unmöglich, einen Streik über Verhandlungen hinweg aufrechtzuerhalten. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Regionen ist hier schlecht und es gibt keine genauen Informationen von den Verhandlungen. Wenn dann die Medien berichten, es wird verhandelt und in dem oder dem Gebiet wird die Arbeit wieder aufgenommen, dann bricht der Streik zusammen.
Seit Mittwoch, Frühschicht, arbeiten wir hier wieder. Insgesamt sind drei Nachtschichten und je zwei Früh- und Spätschichten ausgefallen. Morgen, am Freitag, werden Geschäftsleitung und Betriebsrat darüber verhandeln, wie mit den ausgefallenen Arbeitstagen umgegangen wird.
Heute morgen im Bus, auf dem Weg zur Arbeit, habe ich großen Streit wegen der Streikbrecher bei uns bekommen. Direkt nach dem Beginn des Streiks sind Arbeiter nach ihrer regulären Arbeit mit PKWs der Firma zu Zulieferfirmen gefahren, um Teile zu holen. Die Zeit haben sie als Überstunden bezahlt bekommen. Das ist wohl bei allen großen Autofabriken passiert. Diese Zulieferfirmen sind 300 bis 400 Kilometer von der Fabrik entfernt, manche sogar 800

Kilometer. Einige dieser Arbeiter sind von den Streikposten der LKW-Fahrer erwischt worden – und kamen dann mit leeren Händen und rotem Kopf mit dem Zug zurück. Die Streikposten haben in der Nähe solcher Zulieferfirmen Kontrollen gemacht, und wenn sie in einem PKW Teile für die Produktion fanden, haben sie die Wagen nicht durchgelassen und den Fahrern gesagt, sie sollten zu Fuß nach Hause gehen. Ich habe einen Betriebsrat, der auch im Bus auf dem Weg zur Arbeit war, gefragt, ob es Listen dieser Streikbrecher gäbe und was mit ihnen passieren sollte. Er hat sich aufgeregt, was denn für Listen, diesen Leuten hätten wir es schließlich zu verdanken, daß wir noch einen Tag länger arbeiten konnten. Hinten im Bus saßen drei Arbeiter, von denen ich wußte, daß sie auch diese Streikbrecherarbeit gemacht hatten. Sie saßen betreten da und sagten kein Wort zu dem Streit.

Wirkliche Solidarität mit den Streikenden hat es von unserer Fabrik aus nicht gegeben. Das Klima ist hier: »Rette sich, wer kann«. Das Schlimmste von allem ist, daß die Gewerkschaftsvertreter im Betrieb, auch die von der CCOO, den Leuten erzählen, die Streikenden seien doch gar keine Arbeiter, sondern Unternehmer. Aber ich habe auch einige hitzige Diskussionen unter Arbeitern mitbekommen, für und gegen den Streik. Eine Reihe Kollegen haben LKW-Fahrer in der Familie und wissen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten müssen.

Du hast gefragt, ob ich eine Zusammenhang zwischen dem

## Die korporatistische Grenze der Forderungen

Es ist sehr schwer, von hier aus die Bedeutung der einzelnen Forderungen für die Beteiligung am Streik einzuschätzen. Wir wissen aus eigenen Erfahrungen, wie weit die offiziell aufgestellten Forderungen und die eigentlichen Beweggründe für einen Kampf auseinanderfallen können. Andererseits sagt das praktische Verhalten der Streikenden zu den Forderungen einiges aus, dies vor allem in einer Branche, wo Stellvertreter-Streiks wie in der BRD undenkbar sind. Kein Gewerkschaftssekretär oder Verbandsfunktionär kann hier mal eben die Errichtung einer Straßenblockade oder das Abfackeln des LKWs eines Streikbrechers anordnen oder sie stellvertretend für die zu Hause vorm Fernseher sitzende Mitglieder organisieren. Die breite Beteiligung am Streik, die weit über den Einfluß von FEDATRANS hinausging und sogar Unterverbände der Arbeitgeberorganisation CETM mitriß, zeigt, welche Wut in dieser Branche vorhanden ist und daß sich die Fahrer von den aufgestellten Forderungen zunächst einmal eine Verbesserung ihrer Situation erhoffen.

Wie in den Streiks von 1990 und 1992 bilden die Forderungen ein widersprüchliches Gemisch von Aspekten, in denen sich die Arbeiter dieser Branche einerseits als Arbeiter und andererseits als Unternehmer betrachten (siehe Wildcat 60, Oktober 1992).

Auf der einen Seite gibt es Forderungen, die sofort alle Ausgebeuteten verstehen können (Senkung des Rentenalters, Anerkennung von Berufskrankheiten), auf der anderen Seite Forderungen, die sich auf diese spezielle Branche und die formale Selbständigkeit beziehen (Dieselpreis, Frachttarife, Zahl der Lizenzen). Die Regierung versuchte, an den sektorspezifischen Forderungen anzusetzen, den Streikenden eine staatlich geförderte Umstrukturierung der Branche zu versprechen (die auch von allen, selbst der FEDATRANS gefordert wird!) und sie über das korporatistische Gremium CNTC in diese Umstrukturierung einzubeziehen. Damit soll der allgemeine Klassencharakter dieses Konflikts dahinter verborgen werden, daß es sich um besondere Probleme einer Branche handele, d.h. gleichermaßen der Arbeiter und Kapitalisten in diesem Bereich. Im Verlauf des Streiks war die Regierung aber gezwungen, direkte Verhandlungen mit dem Streikkomitee und FEDATRANS aufzunehmen, was die großen Verbände der Fuhrunternehmer im CNTC sichtlich verärgerte. Obwohl dies zunächst ein Scheitern der bisherigen korporatistischen Strategie darstellte, fügte sich FEDATRANS – dankbar für diesen ungewohnten Achtungserfolg – schnell in die Rolle eines »verantwortungsbewußten« Verhandlungspartners und nahm dem Streik damit seine Dynamik (siehe die nebenstehenden Briefe aus Spanien).

Streik in Frankreich im letzten November und dem in Spanien sehe. Ich glaube, ja. Der Konflikt schwelt hier seit Jahren, es gibt ständig eine Motivation zum Kampf. Ein Streik wie in Frankreich oder woanders rührt da an eine offene Wunde.«

**Freitag, 21.2.97:** »Heute hat der Betriebsrat angekündigt, daß sie am Montag unter den Arbeitern darüber abstimmen lassen werden, ob die ausgefallenen Schichten als Kurzarbeit beim Arbeitsamt genommen werden, was 70 Prozent des Lohns für uns bedeuten würde, ohne die Firma etwas zu kosten, oder ob wir die Zeit durch Sonderschichten nachholen. In beiden Fällen wird den Arbeitern die Schuld für die Streikausfälle gegeben – aber der Betriebsrat tanzt nach der Pfeife des Unternehmers und die Vertrauensleute empfehlen, für die Sonderschichten zu stimmen.«

**Samstag, 1.3.97:** »Noch nie in der Geschichte der Fabrik hat es bei uns eine so breite Welle der Wut gegen den Betriebsrat (und die Gewerkschaften im allgemeinen) gegeben, wie in den zwei Tagen der Abstimmung. Allein in meiner Abteilung sind mindestens 45 Arbeiter aus den Gewerkschaften ausgetreten, egal ob CC OO, UGT oder andere.
Die Geschäftsleitung hatte den Betriebsrat vor die Alternative gestellt: entweder wird für die zwei Ausfalltage Kurzarbeit angemeldet (d.h. nur 75 Prozent des Lohns), oder sie werden in Samstagsschichten nachgearbeitet, wobei nur die Hälfte der üblichen Zulagen

gezahlt wird. Gerüchteweise war zu hören, einige aus dem Betriebsrat hätten die volle Zulage verlangt, aber es gab keinerlei Information des Betriebsrats über die Verhandlungen. Am Freitag brachten sie ein Blatt heraus, worauf nur noch diese Alternative zu finden war, mit der Empfehlung, für die Sonderschichten zu stimmen. Dieses Blatt führte zu vielen Fragen und Überlegungen unter den Arbeitern. Eines war klar: Der Betriebsrat hatte überhaupt nichts erreicht und er hatte auch keine kritische Stellung gegenüber den Vorschlägen des Unternehmens eingenommen (er hätte fordern müssen, daß die ausgefallen Tage ganz normal bezahlt werden). Beide Möglichkeiten – Kurzarbeit oder Samstagsschichten – dienen nur einem: dem Unternehmen. Die logische Schlußfolgerung daraus war für viele: für eine solche Wahlmöglichkeit brauchen wir keinen Betriebsrat.

An der Wahl haben sich dann von 9126 Wahlberechtigten nur 5396 beteiligt, davon waren 3981 für Nacharbeit und 1180 für Kurzarbeit. Schon am nächsten Tag erschien ein Blatt der Personalabteilung, in dem steht, an welchen Tagen die einzelnen Schichten nacharbeiten müssen und zu welchen Bedingungen. Eine davon ist: Wenn ein Arbeiter am Tag des Nacharbeitens krankgeschrieben ist, wird für ihn die Nacharbeit vertagt und er muß sie zu einem späteren Zeitpunkt nachholen. Vom Betriebsrat kam dazu nichts mehr außer einem Papier, auf dem das Abstimmungsergebnis mitgeteilt wurde.«

Im Vergleich zur Entwicklung der Kämpfe im französischen Transportsektor fallen wichtige Unterschiede auf (siehe Wildcat-Zirkular Nr. 33). Der französische LKW-Fahrerstreik von 1992 hatte sich in erster Linie gegen die Einführung eines Punktesystems beim Führerschein gerichtet, der die Fahrer zur Beachtung der Verkehrsregeln zwingen sollte. Die Forderung gegen dieses Punktesystems stellte eine »Verbrüderung« von Chefs und Arbeitern in dieser Branche dar, auch wenn die Arbeiter mit ihren Barrikaden in einen praktischen Gegensatz zur kapitalistischen Produktion traten. Gerade die Chefs haben das Interesse, daß die Fahrer unter Mißachtung aller Regeln und bei Mißachtung von Menschenleben das letzte aus sich und dem eingesetzten Kapital herausholen. Die entscheidende Frage ist hier, ob die Fahrer sich nur gegen die Beachtung der Verkehrsregeln wenden, und damit kurzschlüssig die Interessen ihrer Chefs verteidigen, oder ob sie die Verantwortlichkeit der Unternehmer zum Thema machen. Während des Streiks in Spanien berichtete »El Pais« von einem Prozeß in Frankreich gegen einen Fahrer, der drei Kinder überfahren und getötet hatte. Dabei wurde der Fahrer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und der Unternehmer zu 18 Monaten, weil er dafür verantwortlich sei, daß der Fahrer fast tausend Kilometer ohne Pause gefahren war und halb schlafend den Unfall verursacht hatte. Diese gewandelte Rechtspre-

chung reflektiert die Kämpfe der LKW-Fahrer, in denen sie die extremen Ausbeutungsbedingungen als wesentliche Ursache für solche Unfälle thematisierten.

Beim Streik im November 1996 gingen die Arbeiter sofort über die von den Chefs vorgeschlagene Forderung nach billigerem Diesel hinaus, die so wie die Ablehnung des Punkteführerscheins die Gemeinsamkeit von Unternehmern, Selbstfahrern und Lohnabhängigen in einer besonderen Branche betont: sie thematisierten die extremen Arbeitszeiten, die geringe Bezahlung, die Nicht-Bezahlung von Wartezeiten und Auswärtsübernachtungen, die zehn Karenztage bei Krankheit und schließlich die seit der breiten Streikbewegung vom Dezember 1995 allgemeinste Klassenforderung: die Senkung des Rentenalters auf 55. Im Unterschied zu Spanien war es für die LKW-Fahrer in Frankreich leichter, zu einem Bezugspunkt des allgemeinen Klassenkampfs zu werden. Zum einen ist der Anteil von Selbstfahrern in Frankreich (12 Prozent) sehr viel geringer als in Spanien, zum anderen standen sie aufgrund der Bewegung im Dezember 1995 von vornherein in einer Klassenfront. Sie bewegten sich in einem Umfeld von allgemeiner Solidarität, von der die spanischen LKW-Fahrer nur träumen konnten.

In Spanien verband sich die Forderung nach einer Senkung des Rentenalters für eine bestimmte Berufsgruppe nicht mit einer allgemeinen Diskussion und Bewegung für eine geringere Lebensarbeitszeit. Stattdessen wurden unweigerlich die sektorspezifischen Argumente in den Vordergrund gestellt. Von Anfang an haben die Verbände mit der notwendigen Umstrukturierung der Branche im Sinne eines Abbaus des Überangebots von Transportkapazität argumentiert. *»Nach dem Standpunkt der Streikenden wäre die Frühverrentung eine Möglichkeit, ohne große Traumata zur Selbstregulierung des Sektors zu kommen (72 Prozent der Fahrer sind über 44 Jahre). Damit, meinen sie, könnte man den Umfang des Sektors um 16 bis 18 Prozent verringern. Dafür ist es notwendig, daß das Transportministerium die Transporterlaubnis übernimmt und denen, die den Beruf verlassen, eine würdige Pensionierung garantiert.« (Wildcat 60, zum Streik von 1992)* In den letzten Jahren hatte die Regierung »Aussteigerprogramme« für LKW-Fahrer angeboten, die nicht auf Leistungen der Rentenversicherung zurückgriffen, um keinen Präzedenzfall für andere Arbeitergruppen zu schaffen. In diese Richtung orientierte sie daher die Verhandlungen während des Streiks. In dem Abkommen zwischen Regierung und CNTC, das vom Streikkomitee zurückgewiesen wurde, heißt es in Punkt 4: *»Die Arbeitsgruppen werden einen Hilfsplan für die Fahrer konkretisieren, die in den nächsten drei Jahren aus ihrem Job aussteigen wollen, als Fortsetzung des Programms, das in den Jahren 1992 bis 1995 auf 2 400 Fahrer angewandt wurde.«*

Dieses 120 Mio. Mark schwere Programm hatte jedem Fahrer, der seinen Job an den Nagel hängte, 24.000 Mark für eine internationale bzw. 18.000 Mark für eine regionale Lizenz gezahlt, außerdem 6.000 Mark pro Halbjahr, das zur regulären Rente mit 65 Jahren fehlt. Diese Zahlen klingen verlokkend, aber unter dem Strich ist es bitter wenig: wer z.B. mit 60 Jahren aufhört, bekommt 24.000 Mark für die Lizenz plus 60.000 Mark als Ausgleich. Das bedeutet für die fünf Jahre ein monatliches Einkommen von 1.400 Mark – zu wenig, um ohne Schwarzarbeit über die Runden zu kommen.

Das Streikkomitee forderte dagegen die Senkung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahren ohne Kürzung der Rente, und freiwillige Senkung auf 55 Jahre, wobei die gekürzte Rente durch den Verkauf der Lizenz aufgestockt werden soll. Auch das Streikkomitee knüpfte damit an den besonderen Bedingungen der Branche und der Selbständigkeit der Fahrer an. In dem Maße wie die Regierung an dem Punkt der Rente die kalte Schulter zeigte, verschob sich die Forderung noch weiter. Die Regierung hatte erklärt, es bedürfe längere Untersuchungen und Verhandlungen, um zu klären, ob sich eine solche Rentenregelung exklusiv für den Straßengütertransport schaffen ließe. Logisch, denn so wie in Frankreich nach dem Streik der LKW-Fahrer nun auch andere Gruppen die Senkung des Rentenalters für sich fordern, könnte ein Nachgeben an diesem Punkt eine breitere Dynamik auslösen. Aufgrund dieser unnachgiebigen Haltung verlegte sich das Streikkomitee darauf, lediglich das zwischen CNTC und Regierung ausgehandelte neue Aussteigerprogramm, das eine Dimension von 324 Mio. Mark haben soll (zum Vergleich: die Senkung des Rentenalters auf 60 im Straßengütertransport würde den Staat angeblich 1,8 Mrd. Mark kosten!), zu radikalisieren. Statt wie vorgesehen 1998 solle sofort damit begonnen werden.

Die Entwicklung in den Verhandlungen hat damit den Streik gerade am klassenpolitisch wichtigsten Punkt der Rente wieder in die Ecke einer besonderen »sektoralen Umstrukturierung« gestellt, über die er in der praktischen Machtentfaltung, durch die allgemeine Blockierung der kapitalistischen Produktion, also durch den Bezug auf die Stellung der LKW-Fahrer *als Arbeiter* im Produktionsprozeß, schon hinausgegangen war.

## Streikdynamik und Streikfolgen

Der Streik beginnt nach dem Aufruf von FEDATRANS zunächst in Nordspanien (Baskenland, Kantabrien usw.), breitet sich dann aber schnell über das ganze Land aus. Es werden gezielt Knotenpunkte des Transports wie Autobahnen, Häfen und Grenzübergänge blockiert. FEDATRANS behauptet

nach einigen Tagen, daß sich 80 Prozent der Fahrer dem Streik angeschlossen hätten. Angesichts der Tatsache, daß es immer wieder zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen streikenden und nicht-streikenden spanischen Fahrern kommt, scheint diese Angabe übertrieben. Die Medien sind allerdings selber von vornherein ein Instrument in der Mobilisierung gegen den Streik und ihre Berichte über solche Vorfälle mit Vorsicht zu genießen. Anders als beim LKW-Fahrerstreik in Frankreich, wo der Staat aufgrund der breiten Solidarität ein gewaltsames Vorgehen gegen die Streikenden nicht riskieren konnte, geht der spanische Staat sofort mit Polizei und der paramilitärischen Guardia Civil gegen die Blockaden vor. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen und jeden Tag werden irgendwo LKW-Fahrer festgenommen. Trotzdem zeigt der Streik schnell Wirkungen: die Versorgungslage bei Lebensmitteln und Treibstoff wird in den Städten eng. Ab dem 12./13. Februar treten Versorgungsprobleme auf. Durch die Konzentration der Milchproduktion nach dem EU-Beitritt in wenigen Großmolkereien wird die Versorgung mit Milch durch den Streik stark beeinträchtigt.

In der Industrie trifft es vor allem den Automobilbau, in dem sich aufgrund der Just-in-time-Zulieferung schon nach 48 Stunden Probleme zeigen. Am 18. Februar sind 60 000 ArbeiterInnen im Zwangsurlaub, die überwiegende Mehrheit von ihnen ist bei fünf Automultis beschäftigt: 17 650 bei Volkswagen/Seat, 9 300 bei GM-Opel, 17 400 bei Renault, 7 700 bei Citroën und 8 160 bei Ford. Die Gewerkschaft CC OO rechnet vor, daß bei Beantragung von Kurzarbeit (die meisten Firmen halten sich diese Lösung vorerst offen) dieser Ausfall den Staat jeden Tag 2,2 Millionen Mark kosten würde. Faktisch beteiligt sich die Gewerkschaft damit an der breiten Stimmungsmache gegen die Streikenden. Sie spricht zwar davon, daß die Autobetriebe für ihre Probleme durch die Einführung von Just-in-time und den hohen Importanteil selber verantwortlich seien und dafür zahlen müßten, es gibt aber nicht den kleinsten Ansatz, dies in den Autofabriken auch umzusetzen (zum Konflikt um die Bezahlung der Ausfalltage siehe nebenstehende Briefe). Diese Untätigkeit und Mitwirkung am kostenneutralen Ausgleich der Produktionsausfälle ist deswegen entscheidend, weil sich an diesem Punkt die Möglichkeit geboten hätte, den allgemeinen Klassencharakter des Konflikts praktisch zu entwickeln. Statt LKW-Fahrer und Industriearbeiter gegeneinander ausspielen zu lassen und daher auch völlig unbekümmert Streikbrucharbeit zuzulassen, wäre die gemeinsame Gegnerschaft zum Kapital in den Vordergrund getreten, das von den niedrigen Einkommen und langen Arbeitszeiten im Transportsektor profitiert. In der praktischen Streiktaktik ist zu erkennen, daß die streikenden Fahrer die Großindustrie gezielt treffen wollten und als ihren Gegner wissen. Während z.B. FEDATRANS im

Baskenland die Versorgung mit Milch zuläßt, verhindern die Streikposten durch genaue Kontrollen die Belieferung mit Teilen für die Autoindustrie. In den Autofabriken unternehmen Gewerkschaften und Betriebsräte aber nach allen vorliegenden Informationen keinerlei Versuche, Verbindungen zwischen den Arbeitern am Band und auf der Straße herzustellen, die sich faktisch in derselben Produktionskette befinden. In Deutschland ist die Situation dieselbe, wo Betriebsräte bei Opel und VW in vorauseilendem Gehorsam und aus Sorge um »ihre« Firma Betriebsvereinbarungen für einen kostenneutralen Ausgleich der Ausfälle aushandeln. Dabei kommen vor allem die neuen Flexibilisierungsmodelle bei der Arbeitszeit zum Tragen, die sich so als notwendige Ergänzung zur Just-in-time-Produktion erweisen.

Die Regierung reagiert auf den Streik mit einer Mischung aus Staatsgewalt und Verhandlungsbereitschaft im bisherigen korporatistischen Rahmen. LKW-Konvois mit Lebensmitteln oder Treibstoff und ausländische LKWs werden von Guardia Civil eskortiert. Die spanische Regierung steht gegenüber den anderen Staaten der EU unter Druck, mit dem Polizeiknüppel die Produktivität des gesamteuropäischen Produktionsverbundes zu verteidigen. Erst als ein französischer Sattelschlepper einen jungen Streikposten überfährt und tötet, appelliert die französische Regierung an die Transportunternehmen des Landes, nicht mehr nach Spanien zu fahren. Als Legitimation für das harte Vorgehen greift die spanische Regierung auf die Verankerung des Streiks im Baskenland und die »Nähe« von FEDATRANS zu ETA und HB zurück. Umfragen wie in Frankreich über Sympathie oder Ablehnung des Streiks in der Bevölkerung werden in Spanien nicht bekannt.

Parallel zum Einsatz der Staatsgewalt macht die Regierung Verhandlungsangebote im Rahmen des CNTC und schließt mit ihm am 14. Februar ein Grundlagenabkommen, das sich vor allem auf die Dieselpreise bezieht. Die Hauptpunkte sind:

1. Liberalisierung des Dieselverkaufs in der Weise, daß Transportkooperativen direkt mit den großen Dieselfirmen verhandeln und Rabatte von etwa fünf Prozent auf den normalen Preis bekommen können.
2. Regierungskontrollen des Dieselverkaufs zur Verhinderung von Preiskartellen
3. Festschreibung der Besteuerung des Diesels auf das durch die EU festgelegte Minimalniveau. Der Präsident des CNTC erinnert daran, daß dieses Niveau in der gesamten EU angehoben werden soll und die spanische Regierung daher besondere Anstrengungen unternehmen müsse, um dies zu verhindern.
4. Arbeitsgruppen sollen eine Fortführung des Aussteigerprogramms von 1992-1995 ausarbeiten.

5. CNTC und Regierung verpflichten sich, bis zum 30. Juni ein Dekret zu veröffentlichen, in dem neue Kriterien für Gewicht und Abmessungen der LKWs, für Verträge zwischen Fahrern und Speditionen, für die Anerkennung von Berufskrankheiten und für den Erwerb von Lizenzen festgelegt werden.

Die Regierung versucht mit diesem Abkommen, die Wut der LKW-Fahrer in den korporatistischen Rahmen einzusperren, handelt sich damit aber zugleich zwei neue Probleme ein: die Taxifahrer greifen die Forderung nach verbilligtem Diesel auf und beginnen eine eigene Bewegung. Am Ende des Streiks der LKW-Fahrer haben sie die Zusage erreicht, daß alle Vereinbarungen über Dieselpreisrabatte, Berufskrankheiten und Ausstiegsbeihilfen auch für sie gelten sollen. Deren Umsetzung steht allerdings nach dem Ende des Streiks für beide Gruppen in den Sternen. Die andere Gruppe, die nach diesem Angebot für verbilligtes Diesel sofort protestiert, sind die Tankstellenpächter, die um ihre Einnahmen fürchten. Der Tankstellenpächterverband stellt der Regierung ein Ultimatum bis zum 28. Februar, ihre Entscheidung über die Rabatte beim Diesel für Kooperativen zu überdenken. Danach könne es zu einem Streik ohne Notdienste kommen.

FEDATRANS weist das Abkommen empört zurück und konkretisiert nochmals ihre Forderungen:

1. Festlegung des Rentenalters für die selbständigen Fahrer auf 60 Jahre bei voller Rente und freiwillig auf 55 Jahre mit der Möglichkeit, die gekürzte Rente durch den Verkauf der Lizenz aufzustocken.
2. Anerkennung der Berufskrankheiten. Eine der Arbeitsgruppen der CNTC analysiert eine Liste von 33 Krankheiten und ist mit Experten und Medizinern dabei, vor dem 30. Juni eine endgültige Liste zu erarbeiten. Das Streikkomitee will diese Liste haben.
3. Das Abkommen über den Dieselpreis sei eine große Verarschung: Es sieht keine Rabatte für alle Transporteure vor, sondern nur für die in Kooperativen zusammengeschlossenen. Fahrer mit einer Lizenz sollen an jeder Tankstelle Rabatt bekommen.
4. Der Zugang zu neuen Lizenzen für den Straßengüterverkehr soll gestoppt werden. Das CNTC hat lediglich erschwerte Zugangsbedingungen mit der Regierung vereinbart.

Zu Beginn des Streiks hatten die anderen Verbände die FEDATRANS aufgefordert, wieder ins CNTC zurückzukehren und sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie erklären ihre Unterstützung für die Forderungen des Streiks, nicht aber für den Streik selber. An der Kampfform scheiden sich die Geister und klärt sich der Arbeitercharakter des Streiks – viel stärker als am Charakter der Forderungen. Durch die Anerkennung als Verhandlungspartner wird FEDATRANS zögerlicher in bezug auf den Streik

und ruft zur Ruhe auf. Damit beginnt das Ende des Kampfs (siehe die Briefe). Die gesellschaftliche Isolierung des Streiks wird an solchen Gesten deutlich, wie dem Appell von FEDATRANS an den spanischen König (!), er möge doch auf den Arbeitsminister einwirken, der den Konflikt als Problem der öffentlichen Ordnung und nicht als Problem des Transportsektors. Ab dem Wochenende 15./16. Februar sprechen die spanischen Medien davon, daß sich die Lage in immer mehr Regionen – außer dem Baskenland und Kantabrien – normalisiere. Also genau zu dem Zeitpunkt, als die europäische Automobilindustrie in ernste Probleme gerät, am Freitag, den 14. Februar, muß als erste Autofabrik in Deutschland Opel in Rüsselsheim die Bänder der Vectra-Produktion stoppen. In der folgenden Woche folgen die Opel-Fabriken in Eisenach und Bochum und bei VW die Polo-Produktion. Ein Sprecher von Ford-Deutschland erklärt nach dem Streik, man sei noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen, aber die Firma habe eine Million Mark für den Lufttransport von Teilen aus Spanien ausgeben müssen, um die Fiesta- und Scorpio-Produktion in Köln aufrechtzuerhalten. Lediglich in Saarlouis gab es eine halbstündige Produktionsunterbrechung.

Am 19. Februar, nach zwei Wochen Streik, ruft FEDATRANS »aus Verantwortung für die spanische Wirtschaft« zum Abbruch des Streiks auf – ohne außer ihrer Anerkennung als Verhandlungspartner irgendetwas Konkretes erreicht zu haben. Die Regierung hat lediglich versprochen, in einen »permanenten Dialog« einzutreten und bis zum 30. Juni verbindliche Regelungen zu treffen (s.o. das Abkommen zwischen CNTC und Regierung). Es gibt eine mündliche Absprache, daß alle Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Streik eingestellt, bzw. schon durchgeführte Maßnahmen rückgängig gemacht werden. FEDATRANS zeigt sich zufrieden. Man habe auf die Probleme der Branche aufmerksam machen können und die Aznar-Regierung habe vorher nie von Dialog gesprochen. Von nun an will sich FEDATRANS wieder an den Arbeitsgruppen des CNTC beteiligen und verlangt, das Komitee solle durch eine allgemeine Abstimmung in der Branche neu zusammengesetzt werden. Der Industrieminister betont, daß im Komitee über alle Punkte mit Ausnahme der fallengelassenen Forderungen nach früherer Rente bereits verhandelt werde.

## Arbeiter*klasse* und die Zerbrechlichkeit des Kapitalismus

In seiner Analyse des LKW-Fahrerstreiks in Frankreich hebt Henri Simon zwei Momente hervor, die die aktuelle Situation an der Klassenfront »fast schulmäßig klarwerden lassen«: 1. »Die Routiers können als Symbol für alle Nöte der aktuellen Ausbeutungssituation und des Drucks des Kapitals zur

Profitmaximierung stehen: anstrengende Arbeit, niedrige Löhne, fast unbeschränkte Verlängerung der nichtbezahlten Arbeitszeit, totale Flexibilität, Prekarisierung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Ihr Kampf wirft gemeinsame Probleme einer Menge ArbeiterInnen besonders aus dem Privatsektor auf.« Und 2. macht er deutlich, »wie verletzlich das moderne kapitalistische System ist, in dem auf der Suche nach Profit alles so eng miteinander verflochten ist, daß der kleinste Aussetzer das Ganze schnell aus dem Gleichgewicht bringt.« Dasselbe gilt für den Streik der LKW-Fahrer in Spanien, auch wenn das zweite Moment hier viel stärker deutlich wurde als das erste. Für viele ArbeiterInnen in Spanien wird es kein Problem sein, die Masse der LKW-Fahrer als Proletarier zu erkennen, als genauso ausgebeutete und geknechtete Menschen wie sie selber. Ob es an den zu spezifischen Forderungen des Streiks oder dem allgemeinen politischen Klima in Spanien lag, daß es keine Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben gab, können wir nicht sagen. Der Streik schien eher Kollegen in anderen Ländern zu mobilisieren. So meldete sich nach einigen Streiktagen eine Fahrer-Gewerkschaft aus Portugal zu Wort und kündigte ihrerseits Kampfmaßnahmen an, falls ihre Forderungen nach Rente mit 55 Jahren, höheren Löhnen und Bezahlung der Ruhepausen nicht erfüllt würden. Von einer »Zirkulation der Kämpfe« wie Anfang der 70er Jahre, als länderübergreifend der Streik in einer Fabrik zum Signal für viele andere werden konnte, kann nicht gesprochen werden. Sicherlich gibt es insofern Zusammenhänge zwischen den Streiks in Frankreich und Dänemark, zwischen Spanien (und den Diskussionen in Portugal), als sie ähnliche Rahmenbedingungen für die Arbeiter reflektieren. Aber so wie jetzt in Spanien fallen die Bewegungen bisher immer wieder in ihre korporatistische und nationale Isolierung zurück, ist der Ruf nach nationalstaatlicher Regulierung und Abschottung vor der Konkurrenz der anderen Arbeiter naheliegender als die Perspektive einer allgemeinen Klassenmacht gegen das Kapital.

Stärker als in Frankreich wurde die praktische Verwundbarkeit des modernen kapitalistischen Fabriksystems deutlich, in der sich die Möglichkeit von Machtentfaltung abzeichnet. In den Streiks und in den Meldungen über die Produktionsausfälle in der gesamteuropäischen Automobilproduktion können die Arbeiter selber erkennen, welche Stellung ihnen im modernen Produktionsprozeß zukommt, wie sehr das Funktionieren der gesamten Ausbeutung von ihrer lebendigen Arbeit abhängt. Während sie sich auf dem Markt vielleicht eher als private Anbieter einer Dienstleistung und selbständige Unternehmer betrachten (und aus Statusgründen auch so sehen wollen – wer will heute schon Arbeiter sein?), zeigt ihnen jeder Streik und jede Produktionsunterbrechung, daß sie Teil einer enorm ausgeweiteten gesell-

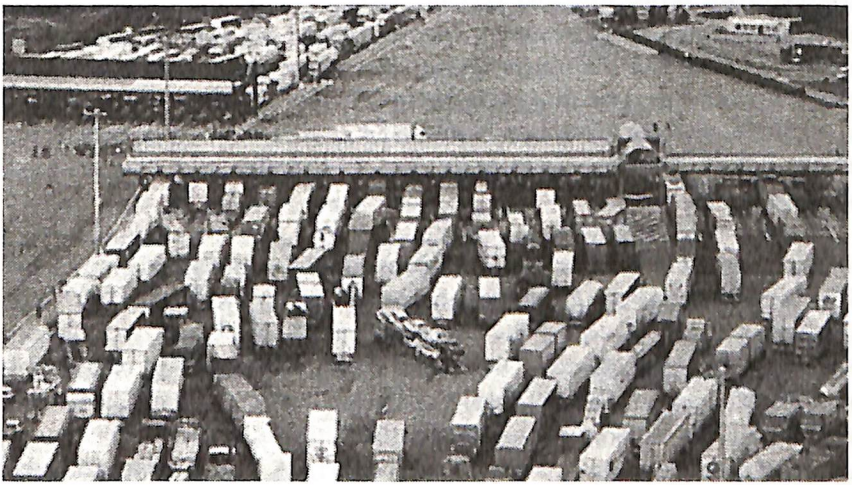
schaftlichen Kooperation sind, von der die Profite der ganz Großen abhängen. Durch ihre Arbeit wird Kapital akkumuliert, aber nicht in ihren Händen (siehe dazu Rainbird, Wildcat-Zirkular Nr. 33).

Bisher haben die LKW-Fahrerstreiks der 90er Jahre in Europa die mögliche Macht dieser neuen, prekären und flexiblen Arbeiterklasse nur angetippt. So wie jetzt dauerte bisher kein Streik länger als zwei Wochen, was genau die Grenze zu sein scheint, ab der die Auswirkungen für die industrielle Produktion katastrophal werden. Genau ab dem Punkt war auch stets – wie in Frankreich 1992 – die militärische Eskalation des Konflikts zu befürchten. 1996/97 sind die LKW-Fahrer in Frankreich und Spanien durch eine Mischung aus gewerkschaftlichem Zureden und drohender Staatsgewalt vor dem Überschreiten dieser Grenze abgehalten worden. Als der Streik in Deutschland zu ersten Produktionsunterbrechungen führte, wurde von Betriebsräten deutscher Autofabriken die Forderung laut, das Just-in-time-System der Zulieferung und den hohen Importanteil zu überdenken. Die Firmensprecher wiegelten ab: es gebe keine Alternative zu den Kosteneinsparungen durch die verringerte Lagerhaltung und die Fertigung im Ausland. Ein Sprecher von Opel beruhigte sich mit der Feststellung, der Streik der Fernfahrer in Spanien sei immerhin der erste in zehn Jahren gewesen, der die Automobilproduktion in Deutschland ernsthaft berührt habe - »und hoffentlich auch der letzte«.

Das klingt wie Pfeifen im dunklen Wald, weil sie keine Alternativen haben. Der Kapitalismus kann auf die Widersetzlichkeit und Verweigerung der lebendigen Arbeit immer nur mit Schüben einer weiteren Vergesellschaftung reagieren, die sich unmittelbar als Ausweitung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und damit als Atomisierung und Trennung der ArbeiterInnen darstellt. Aber um so wichtiger wird dabei jedesmal das Band, das die zersplitterten und getrennten Abschnitte der materiellen Produktion wieder zusammenbringt: das ist im weitesten Sinne der Transport. Da er scheinbar nicht selber eine produktive Funktion hat, nichts erzeugt, sondern »nur« bewegt, bleibt er unsichtbar, taucht nur am Rande auf (siehe dazu Bologna zum »Mythos der immateriellen Arbeit«, Wildcat-Zirkular Nr. 33). Zugleich rückt er aber immer weiter ins Zentrum der kapitalistischen Akkumulation, weil auf ihm der gesamte Zusammenhang beruht. Diese widersprüchliche Form von Vergesellschaftung, d.h. einerseits global immer mehr Menschen in einen produktiven Zusammenhang zu bringen, und sie andererseits durch Vereinzelung, Konkurrenz zwischen Gruppen und Betrieben oder nationale Gegensätze voneinander zu trennen, ist ein grundlegendes Dilemma der kapitalistischen Akkumulation. Daher können Leute wie der zitierte Opel-Manager nur darauf hoffen, daß diese neue Macht

solange wie möglich verborgen bleibt und in korporatistischen Verhandlungen kanalisiert werden kann. Aber sie können nicht die Entwicklungsrichtung umdrehen, das Niveau der Arbeitsteilung und Kooperation wieder zurückschrauben. Auf die Frage, ob nicht eine Umstellung des Transports auf den Zug in Frage käme, antwortete der Opel-Manager sofort: »Da hätten wir beim wochenlangen Eisenbahnerstreik in Frankreich aber alt ausgesehen.« Auch die mittlerweile überall eingeleitete Umstellung auf fabriknahe Zulieferer ist keine Lösung des Problems, sondern nur ein neuer Versuch der Zersplitterung der ausgeweiteten Arbeitsteilung und Kooperation. Das Konzept eines »Weltautos« wie bei Ford erlaubt die fabriknahe Zulieferproduktion nur für einige Teile. Die wesentlichen Komponenten werden verstärkt kostengünstig in großer Stückzahl an wenigen Orten produziert und in immer mehr Modelle eingebaut. Strategisch wichtige Teile werden also stärker vom Transport abhängig.

Was als strategischer Schritt nach vorne, in die Globalisierung und weltweite Arbeitsteilung, erscheint, erweist sich so als Flucht des Kapitals vor der Macht der lebendigen Arbeit. Die aktuelle politische und theoretische Diskussion um die »Zukunft des Kapitalismus« bleibt im Moment noch hinter dem zurück, was sich in der Praxis von Massenkämpfen wie in Frankreich oder Spanien schon am Horizont abzeichnet. ■



# Wenn die Sitze fehlen, bleiben nicht nur die Streikposten stehen!

*Vorbemerkung:*
*Eine Genossin von uns hat mal bei Johnson gearbeitet und ist trotz aller Bemühungen, auf den Teamscheiß einzugehen, bereits nach kurzer Zeit rausgeflogen – ein Betriebspsychologe hatte gemerkt, daß ihre Körperhaltung bei der Arbeit ausdrückte, daß sie die Arbeit nicht wirklich mochte. Sie hat sich deshalb tierisch gefreut zu hören, daß die in den USA gestreikt haben. Leider haben wir keine direkten Kontakte und deshalb den Bericht nach Zeitungsmeldungen zusammengestellt.*
*Auch in Europa hat JC einen hohen Marktanteil an der Produktion von Autositzen (ca. 40 Prozent). In der BRD liefern drei Fabriken just-in-time Sitze nach Bochum (Opel), Köln (Ford), Zwickau (VW). Weitere sind in Planung. Stundenlöhne von ca 20.- DM werden nur durch die Einhaltung brutaler Taktzeiten an den Montagebändern und Nullfehler-Produktion erreicht. Ältere Arbeiter ab 40 haben an den Bändern keine Chance. Bereits nach wenigen Monaten zeigen sich Dauerschädigungen an Händen, Armen und Rücken. Job-Rotation wird klassisch zu Flexibilisierung und Temposteigerung eingesetzt. Gruppenarbeit ist als gegenseitige Bespitzelung und Denunziation sowie als Rationalisierung konzipiert. Jeder Ansatz von Organisierung wird beobachtet und verfolgt. Genau wie in den USA sind auch die JC-Betriebe in der BRD durch ihre just-in-time-Anbindung an die Autofabriken und ihre fast Null-Lagerhaltung durch Produktionsunterbrechungen schnell verwundbar, was in dem folgenden Bericht ganz gut rauskomt: Um so wichtiger, daß die Genossen in den USA es den Schweinen mal richtig gezeigt haben. Auf Dauer gibt es zu den JC-Fabriken nur eine Antwort: Abbrennen.*

Ein Streik in zwei Werken des Autositzeherstellers Jonhson Controls Inc. (JCI) beeinträchtigte die Produktion bei Ford, als am 28. Januar 1997 etwa 500 ArbeiterInnen in zwei Fabriken in Plymouth, Michigan und Oberlin, Ohio die Arbeit niederlegten. Die Forderungen drehten sich in erster Linie um Lohnerhöhungen. Die Löhne in den beiden bestreikten Fabriken liegen bei 9 Dollar die Stunde, in gewerkschaftlich organisierten unabhängigen Autoteileherstellern liegen sie gewöhnlich bei 14 - 16 Dollar und über 18 Dollar bei den "Großen Drei" (General Motors, Ford und Chrysler).

JCI ist ein großer und im Wachsstum begriffener Hersteller von Sitzen und inneren Komponenten für die Autoindustrie. 1996 lag sein Umsatz bei 10 Mrd. Dollar. 1995 hielt die Gesellschaft 34 Prozent des Sitzemarkts in den USA, dieser Anteil soll 1988 bei 40 Prozent liegen. JCI ist bestrebt, gewerkschaftsfrei zu werden. In den letzten zwanzig Jahren hat die Firma, wie viele andere auch, gewerkschaftlich organisierte Fabriken geschlossen und verlagert. Nur sechs der 34 Fabriken in Nordamerika sind gewerkschaftlich organisiert, darunter die beiden im Streik befindlichen.
Ford drohte sofort mit der Einstellung der Produktion in drei Fabriken in Michigan und Ohio, sollten sich JCI und UAW nicht einigen. Die Drohung gegenüber JCI bestand im möglichen Verlust des Vertrags mit Ford, die UAW hätte durch die Aussperrung ihrer Mitglieder bei Ford Probleme bekommen. Johnson hatte für sein Werk in Plymouth, Michigan zuerst Streikbrecher angeheuert sowie private Sicherheitsfirmen. Die UAW drohte Ford mit Streikposten, falls es von Streikbrechern hergestellte Sitze akzeptiere. Ford kündigte an, solche Sitze nicht zu akzeptieren. Daraufhin legte JCI die Produktion still. Am 10. Februar kündigte Ford an, es werde die Sitzeproduktion in ein eigenes Werk und eines von der Lear Corporation verlagern. Die Maschinen und Teile, um die Sitze dort zu produzieren, wurden aus dem JCI-Werk in Michigan heraustransportiert.
Nachdem die UAW ab sechs Uhr morgens einen Streik angedroht hatte, wenn es nicht zum Vertragsabschluß käme, brachte JCI nachts Streikbrecher und eine private Sicherheitsfirma sowie Feldbetten und Duschcontainer aufs Werksgelände, um die Sitzeproduktion unter dem Schutz der Bullen fortzuführen. Am 28. Januar nahmen dann in Michigan Hunderte anderer UAW-Mitglieder und streikende ZeitungsarbeiterInnen aus Detroit seit den frühen Morgenstunden an den Streikposten teil.
Gleichzeitig begannen etwa 200 ArbeiterInnen in Oberlin, Ohio, ebenfalls UAW-Mitglieder, einen Streik mit Unterstützung von AutoarbeiterInnen aus zwei nahegelegenen Fordwerken und Stahlarbeitern. Die Produktion aus Oberlin geht zu Fords Lorain-Motagewerk und die aus Plymouth in die LKW-Fabrik von Ford in Michigan (MTP). ArbeiterInnen aus beiden Werken sind ebenfalls in der UAW organisiert.
Die Zurückweisung von Streikbrechersitzen war keine leichte Entscheidung für Ford. Seit der Einführung des Just-In-Time-Systems bei den Großen Drei halten die Montagewerke keine Teile mehr auf Lager. Innerhalb von Stunden war Ford gezwungen, seine Produktion ohne Sitze auf Halde zu parken, und jeden Tag kamen 800 Fahrzeuge hinzu.
"Die Arbeit ist hart", sagt eine Streikende, "und stressig. Viele von uns haben Sehnenscheidenentzündung und Probleme mit den Handgelenken.

Unsere Arme werden taub und die Betriebskrankenschwester sagt uns, wir sollen warme Handtücher darum wickeln und sie ein paar Minuten über den Kopf halten." Andere Streikende beschrieben, daß viele ArbeiterInnen unter der schlechten Belüftung litten und sich beim Schweißen Verbrennungen zuzögen.
Die Autoteileindustrie in den USA erlebt ein Wachstum und Rekordbeschäftigungszahlen, aber die UAW repräsentiert gerade mal 20 Prozent der ArbeiterInnen in diesen Fabriken. Die Löhne und Bedingungen verschlechtern sich weiterhin. Ende 1995 lagen die inflationsbereinigten Löhne immer noch unter denen um 1990 und einiges unter denen in den 70ern.
Als der Streik in die dritte Woche ging und Gespräche nicht in Sicht waren, war JCI mit dem ungewöhnlichen Schritt einverstanden, Maschinerie aus seiner bestreikten Fabrik in ein gewerkschaftlich organisiertes Werk in Kentucky zu verlagern und mit der Lear Corporation - seinem größten Konkurrenten bei den Autositzen - zusammenzuarbeiten, um Ford wieder mit Sitzen versorgen zu können.
Der Streik endete in beiden Werken nach 25 Tagen am 21. Februar 1997 mit der Zustimmung der UAW-Mitglieder zu ihrem ersten gewerkschaftlichen Tarifvertrag im Werk. Die Löhne sollen in den 24 Monaten um ein Drittel oder mehr steigen. Außerdem wurden Vereinbarungen über Betriebsrenten und zur Überstundenbezahlung abgeschlossen. In Oberlin gab es darüberhinaus eine Einmalzahlung von 1000 Dollar.

## Der globale Instinkt

*Das folgende war ein Redebeitrag bei einem Kongreß im Februar 97 in Padua, den die »Alternativa Sindacale« in der CGIL veranstaltet hatte. Thema war: Nordost-Italien in der Globalisierung ("Nord-Est: società e lavoro nella globalizzazione dell'economia"). Der Genosse (der auch bei Altre Ragioni mitarbeitet und in der letzten Nummer einen längeren Artikel zum Thema veröffentlicht hatte) wollte mit seinem Beitrag gegen die übliche (auch gewerkschaftliche) Sichtweise der Globalisierung polemisieren: Da passiert was über unseren Köpfen und dem müssen wir uns anpassen. Mit dem Abdruck dieses kurzen Redebeitrags wollen wir selber eine Reihe von Beiträgen zum Thema "Globalisierung" im Zirkular eröffnen.*

Ich will hier auf einige Probleme hinweisen, die mit der Produktionsverlagerung ins Ausland zu tun haben. Ich beziehe mich dabei ausschließlich auf

die Textil-, Konfektions- und Schuhindustrie und auf die aktuellen Vorgänge in den östlichen Nachbarländern. In engem Zusammenhang damit steht die Ausweitung von Exportproduktionszonen. Es geht mir nicht so sehr um die magischen Fähigkeiten des Kapitals, als vielmehr darum, welche Formen und Möglichkeiten die ArbeiterInnen in diesen Ländern haben, ihre Würde und ihren Lohn zu bewahren. Allgemein sind die Konfektions- und Schuhbranche bestimmt durch 1. eine hohe Arbeitsintensität, 2. ein niedriges technologisches Niveau und 3. einen hohen Frauenanteil, da die Frauen in ihrer üblichen Rolle als Zweitverdienerinnen stärker erpreßbar und leichter verfügbar sind, auch zu niedrigen Löhnen. In diesen Branchen wirken sich Lohnunterschiede also stärker aus als in anderen, und deshalb wurden sie mit als erste in weniger industrialisierte Länder verlagert.
Wie schwierig es ist, im Ausland zu produzieren, zeigt sich unter anderem am Ausmaß der internationalen Zulieferverträge (was die Experten als Handel mit Halbfertigwaren bezeichnen), bei denen einfach Arbeitsschritte an Dritte vergeben werden, ohne daß direkt investiert wird. Die Textil-, Schuh- und Konfektions-Unternehmen im Veneto haben auf verschiedene Art und Weise versucht, einen Teil der arbeitsintensiveren Produktion in die östlichen Nachbarländer zu verlagern und sind trotzdem bis heute auf den Auslandsmärkten kaum *organisiert* vertreten. Tatsächlich war der Veneto im Gegensatz zu den niedrigen Direktinvestitionen 1995 führend unter den italienischen Regionen beim Einsatz von internationalen Zulieferverträgen in den drei Branchen.
Auch wenn der italienische Staat Direktinvestitionen im Ausland und Exporte mit verschiedenen Bürgschaften durch Institutionen wie Sace, Simest usw. garantiert, zeigen die jüngsten Ereignisse, daß das noch lange nicht heißt, daß die italienischen und venetischen Unternehmen dabei auch durchgängig Gewinn machen. Zum Beispiel entfallen von den 390 Mrd. Lire an faulen italienischen Krediten an Rußland allein 60 Mrd. auf die Schuhbranche.
Da sich trotz unbestreitbarer ökonomischer Vorteile in den östlichen Ländern die Betriebsführung als schwierig und der Widerstand der ArbeiterInnen als bedeutend herausgestellt hat, greifen die Unternehmen immer mehr zu internationalen Zulieferverträgen, die 1990 erst 0,9 Prozent, 1995 aber schon 17,2 Prozent der Gesamtimporte der drei Branchen ausmachten. In Ungarn zum Beispiel machten 1993/94 internationale Zulieferungen 80 bis 90 Prozent des Gesamtexports in den drei Branchen aus. Aber neben Rumänien läuft gerade in Ungarn seit Anfang der 90er Jahre ein Projekt der Industriellenvereinigung von Treviso zum "Export" von integrierten Produktionszentren. Es sieht also so aus, als seien die Unternehmer sehr vorsichtig

mit dem Einsatz eigenen Kapitals und zögen es stattdessen vor, die Produktion und die Probleme mit den ArbeiterInnen lokalen Auftragsproduzenten zu überlassen. Wenn wir z.B. die Industriestruktur in Ungarn betrachten, stellen wir fest, daß sie seit dem Ende der 80er Jahre nach und nach zersplittert wurde. 1990 hatte noch über die Hälfte (51,2 Prozent) der Betriebe mehr als 500 Beschäftigte, 1994 waren es weniger als 30 Prozent, während sich in der gleichen Zeit die Zahl der Kleinbetriebe (weniger als 19 Beschäftigte) verdoppelte und 1994 fast 40 Prozent aller Betriebe ausmachte. Andererseits hatte es Cantoni-Inghirami, die in Ungarn vier Werke besitzt und in Italien unter anderem das Werk Sanremo Moda Uomo di Caerano (Treviso) betreibt, 1993 mit vielen wilden Streiks in den Werken Zalaeger und Budapest zu tun. Die Arbeiterinnen streikten mehr als 20 Tage und forderten eine Lohnerhöhung von 20% und die Bezahlung des Samstags als Überstunden; nach diesem Kampf sind die Arbeiterinnen massenhaft in die Gewerkschaft eingetreten. In Ungarn stehen den ArbeiterInnen 38 Urlaubstage und volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu. Der Krankenstand liegt bei durchschnittlich 20 Prozent (im Vergleich zu 3 bis 5 Prozent in den USA).

In Polen haben die Streiks von 1988 bis 1993 exponentiell zugenommen: 1993 gab es 7364 Arbeitsniederlegungen; in Rumänien gingen im selben Jahr 360 000 Arbeitsstunden durch Streiks verloren, an denen sich 70 000 ArbeiterInnen beteiligten. Im Oktober 96 erschien in der *Stampa* ein Artikel, in dem das Modell der Internationalisierung der Schuhproduktion in Albanien beschrieben wurde. In diesem Artikel beschrieben einige Unternehmer aus Apulien mit Verachtung die albanischen ArbeiterInnen, während sie sich gleichzeitig selber für die Disziplinierungsmaßnahmen lobten, mit denen sie versuchten, die AlbanerInnen kleinzukriegen. Als die albanische Presse diesen Artikel nachdruckte, sorgte das für zwei Tage Streik, weil die albanischen ArbeiterInnen, die Opfer von Disziplinierungsmaßnahmen geworden waren, den Abzug des italienischen Personals forderten.

Sowohl das italienische als auch das sonstige ausländische Kapital scheint seine Auslandsinvestitionen in Exportproduktionszonen zu konzentrieren, in denen die Gewinne stärker abgesichert sind und die sich in vielen osteuropäischen Ländern ausbreiten. Die Erfolge dieser seit Ende der 60er Jahre gegründeten Sonderzonen sind sehr unterschiedlich, aber sie scheinen sich bis heute in vielen Teilen der Welt zu halten, weil sie dem Kapital einige wesentliche Bedingungen für das massenhafte Herausholen von Mehrwert anbieten können: innere Stabilität; starke Kontrolle über die Arbeitskraft; Sicherheit der Investitionen; ständige Disziplinierung und Entlassung der Ungehorsamsten.

Dies ist der Zusammenhang, in dem der vielbeschworene und gefeierte italienische Nordosten die Rolle eines Brückenkopfes zu Mitteleuropa (das heißt zur BRD) spielen soll, während der italienische Staat gleichzeitig politisch schwach und international wenig profiliert ist. Der Nordosten dient aber nicht nur als Lockvogel für die benachbarten osteuropäischen Länder, sondern mindestens ebenso sehr als Dampfwalze gegen die Rechte der italienischen ArbeiterInnen. Die Einführung von regional gestaffelten Tarifverträgen, wenn nicht geradewegs die Abschaffung des nationalen Tarifvertrags aufgrund der ungleichen Konkurrenzfähigkeit (des Kapitals) läuft über die Ideologie vom Ende der Arbeit und des Nationalstaats und über die Durchsetzung eines Produktionsmodells, das eher "politisch" abgetrennt ist, als daß man von einem "neuen" post-fordistischen Produktionsmodell sprechen könnte. So kann die geschäftliche Einheit Triveneto zu einer Produktionseinheit mit ständig zunehmendem Korpsgeist werden, und wenn es so aussieht, als würde der Nordosten trotz vieler Unterschiede zu einer europäischen Maquiladora (das heißt, einer mexikanischen Exportzone), dann müßte sich im Süden eine Exportzone mindestens wie im chinesischen Shenzhen herausbilden.

Die Verlagerung von Produktionsabschnitten ins Ausland geht mithin nicht so schmerzlos vonstatten, wie die großen Multis uns glauben machen wollen, und die Arbeiterklasse scheint weder verschwunden noch unbeweglich geworden zu sein. Das weitgehend konfliktfreie und kooperative Klima in Italien, das Vorstellungen von Arbeitermitbestimmung weckt, hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß die Unternehmen durch die just-in-time-Systeme sehr viel verwundbarer geworden sind. Obwohl es die Dezentralisierung nämlich einerseits den ArbeiterInnen schwerer macht, sich zusammenzuschließen, ist das Kapital andererseits durch Just-in-time viel stärker den Arbeiterangriffen ausgesetzt. Wenn wir also anfangen wollen, über die Globalisierung zu diskutieren, müssen wir immer im Kopf behalten, welche Kräfte real gegeneinanderstehen und wo für das Kapital die Grenzen liegen, und nicht immer nur das Loblied auf seine unbegrenzten Fähigkeiten singen, die bisweilen schon direkt vor unserer Haustür steckenzubleiben scheinen.

»From Scream of Refusal to Scream of Power: The Centrality of Work«
in: Open Marxism, Vol. III

# Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit

*von John Holloway*

## I

Am Anfang war der Schrei.
Ein Schrei der Erfahrung. Ein Schrei der Angst, ein Schrei des Entsetzens. Ein Schrei darüber, wie wir leben und was wir sehen, ausgelöst von den Zeitungen, die wir lesen, den Fernsehprogrammen, die wir sehen, unseren alltäglichen Konflikten. Ein Schrei, der nicht akzeptiert, daß es massenhaften Hunger neben Überfluß gibt, daß soviel Arbeit und Ressourcen der Zerstörung des menschlichen Lebens geopfert werden und daß sich der Schutz des Privateigentums in einigen Teilen der Welt nur durch den systematischen Mord an Straßenkindern organisieren läßt. Ein Schrei der Verweigerung.
Ein Schrei voller Mißtöne, disharmonisch und oft undeutlich: manchmal nur ein Murmeln, hin und wieder mit Tränen der Enttäuschung, manchmal ein siegessicheres Brüllen – in jedem Fall zeigt er, daß die Welt auf dem Kopf steht, falsch ist.
Aber wie kommen wir über diesen Schrei hinaus? Wie begreifen wir die Welt als auf dem Kopf stehend, falsch und negativ? In den Medien, den Büchern, in der Schule und in der Sozialwissenschaft wird die Gesellschaft fast immer positiv dargestellt. Im Studium der Sozialwissenschaft lernen wir, »wie es ist«. Dies »wie es ist« läßt sich kritisieren, aber zwischen dem, was ist, und unseren emotionalen Reaktionen wird ein klarer Unterschied gemacht. Der Schrei ist nicht gerade eine zentrale Kategorie der Sozialwissenschaft. Tatsächlich begründet die Sozialwissenschaft ihren wissenschaftlichen Anspruch genau mit dem Ausschluß des Schreis. Die Beschäftigung mit der Welt, wie sie ist, positiv bestimmt, wirft unsere Negativität auf uns zurück, definiert die Negativität als unser individuelles Problem, als Ausdruck unserer mangelnden Anpassungsfähigkeit. Man bringt uns bei, daß ein vernünftiges Begreifen der Welt nichts mit unseren privaten sentimentalen Reaktionen zu tun habe.
Die negativen Gesellschaftstheorien wollen den Standpunkt des Schreis

Dies ist der Zusammenhang, in dem der vielbeschworene und gefeierte italienische Nordosten die Rolle eines Brückenkopfes zu Mitteleuropa (das heißt zur BRD) spielen soll, während der italienische Staat gleichzeitig politisch schwach und international wenig profiliert ist. Der Nordosten dient aber nicht nur als Lockvogel für die benachbarten osteuropäischen Länder, sondern mindestens ebenso sehr als Dampfwalze gegen die Rechte der italienischen ArbeiterInnen. Die Einführung von regional gestaffelten Tarifverträgen, wenn nicht geradewegs die Abschaffung des nationalen Tarifvertrags aufgrund der ungleichen Konkurrenzfähigkeit (des Kapitals) läuft über die Ideologie vom Ende der Arbeit und des Nationalstaats und über die Durchsetzung eines Produktionsmodells, das eher "politisch" abgetrennt ist, als daß man von einem "neuen" post-fordistischen Produktionsmodell sprechen könnte. So kann die geschäftliche Einheit Triveneto zu einer Produktionseinheit mit ständig zunehmendem Korpsgeist werden, und wenn es so aussieht, als würde der Nordosten trotz vieler Unterschiede zu einer europäischen Maquiladora (das heißt, einer mexikanischen Exportzone), dann müßte sich im Süden eine Exportzone mindestens wie im chinesischen Shenzhen herausbilden.

Die Verlagerung von Produktionsabschnitten ins Ausland geht mithin nicht so schmerzlos vonstatten, wie die großen Multis uns glauben machen wollen, und die Arbeiterklasse scheint weder verschwunden noch unbeweglich geworden zu sein. Das weitgehend konfliktfreie und kooperative Klima in Italien, das Vorstellungen von Arbeitermitbestimmung weckt, hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß die Unternehmen durch die just-in-time-Systeme sehr viel verwundbarer geworden sind. Obwohl es die Dezentralisierung nämlich einerseits den ArbeiterInnen schwerer macht, sich zusammenzuschließen, ist das Kapital andererseits durch Just-in-time viel stärker den Arbeiterangriffen ausgesetzt. Wenn wir also anfangen wollen, über die Globalisierung zu diskutieren, müssen wir immer im Kopf behalten, welche Kräfte real gegeneinanderstehen und wo für das Kapital die Grenzen liegen, und nicht immer nur das Loblied auf seine unbegrenzten Fähigkeiten singen, die bisweilen schon direkt vor unserer Haustür steckenzubleiben scheinen.

»From Scream of Refusal to Scream of Power: The Centrality of Work«
in: Open Marxism, Vol. III

# Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit

*von John Holloway*

## I

Am Anfang war der Schrei.
Ein Schrei der Erfahrung. Ein Schrei der Angst, ein Schrei des Entsetzens. Ein Schrei darüber, wie wir leben und was wir sehen, ausgelöst von den Zeitungen, die wir lesen, den Fernsehprogrammen, die wir sehen, unseren alltäglichen Konflikten. Ein Schrei, der nicht akzeptiert, daß es massenhaften Hunger neben Überfluß gibt, daß soviel Arbeit und Ressourcen der Zerstörung des menschlichen Lebens geopfert werden und daß sich der Schutz des Privateigentums in einigen Teilen der Welt nur durch den systematischen Mord an Straßenkindern organisieren läßt. Ein Schrei der Verweigerung.
Ein Schrei voller Mißtöne, disharmonisch und oft undeutlich: manchmal nur ein Murmeln, hin und wieder mit Tränen der Enttäuschung, manchmal ein siegessicheres Brüllen – in jedem Fall zeigt er, daß die Welt auf dem Kopf steht, falsch ist.
Aber wie kommen wir über diesen Schrei hinaus? Wie begreifen wir die Welt als auf dem Kopf stehend, falsch und negativ? In den Medien, den Büchern, in der Schule und in der Sozialwissenschaft wird die Gesellschaft fast immer positiv dargestellt. Im Studium der Sozialwissenschaft lernen wir, »wie es ist«. Dies »wie es ist« läßt sich kritisieren, aber zwischen dem, was ist, und unseren emotionalen Reaktionen wird ein klarer Unterschied gemacht. Der Schrei ist nicht gerade eine zentrale Kategorie der Sozialwissenschaft. Tatsächlich begründet die Sozialwissenschaft ihren wissenschaftlichen Anspruch genau mit dem Ausschluß des Schreis. Die Beschäftigung mit der Welt, wie sie ist, positiv bestimmt, wirft unsere Negativität auf uns zurück, definiert die Negativität als unser individuelles Problem, als Ausdruck unserer mangelnden Anpassungsfähigkeit. Man bringt uns bei, daß ein vernünftiges Begreifen der Welt nichts mit unseren privaten sentimentalen Reaktionen zu tun habe.
Die negativen Gesellschaftstheorien wollen den Standpunkt des Schreis

retten und ein anderes Bild der Welt zeichnen, das die Negativität der Erfahrung respektiert und stärkt. In den Diskussionen und Kämpfen, in denen klar wird, daß unsere Negativität eine kollektive ist, entstehen zwangsläufig solche Theorien. Wie die gesellschaftliche Erfahrung der Negativität verschiedene historische Formen annimmt, so ändern sich auch ihre historischen Ausdrucksformen.

Nach dem weltweiten Aufschwung der Kämpfe und der Rebellion Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre wandten sich Millionen von uns der marxistischen Tradition zu; wir verstanden sie als Möglichkeit, unserem »Gegen-die-Gesellschaft-Sein« einen Sinn zu geben und es zu verstärken. Wir suchten im Marxismus keine Theorie der Gesellschaft, sondern eine Theorie gegen die Gesellschaft.[1] Für uns ging es nicht um Politikwissenschaft, Soziologie oder Ökonomie, sondern um eine Gegen-Politikwissenschaft, eine Gegen-Soziologie und eine Gegen-Ökonomie: um eine verneinende Theorie der Gesellschaft, die den Schrei der Erfahrung nicht durch die Zerstückelungen des »wissenschaftlichen« Diskurses verstummen läßt.

Auch wenn zu Beginn unserer Hinwendung zum Marxismus klar war, daß es eigentlich um eine Verneinung ging, versanken die Kernfragen bald in Nebelschwaden. Eine Theorie *gegen* die Gesellschaft braucht einiges an Verständnis *von* der Gesellschaft. Eine Theorie, in deren Zentrum der *Bruch* mit der kapitalistischen Gesellschaft steht, schließt ein Verständnis der *Reproduktion* der kapitalistischen Gesellschaft mit ein. Als die Welle der Kämpfe wieder abebbte und die Explosion der Verneinung von 1968 allmählich zu einer Erinnerung erstarrte, wurde immer unklarer, was eine Theorie *gegen* die Gesellschaft von einer Theorie *von* der Gesellschaft und den *Bruch* von der *Reproduktion* unterschied. Das verstärkte sich noch durch die Beteiligung von StudentInnen an den Kämpfen, so daß ein Großteil der theoretischen Diskussionen in den folgenden Jahren in den Universitäten stattfand, wo Theorien *von* der Gesellschaft und von der gesellschaftlichen *Reproduktion* besser in die etablierten Fächer hineinpaßten. Diese Schwerpunktverlagerung drückte sich im Aufkommen verschiedener Denkströmungen aus, die versuchten, die Negativität der ursprünglichen Dynamik abzuschwächen, den Marxismus in den Rahmen der Sozialwissenschaften einzugliedern, den Schrei zum Verstummen zu bringen.

Natürlich wäre es falsch, die Schuld nur bei den Universitäten und

---

[1] Warum der Marxismus keine Theorie von der Gesellschaft ist, begründet R. Gunn in »Against Historical Materialism: Marxism as a First-Order-Discourse«, in W. Bonefeld, R. Gunn und K. Psychopedis (eds), *Open Marxism*, Vol. II, Pluto Press, London, 1992.

Bildungseinrichtungen zu suchen, in die plötzlich so viele Marxisten eingebunden waren. Die verschlungenen Wege der marxistischen Theorie lassen sich nicht von der langen Geschichte der kommunistischen Parteien und anderer angeblich von der marxistischen Theorie geleiteter politischer Gruppierungen trennen und erst recht nicht von der Geschichte der ehemaligen Sowjetunion. In der Sowjetunion hatte der Marxismus im Prinzip aufgehört, eine Theorie der Verneinung zu sein. Er wurde selektiv manipuliert, um die Reproduktion der bestehenden Machtstrukturen zu legitimieren. Das hatte Folgen für das Verständnis des Marxismus und die Entwicklung der marxistischen Theorie, und zwar nicht nur in den sogenannten »kommunistischen« Staaten, sondern überall auf der Welt durch den Einfluß der kommunistischen Parteien und – eher indirekt – über die Parteien und Gruppierungen, die sich durch ihre Gegnerschaft zu den kommunistischen Parteien definierten.

Die Schwierigkeiten, die Kämpfe gegen die herrschende gesellschaftliche Ordnung mit der marxistischen Theorie zu begreifen, ergaben sich aber auch durch diese Kämpfe selbst. Die traditionelle Interpretation des Marxismus, die den gesellschaftlichen Konflikt als Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit begriff, ließ sich nur schwer mit den Konflikten um Bildung, Wohnen, Gesundheit, Atomkraft, Umwelt, Rasse und Geschlecht, in Verbindung bringen, die in den nächsten Jahren so wichtig wurden. Die verschiedenen soziologischen Versuche (Poulantzas, Wright, Carchedi, usw.), die marxistische Theorie zu ergänzen und zu modernisieren, halfen nicht weiter, was auch daran lag, daß sie die Marxsche Klassentheorie als soziologische Theorie interpretierten und sie damit ihrer Negativität beraubten.

Daher ist es kaum ein Wunder, wenn viele Leute sich auf ihrer Suche nach einem Ausdrucksmittel für ihre Feindschaft gegenüber der bestehenden Gesellschaft nicht mehr vom Marxismus angezogen fühlen. In den letzten Jahren stießen ökologische Theorien und vor allem der Feminismus auf weitaus breitere Akzeptanz und schlugen tiefere Wurzeln im Verhalten der Menschen.

Jetzt, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der sie umgebenden Staaten und aller möglichen kommunistischen Parteien überall auf der Welt stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Marxismus in einem ganz neuen Zusammenhang. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist sowohl eine Befreiung des Marxismus, als auch eine Bedrohung für sein weiteres Überleben. Eine Befreiung deswegen, da sich so viel vom fürchterlichen Gepäck des »Sowjet-Marxismus« nun leichter abschütteln läßt. Aber gleichzeitig bedeutet er eine Bedrohung für das Überleben des Marxismus, da der Zusammenbruch von so vielen als Versagen des Marxismus begriffen wird,

daß wahrscheinlich weniger Menschen versuchen werden, ihren Antagonismus gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft durch den Marxismus auszudrücken.
Diejenigen von uns, die weiterhin mit den marxistischen Kategorien eine Theorie gegen die Gesellschaft entwickeln wollen, werden zweifellos älter. Manchmal haben wir das Gefühl, wir sprechen Lateinisch – eine hoch entwickelte Sprache, die kaum jemand versteht und kaum jemand lernen will. Heute lesen z.B. weitaus weniger Leute als vor 10 oder 15 Jahren das *Kapital*, den Schlüsseltext, um sich die Grundlagen von Marx' Theorie gegen die Gesellschaft anzueignen. Obwohl der Aufschrei des Protests gegen den Kapitalismus ganz gewiß nicht verstummen wird, besteht die Gefahr, daß der Marxismus als Sprache zur Artikulation dieses Aufschreis aussterben könnte.
Ist das nicht egal? Können wir Marx nicht getrost den Lehrern und Studenten der politischen Ideengeschichte überlassen, damit er neben Plato, Aristoteles, Hobbes und Rousseau gelesen wird? Wenn der Marxismus als Ausdruck der Kämpfe gegen die bestehende Gesellschaft versagt hat, sollten wir ihn dann nicht besser der Kritik der Mäuse und der Professoren für politische Theorie überlassen?
Der Marxismus hat solch ein Schicksal nicht verdient. Dieser Artikel vertritt die These, daß der Marxismus immer noch die stärkste existierende Theorie gegen die Gesellschaft ist, unsere schlagkräftigste Theorie der Verneinung des Kapitalismus. Um das zu zeigen, reicht eine Analyse der tragischen Geschichte der kommunistischen Bewegung nicht aus: wir müssen auch einige tief verwurzelte begriffliche Probleme in der marxistischen Tradition ansprechen.

## II

Was ist das Besondere am Marxismus als einer Theorie gegen die Gesellschaft?
Wenn wir vom Schrei der Erfahrung ausgehen, von der Ablehnung der bestehenden Gesellschaft aus der Erfahrung heraus, dann müssen wir den Marxismus als Theorie gegen die Gesellschaft beurteilen, nicht als Theorie von der Gesellschaft. Seine heutige Bedeutung bemißt sich nicht in erster Linie daran, wie gut er die Gesellschaft erklären kann, sondern daran, ob er sie negieren kann. Den theoretischen Bezugsrahmen stellen nicht die Sozialwissenschaften im allgemeinen dar, sondern radikale Gesellschaftstheorien, Theorien, die von der Ablehnung der bestehenden Gesellschaft ausgehen. Wir müssen nicht die intellektuelle Ehrbarkeit des Marxismus zeigen, son-

dern die Macht seiner Anstößigkeit. Nur als Theorie *gegen* die Gesellschaft enthält der Marxismus eine Theorie *von* der Gesellschaft.
Wenn wir behaupten, daß der Marxismus eine einzigartige Stellung unter den Theorien gegen die Gesellschaft einnimmt, wollen wir sagen, daß es wichtig ist, daß er als Ausdrucksform der Ablehnung des Kapitalismus überlebt. Was den Marxismus von anderen negativen Theorien der Gesellschaft unterscheidet, ist, daß er in der Negation der Gesellschaft viel weiter geht als jede andere. Dabei geht es nicht um die Intensität der Gefühle oder um die Radikalität der verwendeten Sprache, sondern darum, daß die Negation allumfassend ist. In der Verneinung löst der Marxismus die gesamte Gesellschaft auf, und dies in einer Art und Weise, wie es keine andere radikale Theorie tut.
Die Negation der Gesellschaft fängt meistens als äußerliche Negation an, als »wir gegen sie«: Frauen gegen Männer, Schwarze gegen Weiße, Arme gegen Reiche. Die Parole »Kill the rich!« macht das sehr schön klar. Die Reichen werden klar als »nicht wir« definiert, unser Kampf gegen sie ist ein eindeutig äußerlicher Kampf. Der Reiz und die Kraft dieser Herangehensweise liegt auf der Hand. Ihre Schwäche liegt in ihrer zeitlosen Äußerlichkeit. Heute töten wir die Reichen, morgen töten sie uns, übermorgen drehen wir den Spieß um, dann sind sie wieder am Drücker, und so geht es weiter, piff-paff, ding-dong, hin und her. Unsere Negativität stößt auf ihre Positivität in einer äußerlichen und potentiell ewig anhaltenden Konfrontation. Daß die Reichen uns unterdrücken und wir sie hassen und bekämpfen, ist klar, aber dieser Ansatz sagt uns nichts über unsere Macht oder ihre Verwundbarkeit. Im allgemeinen konzentriert sich die radikale Theorie meistens eher auf die Unterdrückung und den Kampf dagegen als auf die Zerbrechlichkeit oder Bewegung dieser Unterdrückung. Die feministische Theorie zeigt z.B. äußerst klar, worin die gesellschaftliche Unterdrückung des sozialen Geschlechts besteht. Sie hat aber keine Theorie der Angreifbarkeit oder Geschichtlichkeit dieser Unterdrückung entwickelt. Die Geschichte wird in der radikalen Theorie meist als Anhäufung äußerlicher Kämpfe begriffen, und da Traditionen sehr wichtig genommen werden, ist dieser Geschichtsbegriff oft sehr konservativ.
Gegen dieses »wir gegen sie« der radikalen Theorie ruft Marx: »Aber es gibt kein 'sie', es gibt nur uns. Wir sind die einzige Wirklichkeit, die einzige Macht. Es gibt nichts außer uns, außer unserer Verneinung. Deshalb ist der Schrei der Verweigerung ein Schrei der Macht«.
Der wesentliche Anspruch des Marxismus, der ihn von anderen Spielarten der radikalen Theorie unterscheidet, ist sein Anspruch, jede Äußerlichkeit aufzulösen. Der Kern des Angriffs auf »sie« besteht darin, zu zeigen, daß

»sie« von uns abhängig sind, da »sie« fortwährend durch uns geschaffen werden. Wir, die Machtlosen, sind allmächtig.
Die Kritik an der im »sie gegen uns« ausgedrückten Äußerlichkeit der radikalen Theorie ist nicht irgendeine abstruse theoretische These, sondern der Kern der marxistischen Auffassung von der Möglichkeit einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft. Wenn wir begreifen, daß »sie« uns *nicht* äußerlich sind, daß das Kapital der Arbeit *nicht* äußerlich ist, können wir die Verwundbarkeit der kapitalistischen Herrschaft begreifen. Über die Äußerlichkeit des »sie gegen uns« der radikalen Theorie hinauszugehen, heißt gleichzeitig, über die radikale Theorie der Unterdrückung hinauszugehen und zum Anliegen des Marxismus zu kommen: zur *Zerbrechlichkeit* der Unterdrückung.

## III

Die oben aufgestellte Behauptung (die weiter unter genauer ausgeführt wird), daß sich der Marxismus durch den totalen Charakter seiner Negation von anderen Spielarten verneinender Theorie unterscheidet, steht im Gegensatz zu weiten Teilen der marxistischen Tradition. Häufiger wird behauptet, der Marxismus unterscheide sich von anderen radikalen Theorien durch seine überlegene Wissenschaftlichkeit. Das drückt sich zum Beispiel in der üblicherweise (erstmals bei Engels) vorgenommenen Unterscheidung zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus aus. »Utopischer« Sozialismus bezieht sich hier auf den potentiell endlosen Kampf eines radikalen, vom Traum auf Erlösung inspirierten Aktivismus. Die Behauptung, der Marxismus sei »wissenschaftlich«, bezieht sich hier auf die Behauptung, daß der Kampf nicht endlos sei, weil die Analyse uns zeige, daß der Kapitalismus von Widersprüchen zerrissen ist, die ihn entweder zusammenbrechen oder immer instabiler werden lassen.
Es geht hier nicht darum, ob der Marxismus wissenschaftlich ist, sondern um das Verständnis von »Wissenschaftlichkeit«, auf das sich diese Behauptung oft gründet. In der Tradition des »orthodoxen« Marxismus heißt »wissenschaftlich« dasselbe wie »objektiv«. »Wissenschaft« wird hier im positivistischen Sinn so verstanden, daß sie jede Subjektivität auschließt. Mit der Behauptung, der Marxismus sei wissenschaftlich, ist gemeint, daß die subjektiven Kämpfe von der objektiven Bewegung der kapitalistischen Widersprüche unterstützt werden. Somit wird eine Unterscheidung zwischen dem (subjektiven) Kampf und den (objektiven) Kampfbedingungen gemacht. Dieses auf der Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt gegründete Verständnis von Wissenschaftlichkeit legt die Wurzel für einen Dualismus,

der sich durch die gesamte marxistische Tradition zieht. Er drückt sich in einer Vielzahl von Varianten aus, als Trennung zwischen Kampf und Widerspruch, zwischen Kampf und Struktur, zwischen Klassenkampf und objektiven Entwicklungsgesetzen, zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Protestschrei und kühler Einschätzung der objektiven Wirklichkeit. Die Bedeutung beider Seiten des Dualismus wird dabei innerhalb der marxistischen Tradition durchaus erkannt – kein Marxist würde sagen, daß der Klassenkampf nicht wichtig wäre – aber in der Praxis ist die Beziehung zwischen den beiden Seiten nicht gleich. Da »Wissenschaft« mit Objektivität gleichgesetzt wird, gibt die wissenschaftliche Analyse der zweiten Seite eines jeden Paares den Vorrang: dem Widerspruch, der Struktur, den objektiven Entwicklungsgesetzen, der Ökonomie, dem Kapital, der kühlen Einschätzung der objektiven Wirklichkeit. Die marxistischen Theoretiker sehen gewöhnlich in der Analyse der Objektivität und der Widersprüche des Kapitalismus ihren Beitrag zum Kampf.

Bei all dem wird der Kampf nicht geleugnet: In der marxistischen Tradition entspringen die Analysen im allgemeinen aus irgendeiner Form der Beteiligung am Kampf. Diese Art von »wissenschaftlicher« Analyse mißt den Kämpfen jedoch nur eine sehr untergeordnete Rolle zu, was immer der Anstoß für die Analyse gewesen sein mag. Dem Kampf wird eine »aber-auch«-Rolle zugewiesen, um einen Ausdruck von Bonefeld zu benutzen[2]: Er darf in den Zwischenräumen der kapitalistischen Entwicklungsgesetze wirksam werden, er darf die von den objektiven Entwicklungsgesetzen nicht bestimmten Lücken ausfüllen, er darf die von den objektiven Bedingungen dargebotenen günstigen Gelegenheiten beim Schopfe packen. (Er darf auch immer dann als Alibi herhalten, wenn der Marxismus des Determinismus beschuldigt wird, was gänzlich unentschuldbar ist.) Die Bedeutung des Kampfs wird nicht bestritten, aber der Marxismus in »wissenschaftlicher« Gestalt wird zu einer Theorie nicht des Kampfes, sondern der objektiven Kampfbedingungen, also etwas ganz anderem..

Der Begriff der »marxistischen Ökonomie« ist eine der verbreitetsten Ausdrucksformen dieser dualistischen Tradition. Er zieht sich durch von der radikalen Linken bis zum Revisionismus der späten kommunistischen Parteien. Die Vorstellung einer marxistischen Ökonomie (im Gegensatz zur marxistischen Kritik der Ökonomie) setzt die Trennung des Widerspruchs vom Kampf fort. Gewöhnlich wird unter marxistischer Ökonomie die Unter-

---

[2] W. Bonefeld, »The Reformulation of State Theory«, in W. Bonefeld und J. Holloway (eds), *Postfordism and Social Form*, Macmillan, London, 1992.

suchung der objektiven kapitalistischen Entwicklungsgesetze und deren Verhältnis zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung verstanden. Eine Unterscheidung zwischen Ökonomie und Kampf wird ebenso vorausgesetzt wie eine Unterscheidung zwischen Ökonomie und Politik. Obwohl diese Unterscheidung auch die Möglichkeit einer gesonderten »marxistischen Politischen Wissenschaft«, wie Poulantzas[3] meinte oder sogar einer »marxistischen Soziologie« enthielt, räumen die Marxisten bei der Untersuchung der kapitalistischen Widersprüche meist dem ökonomischen Bereich den Vorrang ein.

In der Vorstellung einer marxistischen Ökonomie sind sehr weitreichende Konsequenzen angelegt, denn er setzt eine bestimmte Lesart von Marx und seinen Kategorien voraus. Trotz seines Untertitels – Kritik der politischen Ökonomie – gilt das *Kapital* als Schlüsseltext der marxistischen Ökonomie und die in ihm entwickelten Kategorien (Wert, Mehrwert, Preis, das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, Krise, Kredit) als ökonomische Kategorien mit einer nicht vom Klassenkampf abhängigen objektiven Gültigkeit. Wiederum wird der Klassenkampf natürlich nicht geleugnet, aber er wird als etwas von der Analyse der marxistischen Ökonomie Getrenntes gesehen, während die ökonomische Analyse für die Analyse der objektiven Kampfbedingungen zuständig ist. Sogar bei sozusagen linksradikalen Analysen, in denen die Rolle des subjektiven Kampfes in der Veränderung der Gesellschaft betont wird – wie bei Pannekoek, Mattick oder Luxemburg – wird ein Dualismus zwischen der objektiven, ökonomischen Analyse der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus und den durch diese Widersprüche aufgemachten Möglichkeiten des subjektiven Kampfes angenommen. Mit dem Begriff der marxistischen Ökonomie ist ein Dualismus von Subjekt und Objekt, von Kampf und Widerspruch untrennbar verbunden.

Dieser in der marxistischen Tradition vorherrschende Dualismus befindet sich nun offenkundig in der Krise. Auf der »objektiven« Seite wirken die Gewißheiten, die ein »wissenschaftlicher«, objektivistischer Ansatz scheinbar versprach, nicht mehr überzeugend. Vor allem aber hat die theoretische und oft auch praktische Unterordnung der Subjektivität, die in dieser Art von Marxismus steckt, die Glaubwürdigkeit des Marxismus als Theorie des Kampfes, als Theorie gegen die Gesellschaft untergraben.

---

[3] N. Poulantzas, *Political Power and Social Classes*, New Left Books, London, 1973.

## IV

Bestünde die marxistische Tradition nur aus diesem Dualismus, dann könnte die Debatte schnell beendet werden: wir könnten den Marxismus als unrettbar fehlerhafte Sprache für die Theorie der Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft sterben lassen. Glücklicherweise ist dies nicht der Fall. Ganz abgesehen von Marx' eigenem Werk gibt es eine sehr lange, oft untergründige Tradition des politischen und theoretischen Kampfes gegen den abtötenden und tödlichen Dualismus der »Orthodoxie«. Politisch und theoretisch ist das eine sehr uneinheitliche Tradition, eine Mischung aus Leuten, die der »Orthodoxie« politisch entgegentraten, auch wenn sie dies nicht immer auch theoretisch nachvollzogen, und solchen, die theoretisch rebellierten, sich aber manchmal an die Linie der kommunistischen Parteien anpaßten. Jede Namensliste ist problematisch, aber Luxemburg, Pannekoek, der frühe Lukacs, Korsch, Mattick, Bloch, Adorno, Rubin, Pashakunis, Rosdolsky, Agnoli, Tronti und Negri wären natürlich Kandidaten für so eine Liste – und sie alle waren Bezugspunkte für eine Vielzahl anderer Marxisten, die von der »Orthodoxie« abwichen.[4] Wenn es um die Kraft des Marxismus als Theorie des Kampfes (und um die Überwindung des Dualismus der orthodoxen Tradition) geht, müssen wir vom Kampf selbst ausgehen, vom subjektiven, von der Erfahrung ausgehenden Schrei der Erfahrung, mit dem dieser Aufsatz begann, von dem Schrei, den die objektivistische »wissenschaftliche« Konzeption des Marxismus erstickt. Die Betonung der Subjektivität ist immer wieder Thema im anti-orthodoxen Marxismus.
In den letzten Jahren kam eine seiner kraftvollsten Ausformulierungen von einer Strömung, die sich seit den 60er Jahren vor allem in Italien entwickelte und als »autonomist Marxism« [der Begriff stammt von Cleaver] oder »Operaismus« bekannt ist. Scharf formuliert ist die Kritik an der objektivistischen Tradition des orthodoxen Marxismus in Mario Trontis Artikel »Lenin in England«, der viel zur Definition des »operaistischen« [»autonomist«] Ansatzes beigetragen hat:

> »Auch wir haben erst die kapitalistische Entwicklung gesehen und dann die Arbeiterkämpfe. Das ist ein Irrtum. Man muß das Problem umdrehen, die Vorzeichen umkehren, wieder vom Anfang ausgehen: und der Anfang

---

[4] Siehe hierzu die Einleitung zu *Open Marxism*, Volume I, Pluto Press, London, 1992.

ist der Klassenkampf der Arbeiterklasse.«[5]

Dies muß der erste Schritt sein: wir müssen die Vorzeichen der marxistischen Tradition umkehren und wieder eindeutig von unten ausgehen, vom Kampf, von der Verneinung. Aber die Umkehrung der Vorzeichen reicht nicht aus: Die Polarität selbst muß in Frage gestellt werden. Mit der Umkehrung der Vorzeichen gelangen wir wieder an den richtigen Ausgangspunkt: Von hier aus können wir uns den Marxismus als Theorie gegen die Gesellschaft, nicht als Theorie von der Gesellschaft, zurückerobern, als Theorie des Kampfes, nicht als Theorie der objektiven Kampfbedingungen, als Theorie der Arbeit und nicht des Kapitals, als Theorie des Bruchs, nicht der Reproduktion. Die Verneinung als Ausgangspunkt ist ein wesentlicher Punkt, aber dies zeigt uns immer noch nicht, was der Marxismus zu einer negativen Theorie beitragen kann.

Tronti geht in der Umkehrung der Vorzeichen sofort einen Schritt weiter. Vom Kampf der Arbeiterklasse auszugehen, heißt nicht nur, den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse anzunehmen, sondern auch, in vollständiger Umkehrung der traditionellen marxistischen Methode, den Kampf der Arbeiterklasse als bestimmend für die kapitalistische Entwicklung zu sehen:

> »Auf der Ebene des gesellschaftlich entwickelten Kapitals ist die kapitalistische Entwicklung den Kämpfen der Arbeiterklasse untergeordnet, sie kommt nach ihnen, und ihnen muß sie den politischen Mechanismus der eigenen Produktion anpassen.«[6]

Dies ist der Kern dessen, was Moulier mit der »kopernikanischen Wende des Marxismus durch den Operaismus« meint,[7] die laut Asor Rosa

> »in einer Formel zusammengefaßt werden kann, die die Arbeiterklasse zum dynamischen Motor des Kapitals macht und das Kapital zu einer Funktion der Arbeiterklasse... eine Formel, die uns schon eine Vorstellung von der Größe des Perspektivenwechsels vermittelt, der in solch einer Position politisch steckt.«[8]

---

5 M. Tronti, »Lenin in Inghilterra«, in *Operai e Capitale*, Torino 1966/1971, S. 89; gibt es auf deutsch in *Die Goldene Horde*, Verlag Schwarze Risse Berlin/Rote Strasse Göttingen, Berlin 1994, S. 93.

6 ebenda.

7 Y. Moulier, »Einleitung«, in A. Negri, *The Politics of Subversion*, Polity Press, Oxford, S. 19.

8 Zitiert ebenda

Wenn wir den Schrei des Kampfes nicht als Schrei eines Opfers, sondern als Schrei der Macht begreifen wollen, dann ist diese Umkehrung wesentlich. Aber wie läßt sich solch eine Umkehrung in einer kapitalistischen Gesellschaft rechtfertigen, die ganz offensichtlich vom Kapital und den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse beherrscht zu sein scheint, wie läßt sich das Kapital als Funktion der Arbeiterklasse verstehen?

Es gibt zwei mögliche Antworten auf diese Frage, sozusagen eine stärkere und eine schwächere. Die schwächere Antwort würde lauten, daß das Kapital sich als Funktion der Arbeiterklasse verstehen läßt, weil seine Geschichte die Geschichte der *Reaktion* auf Kämpfe der Arbeiterklasse ist. Ganz ähnlich könnte man etwa sagen, daß die Bewegungen einer verteidigenden Armee im Krieg eine Funktion der Bewegungen der angreifenden Armee sind oder vielleicht die Entwicklung der Polizei eine Funktion der Aktivitäten von Kriminellen. Die stärkere Antwort würde lauten, daß das Kapital einfach deshalb eine Funktion der Arbeiterklasse ist, weil das Kapital nichts anderes als das *Produkt* der Arbeiterklasse ist und daher in jedem Moment von der Arbeiterklasse abhängig ist, um sich zu reproduzieren. Im ersten Fall wird die Beziehung zwischen Arbeiterklasse und Kapital als Gegenüberstellung begriffen, als *äußerliches* Verhältnis. Im zweiten Fall wird das Verhältnis als Erzeugung des einen Pols des Widerspruchs durch den anderen begriffen, also als *inneres* Verhältnis. Im ersten Fall wird die Arbeiterklasse nur in ihrer Existenz *gegen* das Kapital gesehen, im zweiten existiert sie *gegen das und im* Kapitalverhältnis. Die Interpretation als »Reaktion« und als »Produkt« schließen sich nicht unbedingt gegenseitig aus, aber da die Betonung meist nur auf eine Interpretation gelegt wird, können die theoretischen und politischen Schlußfolgerungen recht unterschiedlich aussehen.

In der operaistischen [autonomist] Analyse finden sich beide Elemente, aber die erste Interpretation, die von einer »Reaktion« ausgeht, ist weiter verbreitet.[9] Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung wird in der Regel als

---

[9] Auch die andere Interpretation, die argumentiert, daß das Kapital von der Arbeit abhängig ist, da es Produkt der Arbeit ist, finden wir in einigen »operaistischen« [»autonomist«] Diskussionen. Etwa in einem Abschnitt aus einem späteren Artikel von Tronti: »Wenn die Bedingungen des Kapitals in der Hand der Arbeiter sind, wenn es im Kapital kein aktives Leben gibt ohne lebendige Tätigkeit der Arbeitskraft, wenn das Kapital schon als Folge der produktiven Arbeit entsteht, wenn es keine kapitalistische Gesellschaft gibt ohne Vermittlung des Kapitals durch die Arbeiter, und wenn es also kein gesellschaftliches Verhältnis ohne Klassenverhältnis gibt und kein Klassenverhältnis ohne Arbeiterklasse –

Reaktion auf die Macht der Bewegung der Arbeiterklasse verstanden. Die Entwicklung des Kapitals wird folglich als defensive Reaktion auf die Stärke der Bewegung der Arbeiterklasse angesehen, die sich in Momenten offener Revolte enthüllt. So analysiert Negri[10] z.B. den Keynesianismus als Antwort auf die Revolution von 1917, die deutlich machte, daß das Kapital nur überleben konnte, indem es die Bewegung der Arbeiterklasse anerkannte und integrierte. Diese Analysen sind enorm plausibel, aber hier soll betont werden, daß diese Analysen die kapitalistische Entwicklung als Prozeß der Reaktion begreifen, die Beziehung zwischen ArbeiterInnen [labour] und Kapital wird als äußerliche Beziehung verstanden.

Es hat äußerst wichtige politische und theoretische Konsequenzen, wenn man die Beziehung zwischen ArbeiterInnen [labour] und Kapital als äußerliches Verhältnis begreift. Die Macht der Bewegung der Arbeiterklasse zu betonen strahlt eine offensichtliche Anziehungskraft aus. Nichtsdestotrotz führt diese Art der Trennung von ArbeiterInnen [labour] und Kapital zu einer paradoxen (und romantischen) Vergrößerung der Macht von beiden. Da die »autonome« Analyse nicht die innere Natur der Beziehung zwischen ArbeiterInnen und Kapital untersucht, unterschätzt sie, wie sehr die Arbeit [labour] *innerhalb* kapitalistischer Formen existiert. Daß die Arbeit [labour] innerhalb kapitalistischer Formen existiert, bedeutet, daß sie dem Kapital untergeordnet ist *und* daß das Kapital in seinem Innern zerbrechlich ist; dies wird weiter unten noch ausführlicher erörtert werden. Wenn man die innere Natur der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit [labour] übersieht, unterschätzt man das Eingesperrtsein der ArbeiterInnen [labour] im Kapitalverhältnis *und* die Macht der ArbeitInnen [labour] als inneren Widerspruch im Kapital (und überschätzt daher die Macht des Kapitals über die ArbeiterInnen [labour]).

Am Ende führt die Umkehrung der Vorzeichen zwischen Kapital und ArbeiterInnen [labour], so wesentlich sie als Ausgangspunkt ist, zur Reproduktion dieser Polarität in anderer Form. Die traditionelle marxistische Analyse betont die logische Entwicklung des Kapitals und verbannt den Klassen-

---

dann kann man zu dem Schluß kommen, daß die Klasse der Kapitalisten bereits als der Arbeiterklasse tatsächlich untergeordnete besteht« (Mario Tronti, »The Strategy of Refusal«, in *Working Class Autonomy and Crisis*, S. 10. Hier zitiert aus THEKLA 9, Sisina Verlag, Berlin, S. 194).

[10] A. Negri, »Keynes and the Capitalist Theory of the State post-1929«, in *Revolution Retrieved*, Red Notes, London 1988. Deutsch in T. Negri, *Zyklus und Krise bei Marx*, Internationale Marxistische Diskussion 26, Merve Verlag.

kampf in eine »aber-auch«-Rolle; die »operaistische« [»autonomist«] Analyse befreit den Klassenkampf aus seiner untergeordneten Rolle, überläßt ihn aber weiterhin einer gegenüber dem Kapital äußerlichen Logik. Die Logik des Kapitalverhältnisses wird nun nicht mehr im Sinne von »ökonomischen« Gesetzen und Tendenzen verstanden, sondern im Sinne eines politischen Kampfes, um den Feind zu besiegen. Hierin besteht der Unterschied. Die Schlüsselkategorie der marxistischen ökonomischen Interpretation der kapitalistischen Entwicklung, das Wertgesetz, wird von den »Operaisten« [»autonomists]« für überflüssig erachtet.[11] Angesichts der Macht der Bewegung der Arbeiterklasse hat sich das Kapital zum integrierten Weltkapitalismus entwickelt, und seine einzige Logik ist die Logik der Machterhaltung.[12] Wenn man das Verhältnis zwischen Arbeit [labour] und Kapital als *Reaktion* versteht, landet man vielleicht unweigerlich bei einer spiegelverkehrten Sicht des Kapitalismus: je größer die Macht der Bewegung der Arbeiterklasse, um so monolithischer und totalitärer die Reaktion der Kapitalistenklasse. Die »operaistische« [»autonomist«] Analyse hat Entscheidendes dazu beigetragen, der marxistischen Theorie wieder als Theorie des Kampfes Geltung zu verschaffen, aber die wirkliche Stärke der Marxschen Theorie des Kampfes besteht nicht in einer Umkehrung der Polarität zwischen Kapital und Arbeit, sondern in ihrer Auflösung.[13]

## V

Man kann den Dualismus überwinden, indem man versucht, das Verhältnis zwischen den beiden Polen des Dualismus mit den untereinander verbundenen Kategorien Form, Totalität und Kritik zu fassen. Diese Methode wird oft als Formanalyse bezeichnet.

Für die Disskussion im *Kapital*, in der Marx darauf besteht, z.B. Wert und Geld in ihrer Wert- und Geldform, als Formen gesellschaftlicher Beziehungen zu begreifen, ist der Begriff der »Form« zentral. Im ersten Kapitel des *Kapital* benutzt Marx den Begriff der »Form«, um seine Methode von der Methode der politischen Ökonomen zu unterscheiden, die er kritisieren will:

---

11 ebenda.

12 Siehe F. Guattari und A. Negri, *Communists Like Us*, Semiotext(e), New York, 1990.

13 Eine zusammenfassende Diskussion der »operaistischen« [»autonomist«] Theorie findet sich bei W. Bonefeld, »Human Praxis and Perversion: Be ond Autonomy and Structure«, *Common Sense*, Nr. 15, 1994.

»Grade in ihren besten Repräsentanten, wie A. Smith und Ricardo, behandelt sie die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches. Der Grund ist nicht allein, daß die Wertgröße ihre Aufmerksamkeit ganz absorbiert. Es liegt tiefer. Die Wertform des Arbeitsproduktes ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw.«[14]

Im Begriff der »Form« ist hier Verschiedenes angelegt. Indem er die Grenzen von Smith und Ricardo aufzeigt, weist Marx darauf hin, daß ein Verständnis der »Dinge« als »Formen« ein Verständnis von deren zeitlicher Natur bedeutet, ihrer (zumindest) möglichen historischen Überwindung. Wenn wir die kapitalistische Gesellschaft mit den Begriffen der gesellschaftlichen Formen untersuchen, betrachten wir sie vom Standpunkt ihrer historischen Vergänglichkeit, sehen scheinbar Dauerhaftes als vergänglich und scheinbar Positives als negativ. Die Einführung der Formanalyse bedeutet den Übergang vom Fotoabzug zum Negativ. Der Übergang vom Wert zur Wertform ist z.B. eine Umkehrung der gesamten Perspektive der Diskussion, der Schritt von der politischen Ökonomie zur Kritik der politischen Ökonomie. Deshalb bleibt von der Kategorie der »Form«, die vielleicht die zentrale Kategorie in Marx' Argumentation darstellt, nur eine literarische Hülse, wenn man von der Dauerhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ausgeht (wie es die bürgerlichen Sozialwissenschaften tun).
Die Kategorie der »Form« beinhaltet den inneren Zusammenhang (Nicht-Äußerlichkeit) zwischen gesellschaftlichen »Dingen«. Vom Geld als einer Form des Werts, vom Wert als einer Form des Arbeitsprodukts, von Wert und Geld als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse zu sprechen, heißt zu betonen, daß die Beziehung zwischen Wert, Geld, Arbeit und gesellschaftlichen Verhältnissen eine innerliche ist. Scheinbar getrennte »Dinge« der Gesellschaft (Staat, Geld, Kapital usw.) sind gesellschaftliche Erscheinungen, Formen gesellschaftlicher Beziehungen. Die zwischen ihnen bestehenden Wechselbeziehungen sollten nicht als äußerliche (z.B. kausale Beziehungen) verstanden werden, sondern als innere Beziehungen, als Prozesse der Veränderung oder Verwandlung.

---

[14] Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 95, Fußnote 32.

Mit dem Begriff »Existenzweise«[15] werden diese verschiedenen Implikationen der »Form« (Geschichtlichkeit, Negativität, Innerlichkeit) gut erfaßt. Wenn wir z.B. vom Geld als einer »Existenzweise« gesellschaftlicher Beziehungen sprechen, so sind damit die ganzen Implikationen des »Form«-Begriffs angesprochen, also historische Bestimmtheit, Negativität und Innerlichkeit.

Im hier vorgeschlagenen Begriff der »Form« ist ein Begriff von »Totalität« angelegt. Wenn alle Aspekte der Gesellschaft als Formen gesellschaftlicher Beziehungen verstanden werden, dann sind sie eindeutig Teil eines innerlich verbundenen Ganzen, Moment einer gesellschaftlichen Totalität. Wenn wir also sagen, die »Form« ist die zentrale Kategorie der Theorie von Marx, dann befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem berühmten Ausspruch von Lukacs: »Nicht die Vorherrschaft der ökonomischen Motive in der Geschichtserklärung unterscheidet entscheidend den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, sondern der Gesichtspunkt der Totalität«.[16]

»Form« und »Totalität« beinhalten aber einen dritten Begriff, nämlich den der »Kritik«. Wenn scheinbar getrennte Dinge (etwa Geld und Staat) als verschiedene Formen einer einzigen Totalität verstanden werden sollen, dann gehört zum Verständnisprozeß eine Kritik der scheinbaren Getrenntheit. Zu kritisieren heißt in diesem Sinne, die Wechselbeziehungen zwischen den »Dingen« zu erforschen, zu zeigen, wie scheinbar getrennte und nur äußerlich verbundene Aspekte der Gesellschaft als Formen derselben gesellschaftlichen Totalität in einem inneren Zusammenhang stehen.

Die Formanalyse, die Analyse der »Dinge« und »Fakten« als Formen der Totalität gesellschaftlicher Beziehungen löst die starre Realität in den Fluß der wechselnden Formen der gesellschaftlichen Beziehungen auf. Was als getrennt erscheint (Staat, Geld, Länder usw.), kann nun im Sinne einer Trennung in der Einheit oder Einheit in der Trennung verstanden werden. Jetzt wird es möglich, den Dualismus von Subjekt und Objekt theoretisch zu überwinden, indem man die Trennung von Subjekt und Objekt als Trennung in der Einheit neu faßt, indem man den Dualismus kritisiert und Subjekt und Objekt als Formen derselben gesellschaftlichen Totalität begreift. Was bisher als starr und objektiv erschien, enthüllt sich als vergänglich und flüssig. Die Bausubstanz der kapitalistischen Realität beginnt – theoretisch – zu bröckeln.

---

15 Siehe hierzu die wichtigen Beiträge in R. Gunn, »Against Historical Materialism«.

16 G. Lukacs, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Luchterhand, 1968, S. 94.

Die Formanalyse ist zentral für jeden Angriff auf den Dualismus, der weite Teile der marxistischen Tradition geprägt hat, und in den letzten Jahren wird sie von einer ganzen Anzahl von Theoretikern zu Recht betont,[17] auch unter dem Einfluß der Schriften früherer Autoren wie Lukacs, Rosdolsky, Rubin und Pashakunis, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren wiederentdeckt wurden. Dennoch sind viele der Ansätze, die grob als Beispiele für eine Formanalyse bezeichnet werden könnten, nicht zu einer Überwindung des kritisierten Dualismus vorgedrungen. Oft führten sie nur zu einem (manchmal als »Kapitallogik« bezeichneten) rein logischen Verständnis der kapitalistischen Entwicklung, das wenig Raum für den Klassenkampf läßt. Hier gibt es auf zwei Ebenen Schwierigkeiten. Auf der einen Ebene, die wir die logische nennen könnten, stellt sich die Frage nach dem Verständnis von »Form«. Natürlich läßt sich der Begriff »Form« unterschiedlich verstehen. Im hier verwandten Sinne einer »Existenzweise« ist der Begriff vor allem kritisch: Er behauptet die Einheit des scheinbar Getrennten, die Vergänglichkeit des scheinbar Dauerhaften, die Falschheit der Erscheinung. Wenn er aber wie so oft im Sinne einer Unterteilung nach Gattungen und Arten wie in dem Satz, »Weizen ist eine Form von Getreide«, benutzt wird, dann verliert die Methode vollständig ihren kritischen Inhalt und trägt nichts zur Überwindung des Dualismus bei, um die es uns geht.[18]
Aber sogar wenn die »Form« im stärkeren Sinne, als Existenzweise begriffen wird, so daß »A ist die Form von B« bedeutet, daß B die Existenzweise von A ist, besteht immer noch die Gefahr, daß die Formanalyse nur zu einer leeren Logik von Kategorien wird, zu einer Diskursform, in der nur die logischen Beziehungen zwischen den Kategorien real zu sein scheinen. Natürlich sind die Kategorien der Totalität, der Form und Kritik zentral für den Angriff auf den Dualismus, der als theoretisch-politisches Hauptproblem der marxistischen Tradition herausgearbeitet wurde. Aber was verstehen wir darunter? Wie können wir den weit verbreiteten Scholastizismus der »formanalytischen« Diskussion vermeiden? Totalität von was, Formen von was? Was meinen wir, wenn wir von Totalität, Form und Kritik sprechen? Die Totalität ist eine Totalität von gesellschaftlichen Beziehungen, die Formen sind Formen von gesellschaftlichen Beziehungen, dies wäre die einfachste Antwort. Wenn man also von Geld, Wert oder Staat als Geld-

---

17 Die Formanalyse ist z.B. zentraler Bestandteil der sogenannten »Staatsableitungsdebatte«. Siehe hierzu J. Holloway und S. Picciotto, *State and Capital: A Marxist Debate*, Edward Arnold, London, 1978.

18 Siehe R. Gunn, »Against Historical Materialism«.

Form, Wert-Form oder Staats-Form spricht, ist gemeint, daß diese Erscheinungen, die sich als Dinge darstellen, Formen gesellschaftlicher Beziehungen sind. Alle gesellschaftlichen Erscheinungen müssen als Existenzweisen von Beziehungen zwischen Menschen kritisiert (entmystifiziert) werden. Aber damit ist das Problem noch immer nicht gelöst: Bei vielen »Formanalysen« ist der Verweis auf die gesellschaftlichen Beziehungen schlicht ein formales Bekenntnis, da angenommen wird, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse einem logisch vorgegebenen Entwicklungsschema folgen. Folglich taucht der Dualismus wieder auf, jetzt im Sinne einer Trennung zwischen einerseits einer logisch vorherbestimmbaren Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse (der Kapitallogik) und andererseits dem Klassenkampf, der als getrennt von den gesellschaftlichen Verhältnissen im Kapitalismus aufgefaßt wird.

Die Trennung zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Kampf können nur überwunden werden, wenn wir begreifen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus von vornherein antagonistisch, von vornherein widersprüchlich sind, daß alle gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus Verhältnisse des Klassenkampfs sind. Wenn wir von der Totalität als einer Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse reden, dann meinen wir die Totalität der antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse (Klassenkampf). Wenn wir sagen, daß Geld eine Form der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, meinen wir, daß es eine Form des Klassenkampfes ist, daß seine Entwicklung sich nicht als logischer Prozeß verstehen läßt, sondern nur als Kampfprozeß (ein Kampf, der eine bestimmte Existenzweise hat, aber nicht vorbestimmt ist).

In diesem Sinne können wir mit den Kategorien Totalität, Form und Kritik begreifen, daß alle gesellschaftlichen Erscheinungen Existenzweisen des Klassenkampfes sind und umgekehrt der Klassenkampf in und durch diese gesellschaftlichen Erscheinungen hindurch existiert. Indem wir alle Aspekte der Gesellschaft als Existenzweisen des Klassenkampfes begreifen, überwinden wir die dualistische Trennung von Gesellschaft und Kampf, Objekt und Subjekt, bewegen uns aber immer noch auf der Ebene von Behauptungen. Wir könnten z.B. sagen, daß der Staat als besondere Form der Totalität des Klassenkampfes verstanden werden muß. Oder wir könnten sagen, daß das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie im Sinne der Trennung in der Einheit bzw. Einheit in der Trennung des Klassenkampfes gefaßt werden muß. Beide Aussagen sind für das Verständnis der politischen und ökonomischen Entwicklung wichtig, aber sie flehen geradezu nach einer weiteren Frage: warum? Was konstituiert diese Einheit (in der Trennung) von Politik und Ökonomie, was erlaubt es uns, von einer Totalität der

gesellschaftlichen Verhältnisse zu sprechen? Woher kommt die Einheit, die im Begriff der Totalität steckt? Wodurch wird diese Einheit erzeugt, wie verstehen wir ihre Entstehung? Der Begriff der Totalität führt uns, wenn wir es ernst damit meinen, zu der Frage nach der Genese [Entstehung] (oder Konstitution). Nur wenn wir vom Begriff der Totalität und der Form zur Genese und Konstitution dieser Totalität (und ihrer Formen) fortschreiten, kann die Frage nach der Macht gestellt werden.

## VI

Der Versuch, die Sackgasse des Dualismus zu überwinden, führt uns zu der Frage, wie wir die Totalität der gesellschaftlichen Beziehungen (als Verhältnisse des Klassenkampfes) genetisch [von ihrer Entstehung her] verstehen können.

Die Erforschung der Genese oder Konstitution gesellschaftlicher Erscheinungen ist zentral für Marx' Ansatz. Nicht nur gibt sie seinem gesamten Werk (am deutlichsten im *Kapital*) den roten Faden, sondern er definiert so auch wiederholt seine wissenschaftliche Methode. Eine der bekanntesten Passagen entstammt der *Einleitung* zu den Grundrissen von 1857 und sollte ausführlich zitiert werden:

> »Es scheint das Richtige zu sein mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Vorraussetzung zu beginnen, also z.B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung, die die Grundlage und das Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsaktes ist. Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung [als] falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich z.B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen. Z.B. Lohnarbeit, Kapital etc. Diese unterstellen Austausch, Teilung der Arbeit, Preise etc. Kapital z.B. ohne Lohnarbeit ist nichts, ohne Wert, Geld, Preis etc. Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfache Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung des Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen (...). Das letztere ist offenbar die wissenschaftlich richtige Methode. Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfas-

sung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakten Bestimmungen verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens. Hegel geriet daher auf die Illusion das Reale als Resultat des in sich selbst zusammenfassenden, in sich vertiefenden, und aus sich selbst bewegenden Denkens zu fassen, während die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst.«[19]

Dasselbe Argument findet sich immer wieder im *Kapital*, z.B. in der in einer Fußnote gemachten knappen Anmerkung, in der Marx mit einer Kritik der Technologie beginnt und mit einer Kritik der Religion fortfährt:

»Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt, aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwikkeln. Die letztre ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode.«[20]

Aber weshalb besteht Marx darauf, daß dies die einzig wissenschaftliche Methode ist? Sie ist theoretisch eindeutig anspruchsvoller, aber warum muß uns das kümmern? Und was haben wir unter dem genetischen Zusammenhang zu verstehen? Die Bemerkung zur Religionskritik legt eine Antwort nahe. Der Hinweis, »durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen« zu entdecken, ist ein Verweis auf Feuerbach und dessen Argument, daß der Glaube an Gott Ausdruck der menschlichen Selbstentfremdung bzw. die menschliche Selbstentfremdung der »irdische Kern« der Religion sei. Der zweite Teil des Satzes, daß es darum geht, »aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln«, verweist auf die Marxsche Kritik an Feuerbach, daß diese

---

19 K. Marx, *Grundrisse*, 1857, S. 21-22.

20 K.Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 393.

Selbstentfremdung nicht abstrakt, sondern in einem praktischen (und daher historischen) Zusammenhang begriffen werden muß. Feuerbach hat recht, wenn er darauf besteht, daß Gott eine menschliche Schöpfung ist (und nicht umgekehrt), aber der Prozeß dieser Entstehung muß praktisch, sinnlich verstanden und wahrgenommen werden. Der Begriff »Gott« muß als Ergebnis menschlichen Denkens aufgefaßt werden, und dieses Denken wiederum ist kein individueller, unhistorischer Vorgang, sondern ein Aspekt der gesellschaftlichen Praxis unter bestimmten historischen Bedingungen.
Die Kritik an Feuerbach führt zu wichtigen politischen Schlußfolgerungen. Die Religion stellt die Menschen als Objekte dar, als Wesen, die von Gott, dem alleinigen Schöpfer, dem Ursprung aller Dinge, der Quelle der gesamten Macht, dem alleinigen Subjekt erschaffen wurden. Die Religionskritik von Feuerbach stellt die Menschen in den Mittelpunkt der Welt, aber sie werden nicht wirklich ermächtigt, denn Feuerbachs Mensch ist gefangen in einer zeitlosen Selbstentfremdung. Ist die Erschaffung Gottes erstmal als gesellschaftliche, historische Praxis begriffen, dann sind die Menschen nicht länger nur Objekte und gefangen in einem Vakuum der Machtlosigkeit, sondern *die menschliche Praxis wird als alleiniger Schöpfer, als Ursprung aller Dinge, als Quelle der Macht, als alleiniges Subjekt erkannt.* Eine so verstandene praktisch-genetische Religionskritik ermöglicht es den Menschen, die sie umgebende Welt zu gestalten, da sie selbst ihre »wahre Sonne« sind.
»(...) die Kritik der Religion ist Voraussetzung aller Kritik«, sagt Marx.[21] Die Kritik an den politischen Ökonomen folgt den Mustern der Kritik an Feuerbach. Im *Kapital* hat sich Marx' Aufmerksamkeit einem weitaus mächtigeren Gott zugewandt, dem Geld (dem Wert). Im alltäglichen Denken schwingt sich das Geld zum Herrscher über die Welt auf, zur einzigen Quelle der Macht. Ricardo (der an die Stelle von Feuerbach tritt) hat gezeigt, daß dem nicht so ist: »Durch Analyse« hat er entdeckt, daß die menschliche Arbeit als Substanz des Werts »der irdische Kern der religiösen Nebelbildungen« der Ökonomie (der Religion des Geldes) ist. Aber Ricardo behandelt die Arbeit wie Feuerbach die Selbstentfremdung: zeitlos, als unhistorisches Wesensmerkmal der menschlichen Existenz.

> »Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen, Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt

---

21 K. Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung*, MEW 1, S. 378.

entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt?«[22]

Im Ergebnis stellt Ricardo also ebenso wie Feuerbach die Menschen in den Mittelpunkt der Welt, aber läßt die Menschheit gefangen in einem zeitlosen, unveränderlichen Vakuum der Machtlosigkeit. Nur wenn wir die Produktion von Wert und Geld als gesellschaftliche, historische menschliche Praxis begreifen, wird die Kritik an der Macht des Geldes (und der Machtlosigkeit der Menschen) zu einer Theorie der Macht der Menschen, der Macht menschlicher Praxis oder Arbeit.

Aus diesen Beispielen geht hervor, daß die genetische Methode nicht nur darin besteht, ein überlegenes logisches Konzept anzuwenden. Manchmal wird gesagt, die Methode von Marx beruhe auf einer logischen »Ableitung« der Kategorien (das Geld aus dem Wert, das Kapital aus dem Geld usw.). Das stimmt z.B. für die sogenannte »Staatsableitungsdebatte«, in der behauptet wurde, daß zur Entwicklung einer marxistischen Theorie des Staates die Kategorie »Staat« abgeleitet werden müsse. Das stimmt, aber wenn man die Ableitung oder die genetische Verbindung in rein logischem Sinne versteht, versteht man den Kern des Marxschen Ansatzes falsch und landet bei einer Theorie, die gesellschaftliche Zusammenhängen als rein logisch versteht und damit letztlich die gesellschaftliche Praxis entmachtet und nicht ermächtigt. Mit der Behauptung, daß Marx' Methode wissenschaftlich sei, soll nicht behauptet werden, daß ihre Logik überlegen oder strenger sei, sondern daß sie der Bewegung des praktischen Produktionsprozesses im Denken folgt (und daher bewußter an ihr teilnimmt). Die Genese läßt sich nur als menschliche Genese begreifen, als Macht der menschlichen Schöpfung.

Wenn wir nun auf den Begriff der »Totalität« zurückkommen und fragen, was den »Standpunkt einer Totalität« (Lukacs)[23] ausmacht, was die Behauptung rechtfertigt, der einzig »wissenschaftlich korrekte« Ansatz bestehe darin, von der Einheit der Vielheit der gesellschaftlichen Erscheinungen auszugehen. Die Antwort muß lauten, daß es die ausschließliche Macht der schöpferischen menschlichen Praxis (Arbeit) ist, die die Totalität als Totalität bestimmt (und daher auch die »Formen« als Formen gesellschaftlicher

---

22 K. Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 94.

23 G. Lukacs, *Geschichte und Klassenbewußtsein.*

Verhältnisse konstituiert). Nur wenn der Begriff der Totalität (und der Form und der Kritik) praktisch-genetisch in der Arbeit begründet ist, hat er irgendeine Bedeutung als wissenschaftlich-politischer Begriff der Macht.
Wenn wir die Genese (oder die Ableitung) so, als gedankliche Bewegung der genetischen Macht menschlicher Praxis begreifen, dann können die »einfachsten Bestimmungen«, auf die Marx in der *Einleitung* von 1857 verweist, nur als Arbeit (die schöpferische Macht menschlicher Praxis)[24] verstanden werden. Die (von Gunn als »bestimmte Abstraktion« beschriebene)[25] Marxsche Methode läßt sich nur dann als wissenschaftlich begreifen, wenn man alle gesellschaftlichen Zusammenhänge, auch den Prozeß der Abstraktion, als praktisch versteht.
Die Objektivität des Kapitalismus, das »so ist es nun mal« der kapitalistischen Realität, hat sich jetzt aufgelöst. Die Begriffe Totalität, Form usw. stellten die Grundlage dar, um die harte Trennung von Subjekt und Objekt zu überwinden und die Trennung begrifflich als Einheit in der Trennung und Trennung in der Einheit zu fassen. Aber nur, wenn diese Begriffe in einen praktisch-genetischen Zusammenhang gestellt werden, verschwindet die Symmetrie von Subjekt und Objekt: Nur dann wird klar, daß es kein Objekt, sondern nur ein Subjekt gibt.

## VII

Der Schrei hat nun eine neue Dimension gewonnen. Aus einem Aufschrei der Verneinung, der Ablehnung ist ein Schrei der Macht geworden. Ausgangspunkt war die subjektive Ablehnung der »objektiv existierenden Gesellschaft«: Die Objektivität hat sich nun aufgelöst, und es ist nichts übrig als die Macht des Subjekts. Mit den Ohren der marxistischen Theorie können wir den Schrei der machtlosen Opfer als Schrei des allmächtigen Subjekts wahrnehmen.
Der Schlüssel zu dieser Verwandlung liegt im Begriff der Arbeit. Der Dreh- und Angelpunkt der Theorie von Marx, der der Verneinung Macht verleiht, ist der Begriff der kreativen Kraft der menschlichen Praxis, der Arbeit. Für Marx ist die Menschheit durch ihre bewußte kreative Praxis definiert: »Die freie bewußte Tätigkeit ist der Gattungscharakter des Menschen«.[26] Der Be-

---

24 K. Marx, *Grundrisse*, »Einleitung«.

25 R. Gunn, »Against Historical Materialism«, S. 17.

26 K. Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844*, Ergänzungsband zu MEW/Erster Teil, S. 516.

griff der Praxis oder Arbeit ist in erster Linie ein Begriff der Macht. Er taucht auf in der Kritik an der in der Religion ausgedrückten Vorstellung von der Machtlosigkeit des Menschen: Nicht Gott ist tätig und kreativ, sondern die Menschen. Sind aber die Menschen tätige, kreative Wesen, so müssen all ihre Beziehungen als praktische Beziehungen, Arbeitsbeziehungen verstanden werden: »Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis« (achte These über Feuerbach). Das Begreifen der Praxis ist der Schlüssel zur Theorie der Gesellschaft, da die Gesellschaft nichts anderes als Praxis ist. Aus diesem Grund spricht Marx zu Beginn im *Kapital* von der »zwieschlächtigen Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit« als dem »Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht«.[27]

Arbeit, Schöpfung und Praxis werden hier als austauschbare Begriffe verwendet. Arbeit hat im Kapitalismus einen Doppelcharakter als konkrete und abstrakte Arbeit: die (widersprüchliche und widerständige) Unterordung der konkreten unter die abstrakte Arbeit (die Produktion von Wert) bedeutet, daß die Arbeit in einer Form existiert, die die »freie bewußte Tätigkeit«, die »der Gattungscharakter des Menschen ist«, negiert. Der Kapitalismus entmenschlicht die Menschen, indem er ihnen das nimmt, was sie menschlich macht, dies ist die zentrale Kritik von Marx am Kapitalismus. Doch die Existenz der Arbeit als Wert-produzierende Arbeit ändert überhaupt nichts an der alles bestimmenden Macht der Arbeit: Da die Arbeit die einzig schöpferische Kraft der (jeder) Gesellschaft ist, kann das auch gar nicht anders sein. Genau darin liegt die Stärke der Marxschen Werttheorie: Sie ist gleichzeitig eine Theorie der Unterwerfung der Arbeit und die Theorie der ausschließlichen Macht der Arbeit.

Die Arbeit ist also die »einfachste Bestimmung«, (um den Begriff aus der *Einführung* von 1857 zu verwenden). So verstanden ist Arbeit Subjektivität – praktische Subjektivität, da es keine andere gibt; aber Arbeit ist auch Negativität, da sie die praktische Negation des Bestehenden umfaßt. Die Arbeit konstituiert alles. »Objektivität« ist nichts anderes als objektivierte Subjektivität: es gibt nichts anderes als Subjektivität und ihre Objektivierung (ihre Verwandlung in eine objektive Existenzweise).

Jetzt zeigt sich, daß der subjektive Schrei, der zunächst wissenschaftsfeindlich erschien (und von einem Großteil der akademischen Diskussion auch so

---

[27] K. Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 56.

behandelt werden würde), wesentlicher Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Überlegung ist. Wenn die Gesellschaft nichts anderes ist als Subjektivität und ihre Objektivierung, dann ist die Subjektivität (Praxis) der einzig mögliche Ausgangspunkt für das Begreifen der Gesellschaft, dann ist das Begreifen der Gesellschaft ein Prozeß, der den (objektivierenden) Formen unserer Subjektivität nachgeht – ein Weg, den die Vorstellung von einer »wissenschaftlichen Objektivität« völlig verbaut. Die Welt läßt sich nur subjektiv, kritisch, negativ und von unten verstehen. Wir begannen mit der Suche nach einer Theorie gegen die Gesellschaft anstatt einer Theorie von der Gesellschaft: Jetzt ist klar, daß sich die Gesellschaft als Objektivierung des Subjekts nur durch eine Theorie gegen die Gesellschaft (eine Theorie, die von der subjektiven Kritik des »Objektiven« ausgeht) begreifen läßt. Eine Theorie der Gesellschaft, die von der vermeintlichen (und notwendigerweise fiktiven) Entfernung (oder Verdrängung) des Subjekts aus der Gesellschaft ausgeht[28], wird die Gesellschaft nicht im Sinne der subjektiven Kraft der Arbeit verstehen können. Sie kann nur die Objektivierung, die das Subjekt entmachtet, für bare Münze nehmen und somit zu dieser Entmachtung ihren Teil beitragen. Die Gesellschaft läßt sich nur negativ, nur durch eine Theorie gegen die Gesellschaft verstehen.[29]

## VIII

Ausgehend vom zentralen Begriff der Arbeit als praktische (und theoretische) Subjektivität, als »einfachste Bestimmung« wird es möglich, die Gesellschaft neu zusammenzusetzen, den Prozeß der Objektivierung des Subjekts, die Existenz des Subjekts als Objekt zurückzuverfolgen.
Die Reise zurückzuverfolgen, ausgehend von der Zentralität der Arbeit: Diese Aufgabe stellt sich Marx im *Kapital*. Ausgehend vom Wert entwickelt er die Entstehung des Geldes, des Kapitals, des Profits usw. als Formen, die das Arbeitsprodukt annimmt, und zeigt gleichzeitig, wie Verhältnisse zwischen Menschen (praktische Verhältnisse, Arbeitsbeziehungen) die Form von Verhältnissen zwischen Dingen annehmen. Diese Existenz von praktischen gesellschaftlichen Verhältnissen als Verhältnissen zwischen Dingen bezeichnet Marx als Fetischismus.

---

28 Siehe R. Gunn, »Against Historical Materialism«.

29 Daher die Kraft des revolutionären Denkens, b Hegel als dem Theoretiker der Französischen Revolution, oder bei Marx, dem Theoretiker der revolutionären Bewegungen zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Was bedeutet Fetischismus? Wenn Verhältnisse zwischen Menschen als Verhältnisse zwischen Dingen existieren, wenn also Verhältnisse zwischen Subjekten als Verhältnisse zwischen Objekten existieren, was bleibt dann noch übrig von der Subjektivität, um die es hier geht? Wenn Verhältnisse zwischen Menschen objektiv, in einer bestimmten Form existieren: sind es dann nicht objektive Verhältnisse? Wenn die Kritik am Kapitalismus darin besteht, daß er subjektive Verhältnisse objektiviert, muß die Untersuchung des Kapitalismus dann nicht die Erforschung dieser Objektivität sein?
Durch den Begriff des Fetischismus kommt das Problem des Objektivismus durch die Hintertür wieder herein. Jetzt ließe sich die objektivistische Tradition des Mainstream-Marxismus damit rechtfertigen, daß es nicht um einen simplen Dualismus zwischen Menschen und objektiven Bedingungen geht, sondern darum, daß Menschen, die in Wirklichkeit als Spezies praktische Wesen sind, im Kapitalismus als entmenschlichte, ihrer Subjektivität beraubte Objekte existieren. Jetzt lautet das Argument, daß die Existenz der Menschen als Objekte es uns ermögliche, den Kapitalismus im Sinne der logischen Entfaltung seiner zuerst von Marx im *Kapital* analysierten und dann von der Tradition der marxistischen Ökonomen untersuchten »objektiven Entwicklungsgesetze« zu begreifen. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist der Klassenkampf ein Kampf gegen die Logik des Kapitals und von dieser klar getrennt.
Diese Rechtfertigung des Objektivismus beruht sozusagen auf einer »harten« Interpretation des Fetischismus (bzw. der Entfremdung, der Verdinglichung, der Objektivierung – lauter unterschiedliche Begriffe für den im Grunde gleichen Prozeß). Der Fetischismus wird als vollendete Tatsache und die fetischisierten Formen als ausschließliche Existenzweise der Verhältnisse zwischen Menschen aufgefaßt.
Das Verständnis vom Fetischismus ist politisch und theoretisch die zentrale Streitfrage des Marxismus. Der harte Fetischismusbegriff führt natürlich zu dem Dilemma: Wenn die Menschen im Kapitalismus als Objekte existieren, wie ist dann eine Revolution denkbar? Für dieses Dilemma gibt es drei mögliche Lösungen. Eine besagt, daß es keinen Ausweg, keine Möglichkeit einer sozialen Revolution gibt, daß wir nur ohne Hoffnung kritisieren können: der oft mit der Frankfurter Schule assoziierte Pessimismus. Eine zweite besagt, daß es sehr wohl einen Ausweg gibt, nämlich die Aktion und Führung durch diejenigen, die sich von ihrem objektiven Zustand befreien können, anders gesagt, durch die Führung einer Avantgardepartei: die leninistische Position. Ein dritte Variante behauptet, daß man sich die Revolution nicht als subjektive Aktion vorstellen sollte, sondern daß die Entfaltung der objektiven Widersprüche selber zum Untergang des Kapitalismus und zur

Befreiung des Subjekts führen wird: die Position der Zweiten Internationale. Trotz all ihrer Unterschiede gehen diese Strategien von demselben Ausgangspunkt aus – sie halten den Fetischismus für eine vollendete Tatsache. Wenn man die Menschen als objektiviert versteht, dann führt dies in der einen oder anderen Form zu einer Politik, die sie auch als Objekte behandelt.

Die theoretische Auffassung des Fetischismus wirkt sich auf das theoretische Verständnis aller anderen Kategorien aus. Wenn man die gesellschaftlichen Verhältnisse als objektiviert begreift, dann versteht man auch die Existenzweisen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse (und ihre Wechselbeziehungen) als objektiv und ihre Entwicklung als Entfaltung einer in sich geschlossenen Logik. So wird in dieser Tradition z.B. der Wert als ökonomische Kategorie aufgefaßt (oft als Grundlage für eine Preistheorie) und nicht als Form des Klassenkampfes. Ebenso wird das Geld so verstanden, daß es objektiv existiert und Bedingungen schafft, die auf den Klassenkampf zurückwirken, aber es wird nicht selber als eine Form des Klassenkampfes verstanden. All diese Kategorien werden als »geschlossen« betrachtet, im Sinne einer in sich selbst gefangenen Logik.

Dieses Verständnis des Fetischismus führt tendenziell eher zu einer analytischen als einer genetischen Behandlung des Kapitalismus. Tatsächlich fragt sich, welche Bedeutung die genetische Methode (oder die Formanalyse) haben soll, wenn der Fetischismus vollkommen ist. Warum sollen wir die Objektivierung der Subjektivität der Menschen zurückverfolgen, wenn sie objektiviert sind? Wenn nicht die Arbeit, sondern der Wert regiert, warum sollen wir dann noch – wie Marx es verlangte – die Frage stellen, »warum sich die Arbeit im Wert ihres Produktes darstellt«? Der herrschende Ansatz der marxistischen Ökonomie ignoriert die Frage der Genese und der Form ganz einfach. In den Diskussionen z.B. über den Wert wurde der Wertform (im Gegensatz zur Wertgröße) nur wenig Beachtung geschenkt, und Marx' grundlegende Kritik an Ricardo ist unter den Tisch gefallen.

Einen anspruchsvolleren Ansatz, dem es gelingt, den Begriff der Form mit einem »harten« Verständnis des Fetischismus zu verbinden, vertreten diejenigen, die meinen, daß die Formanalyse historisch verstanden werden muß. So gesehen besteht die Bedeutung des Marxschen Bestehens auf der Form einfach darin, die Historizität des Kapitalismus aufzuzeigen. Die Entstehung der Formen gesellschaftlicher Beziehungen muß folglich historisch verstanden werden: Die Errichtung der Herrschaft des Wertes oder des Geldes war ein historischer Prozeß, der in den frühen Jahren des Kapitalismus zur

Vollendung gekommen ist.[30] Aus dieser Perspektive läßt sich der Wert als Herrschaftsform fassen, aber nicht als eine Form des Kampfes. Die Wertproduktion als Form, die die Arbeit im Kapitalismus annimmt, ist eine Form kapitalistischer Herrschaft im Gegensatz zur vergangenen und vor allem zukünftigen Befreiung der Arbeit.

Innerhalb der marxistischen Tradition ist die harte Interpretation des Fetischismus zweifellos der herrschende Ansatz, und das hat sicher viel mit den schlimmsten Auswüchsen der kommunistischen politischen Tradition zu tun, Menschen eher als Objekte denn als Subjekte der Politik zu behandeln. Vorsichtig ausgedrückt liegt diese harte Interpretation des Fetischismus auf einer Linie mit dem für einen Großteil der Avantgardetradition typischen Autoritarismus.

Aber es gibt eine Alternative zu dieser Auffassung vom Fetischismus, eine andere Möglichkeit, wie die »Rückverfolgung der Reise« zu verstehen ist, die Marx im *Kapital* antritt. Ernst Bloch bringt dies recht eindrucksvoll auf den Punkt:

> Entfremdung könnte nicht einmal notiert, gar als solch Freiheitsraubendes an den Menschen, solch Entseelendes in der Welt verurteilt werden, wenn es kein Maß an ihrem Gegenteil gäbe, also an jenem möglichen Zusichkommen, Beisichsein, woran die Entfremdung ermessen werden kann.[31]

Der Begriff der Entfremdung, oder des Fetischismus, bedingt mit anderen Worten seinen Gegensatz: nicht als wesentliches, nicht-entfremdetes »Zuhause« tief in uns drin, sondern als Widerstand, Verweigerung, Ablehnung der Entfremdung in unserer täglichen Praxis. Wir können die Entfremdung oder den Fetischismus nur ausgehend von einem Begriff von Nicht- (oder besser Anti-) Entfremdung oder Anti-Fetischismus denken. Daher läßt sich der Fetischismus nicht als vollendet begreifen: er läßt sich nur als Prozeß begreifen, als Fetischisierung.

Wenn wir den Fetischismus als Fetischisierung begreifen, dann ist die Ent-

---

30 So z.B. B. Jessop, »Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism«, W. Bonefeld und J. Holloway, *Postfordism and Social Form*, und J. Hirsch, »The State Apparatus and Social Reproduction. Elements of the Theory of the Bourgeois State«, in J. Holloway und S. Picciotto, *State and Capital.*

31 Ernst Bloch, *Tübinger Einleitung in die Philosophie I*, Suhrkamp, Frankfurt, 1963, S. 113.

stehung der kapitalistischen Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur von historischem Interesse. Die Wertform, Geldform, Kapitalform, Staatsform usw. sind mit dem Beginn des Kapitalismus nicht ein für alle Mal errichtet worden. Stattdessen stehen sie permanent zur Debatte, als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse werden sie ständig in Frage gestellt, durch den Kampf werden sie beständig errichtet und neu errichtet (oder auch nicht). Die Formen der gesellschaftlichen Beziehungen sind Prozesse der Formierung gesellschaftlicher Verhältnisse.[32]

Unsere Existenz ist dann nicht einfach eine in fetischisierten Formen gesellschaftlicher Verhältnisse eingeschlossene Existenz. Wir existieren nicht nur als objektivierte Opfer des Kapitalismus. Genausowenig können wir außerhalb der kapitalistischen Formen bestehen: Es gibt keinen Kapitalismusfreien Raum, keine privilegierte Sphäre eines nicht-fetischisierten Lebens, da wir uns immer durch unser Verhältnis zu anderen konstituieren und konstituiert werden. Wir existieren vielmehr, wie der Ausgangspunkt dieser Diskussion, der Schrei, nahelegt, gegen das und im Kapital. Unsere Existenz gegen den Kapitalismus ist keine Frage der bewußten Entscheidung, sie ist notwendiger Ausdruck unseres Lebens in einer unterdrückenden und entfremdenden Gesellschaft. Gunn sagt dazu sehr schön, daß »die Unfreiheit einzig als (in sich widersprüchliche) Revolte der Unterdrückten weiterbesteht«.[33] Unsere gegen das Kapital gerichtete Existenz ist die unvermeidliche ständige Negation unserer Existenz im Kapital. Umgekehrt ist unsere Existenz im Kapital (oder genauer gesagt, unser Eingesperrtsein im Kapital) die beständige Negation unserer Revolte gegen das Kapital. Unser Eingesperrtsein im Kapital ist ein beständiger Prozeß der Fetischisierung oder Formierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, ein ständiger Kampf.

Diese Auffassung vom Fetischismus als Fetischisierung und somit unserer Existenz in der kapitalistischen Gesellschaft als einer Existenz gegen das Kapital und im Kapital hat Folgen für unsere Auffassung aller Marxschen Kategorien. Wenn wir die Formen gesellschaftlicher Verhältnisse (ausgedrückt in den Kategorien der politischen Ökonomen) als Prozesse der Formierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und somit als Kampf begreifen, dann liegt es auf der Hand, daß wir die Kategorien als offen verstehen

---

32 Dies bezieht sich auf das Argument, das die weiterhin bestehende Bedeutung der ursprünglichen Akkumulation betont. Siehe W. Bonefeld, »Class Struggle and the Permanence of Primitive Accumulation«, *Common Sense*, Nr. 6, 1988; und Dalla Costas Artikel in der vorliegenden Ausgabe (Open Marxism Volume III).

33 R. Gunn, »Against Historical Materialism«, S. 29.

müssen. Wenn wir z.B. den Wert weder als ökonomische Kategorie noch als Herrschaftsform, sondern als Form des Kampfes verstehen, dann hängt die tatsächliche Bedeutung der Kategorie vom Verlauf des Kampfes ab. Sind die Kategorien des Denkens einmal als Ausdruchsweisen des Kampfs um ihre Verobjektivierung statt als objektivierte gesellschaftliche Verhältnisse gefaßt, dann fegt ein Sturm der Unvorhersehbarkeit durch sie hindurch. Wenn wir einmal verstanden haben, daß Geld, Kapital und Staat nichts anderes sind als der Kampf um die Gestaltung, Disziplinierung und Strukturierung dessen, was Hegel die »bloße Unruhe des Lebens« nennt, so wird deutlich, daß ihre Entwicklung nur als Praxis, als Kampf ohne vorherbestimmten Ausgang verstanden werden kann.[34] Als Theorie des Kampfes ist der Marxismus notwendig eine Theorie der Ungewißheit.[35] Der Begriff des Kampfes verträgt sich nicht mit der Vorstellung einer garantierten Negation der Negation als Happy-End: Die Dialektik läßt sich nur als negative Dialektik verstehen[36], als Negation der Falschheit mit offenem Ende, als Revolte gegen die Unfreiheit.

## IX

Die Methode von Marx ist eine Bewegung der Machtentfaltung/Entmachtung.

Die Politik der Methode ist ein grundlegendes Thema dieses Artikels. Es ist dringend notwendig, den Marxismus zu öffnen, die hergebrachten Interpretationen der Marxschen Methode in Frage zu stellen, und zwar nicht aus theoretischen, sondern aus politischen Gründen. Eines der wesentlichen Hindernisse bei diesem Projekt einer Öffnung des Marxismus ist, daß es immer noch sehr üblich ist, Fragen der Marxschen Methode so zu diskutieren, als hätten sie überhaupt nichts mit Politik zu tun. Der Stil vieler der bedeutendsten Kritiken am traditionellen Marxismus läßt vermuten, daß die Autoren im Reich der reinen Theorie schweben und kaum ein Interesse an den politischen Folgerungen der von ihnen behandelten Themen haben.

Die Frage nach der Methode ist die Frage nach der revolutionären Macht – wenn auch nicht im leninistischen Sinne. In einem 1927 in Moskau gehalte-

---

34 Siehe W. Bonefeld, R. Gunn und K. Psychopedis, *Open Marxism*, Vol. Iund Vol II, Pluto Press, London, 1992.

35 Siehe auch den Artikel von Kosmas Psychopedis in der vorliegenden Ausgabe (*Open Marxism*, Vol. III)

36 So T.W. Adorno, *Negative Dialektik*.

nen Vortrag über »abstrakte Arbeit und Wert im Denken von Marx« verweist I.I. Rubin[37] auf die bereits zitierte Textstelle aus der »Einleitung« zu den *Grundrissen*, er beschreibt dort die Marxsche Methode als aus zwei begrifflichen Schritten, nämlich einem analytischen und einem dialektischen oder genetischen Schritt bestehenden Ansatz. Die politischen Schlußfolgerungen der Argumentation Rubins werden in dem Vortrag an keiner Stelle ausgesprochen, dennoch sollten sie ihn das Leben kosten – er verschwand in den stalinistischen Säuberungen. Möglicherweise hatten Stalin und seine Handlanger begriffen, daß der in der Marxschen Methode angelegte Begriff von Macht und Revolution mit der Richtung, die die russische Revolution eingeschlagen hatte, vollkommen unvereinbar war.

Die analytische Vorgehensweise der Methode von Marx versucht, die revolutionäre Frage zu beantworten: wie können wir uns die Macht der Machtlosen vorstellen? Eine absurde Frage, da alles in dieser Gesellschaft uns sagt, daß die Machtlosen machtlos sind und die Politiker, die Mafia, die Drogenbarone und die Reichen die Macht haben. Die Frage ist notwendig, da es immer deutlicher wird, daß eine Zukunft der Menschheit ohne diese Antwort nicht denkbar ist.

Wenn wir die Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse untersuchen, die beständig die Macht der anderen und unsere Machtlosigkeit verkünden (Gott, Geld, Kapital, Staat, Drogenbarone), dann wird es möglich, eine Macht zu entdecken, die all dies konstituiert und von der daher alles abhängig ist: die alles bestimmende Macht der ArbeiterInnen [labour], der Arbeit [work], der kreativen Praxis. Die Macht der Machtlosen wird durch das bestimmt, was sie (uns) zu Menschen macht, nämlich die Arbeit [work]. Die Macht der Machtlosen besteht in der Abhängigkeit der Mächtigen von den Machtlosen.

Dies ist eine absurde Antwort auf eine absurde Frage, eine notwendige Antwort auf eine notwendige Frage. Die analytische Vorgehensweise befindet sich auf dem Weg zur Machtentfaltung: Hinter all den Formen unserer Machtlosigkeit verbirgt sich die eine Sache, die uns allmächtig macht: die Arbeit. Dies ist die erste, offensichtliche und meist übersehene Bedeutung der Arbeitswerttheorie. Es ist ein lauter Schrei aus prall gefüllten Lungen: »Als ArbeiterInnen sind wir Menschen allmächtig«. Dieses Thema zieht sich durch Marx' gesamtes Werk, von der frühen Religionskritik bis hin zur großartigen Ausarbeitung im *Kapital*. Damit wird die Welt vom Kopf auf

---

37 I.I. Rubin, »Abstract Labour ans Value in Marx's System«, *Capital & Class*, Nr. 5, 1978.

die Füße gestellt: Von hier aus können wir die Welt ganz anders neu zusammensetzen, als dies die »Sozialwissenschaften« tun.
Der zweite Schritt, den Rubin die dialektische Bewegung nennt, verfolgt die Spur der Entmachtung unserer Allmacht: wie es angeht, daß unsere Allmacht in Form der Machtlosigkeit der Arbeit erscheint. Wenn wir begriffen haben, daß die Arbeit die Substanz des Wertes ist, dann fragt sich, warum das Produkt der Arbeit die Form des Wertes annimmt?
Die Fetischisierung, der Prozeß, dem die zweite Phase der Marxschen Methode nachspürt, ist ein Prozeß mit zwei Gesichtern. Auf der einen Seite dreht es sich um die Entmachtung der Arbeit. Das in Ware, Wert, Geld, Kapital verwandelte Arbeitsprodukt erscheint nicht länger als Arbeitsprodukt: Durch den Prozeß der Fetischisierung wird die Macht der Arbeit (nie vollständig) ausgelöscht. Die Fetischisierung ist der Prozeß, durch den die Macht der Arbeit (niemals vollständig) die Form des Geldes, des Staates, des Kapitals annimmt, der Prozeß, in dem die Arbeit (niemals vollständig) auf abstrakte, wertproduzierende Arbeit reduziert wird, der Prozeß, durch den jegliche alternative Zukunft zunichte gemacht wird, aber niemals vollständig.
Auf der anderen Seite ist die Entmachtung der Arbeit unmöglich, da sie die Quelle aller gesellschaftlichen Macht ist. Streng genommen ist die Fetischisierung die Verwandlung der Macht der Arbeit. Wie gut es dem Kapital auch gelingen mag, die Arbeit auf abstrakte, wertproduzierende Arbeit zu reduzieren: seine Existenz bleibt immer abhängig von der Arbeit. Der Kapitalismus gründet sich auf die Objektivierung der subjektiven Arbeit, aber wie vollkommen
diese Objektivierung auch sein mag: Sie bleibt die Objektivierung des Subjektiven. So absolut und terroristisch die Herrschaft des Kapitals auch ist: Es kann sich niemals aus seiner Abhängigkeit von der Arbeit befreien. Die Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit existiert als Widerspruch innerhalb des Kapitals.
Somit existiert die Macht der Arbeit gegen das Kapital und im Kapital, ohne eine klare Unterscheidung zwischen »gegen« und »im«. Wir gehen vom Kampf aus: vom Schrei, von unserem offenen Widerstand gegen das Kapital, von der Existenz der Arbeit gegen das Kapital, von der zersetzenden Macht der Arbeit, die sich in Streiks, Sabotage, Absentismus und allen möglichen Kampfmaßnahmen ausdrückt. Dieser Widerstand findet nicht immer offen statt, oft wird er eingedämmt, oft wird er integriert: die zersetzende Macht der Arbeit wird als produktive Macht eingespannt. Hier gibt es keine harten Schranken, keine klaren Trennungslinien: es gibt ein Kontinuum zwischen der Macht der Arbeit gegen das Kapital und der Macht der

Arbeit im Kapital. In gewissem Maße ist die produktive Macht immer auch zersetzend, die Revolte ist niemals gänzlich abwesend. Die Macht der Arbeit ist immer präsent, auch wenn sie fetischisiert oder eingedämmt wird. Sie erscheint als Widerspruch zwischen abstrakter und konkreter Arbeit, zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, zwischen produktivem Kapital und Geldkapital. Sie erscheint als Grenze der Ausdehnung des absoluten Mehrwerts, als Widerspruch der Produktion des relativen Mehrwerts, der sich im tendenziellen Fall der Profitrate ausdrückt. Der Widerspruch ist der fetischisierte Ausdruck der immer vorhandenen Macht der Arbeit [labour]. Die Verwandlung des Arbeitsproduktes in den Wert dämmt die Macht der Arbeit ein, von der das Kapital abhängig ist, aber diese Verwandlung reproduziert ebenso die unauslöschliche chaotische Zerbrechlichkeit im Herzen des Kapitals.

Der besondere Beitrag des Marxismus als Theorie gegen den Kapitalismus besteht somit nicht darin, daß »objektive Widersprüche« des Systems den Kampf gegen den Kapitalismus begünstigen, sondern darin, daß die Zerbrechlichkeit des Kapitalismus in der – offenen wie gefangenen – Macht der Arbeit besteht. Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung (also des Klassenkampfes) besteht in der unaufhörlichen und hoffnungslosen Flucht des Kapitals aus seiner Abhängigkeit von der Macht der Arbeit. In diesem Sinne muß die Frage der kapitalistischen Krise verstanden werden.

In Zeiten wie heute, nachdem die Arbeiterbewegung so viele Niederlagen eingesteckt hat, scheint die Macht der Arbeit außer Sicht geraten zu sein. Die Probleme des Kapitalismus erscheinen als Resultat ökonomischer Gesetze, die scheinbar nichts mit Kämpfen zu tun haben, die die Grundlage für eine andere Art von Gesellschaft legen könnten. Die Arbeit mag die »einfachste Bestimmung« sein, aber sie scheint mit der gegenwärtigen Machtlosigkeit der oppositionellen Bewegungen nichts zu tun zu haben. In dieser Situation wird es wichtiger denn je, »die Reise zurückzuverfolgen«, die Macht der Arbeit nicht nur begrifflich, sondern auch historisch zu entfalten, die jüngste Geschichte als Kampf des Kapitals um die erneute Fetischisierung der Macht der Arbeit zu interpretieren, zu zeigen, wie diese erneute Fetischisierung sowohl die Revolte entwaffnet als auch die Macht der Arbeit als Instabilität des Kapitalismus reproduziert: eine Botschaft der Warnung und eine Botschaft der Hoffnung.♦

*aus: Open Marxism, Vol. II: Theory and Practice (1992), Kapitel 5*

Krise, Fetischismus, Klassenzusammensetzung

***von John Holloway***

Die Welt verändert sich schnell. Veränderung ist oft der Gegenstand von Konflikten. Diejenigen, die sich der Veränderung widersetzen, werden oft als unvernünftig dargestellt, als dumme Menschen, die sich dem Unvermeidlichen in den Weg stellen und die Kämpfe vergangener Tage ausfechten. Gesellschaftliche Trends werden für unausweichlich gehalten.

Diese Argumente waren in den letzten paar Jahren immer wieder zu hören, nicht nur von Rechten, sondern auch von Linken. Von vielen wird behauptet, der Kapitalismus würde in ein neues Stadium eintreten, das oft als Neo- oder Post-Fordismus bezeichnet wird. Sozialisten müßten sich dieser neuen Realität anpassen und die Bedeutung von Sozialismus überdenken.

Aber tritt der Kapitalismus in eine neue Phase? Und wenn, wie kommt er dahin? Ersetzt eine Phase, eine unausweichliche Tendenz, einfach eine andere? Und wenn nicht, was ist das Wesen des Übergangs? Diese Frage ist wichtig: theoretisch und politisch.

Schon der Begriff einer »Phase« des Kapitalismus unterstellt, daß es sich um einen qualitativen Wendepunkt handelt, einen Bruch im normalen Prozeß der Veränderung. Gesellschaftliche Veränderung, ein ständiger Prozeß, nimmt derart zu, daß am Ende etwas qualitativ anderes als bisher herauskommt.

## Krise

Ein qualitativer Wendepunkt, ein Bruch im normalen Prozeß der Veränderung, ist eine Krise. Das Wort »Krise« stammt aus der Medizin. In seiner ursprünglichen griechischen Bedeutung bezog es sich auf den Wendepunkt bei einer Krankheit, »wenn sich Tod oder Erholung in der Schwebe befinden« (Rader 1979, S. 187, zitiert bei O'Connor 1987, S. 55). Es wurde gesagt, eine Krise träte ein, »immer wenn die Krankheit intensiver wird oder verschwindet, sich in eine andere Krankheit verwandelt oder ganz verschwindet« (Stern 1970, zitiert bei O'Connor 1987, S. 55). Im medizinischen Sinne ist eine Krise demnach nicht notwendigerweise etwas Schlechtes. Sie verweist vielmehr auf die ungleichmäßige Entwicklung einer Krankheit, auf die Unterbrechung der relativ homogenen Entwicklungs-

formen durch Momente, in denen sich der Wandel zum Besseren oder Schlechteren intensiviert, in denen ein Entwicklungsmuster abbricht und (vielleicht) ein neues auftaucht: eine Zeit der Angst und eine Zeit der Hoffnung.

Auf die gesellschaftliche und historische Entwicklung angewandt, bezieht sich der Begriff der Krise nicht einfach auf »Wirtschaftskrisen«, Zeiten«, sondern auf Wendepunkte. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die Diskontinuität von Geschichte, auf Einschnitte in den Entwicklungspfaden, auf Brüche in einem Bewegungsmuster, auf Schwankungen in der Intensität von Zeit. Im Begriff der Krise ist enthalten, daß die Geschichte nicht ruhig oder vorhersehbar ist, sondern voll von Richtungswechseln und Zeiten intensivierter Veränderungen.

Wenn die Geschichte kein ruhiger, gleichmäßiger Entwicklungsprozeß ist, dann folgt daraus, daß der Begriff der Krise im Zentrum jeder Theorie gesellschaftlicher Veränderung stehen muß. Wie O'Connor (1979) es sagt: »Die Vorstellung der Krise steht im Mittelpunkt aller ernsthaften Diskussionen über die moderne Welt.« (S. 49)

Zeiten intensivierter gesellschaftlicher Veränderung lassen sich aus zwei Richtungen betrachten: als Zeiten der gesellschaftlichen Restrukturierung, Zeiten, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus reorganisiert und auf eine neue Basis gestellt werden; oder als Zeiten des Bruchs, des möglichen Zusammenbruchs, Zeiten, in denen der Kapitalismus an seine Grenzen stößt. Entsprechend der medizinischen Analogie kann der Patient genesen oder nicht. Der Arzt sieht sich die Krise an und untersucht sie im Hinblick auf die Genesung; der Totengräber sieht sich die Krise an und hat dabei etwas völlig anderes im Kopf. Die Krise des Kapitalismus hat eine ganz besondere Bedeutung für diejenigen, die die Totengräber des Kapitalismus sein wollen. Für den gleichgültigen Beobachter ist die Krise eine Zeit der intensivierten Veränderung, die den einen oder anderen Weg einschlagen kann; den Menschen, der eine radikal andere Zukunft will, interessiert an ihr das Element des Bruchs.

Obwohl der Begriff der Krise für jede Theorie gesellschaftlicher Veränderung wichtig ist, ist er für jede Theorie, die den Kapitalismus vom Standpunkt seiner radikalen Überwindung aus betrachtet, zentral. Dies gilt besonders für die marxistische Tradition. Was den Marxismus am deutlichsten von anderen Formen radikalen Denkens unterscheidet, ist die Vorstellung, daß er den Kapitalismus nicht nur im Sinne der *Wünschbarkeit* oder *Notwendigkeit* einer anderen Form der gesellschaftlichen Organisation versteht, sondern auch im Sinne ihrer *Möglichkeit*. Die radikale Umwälzung der Gesellschaft ist möglich, weil der Kapitalismus in sich instabil ist, und

diese Instabilität drückt sich in seinen periodischen Krisen aus, in denen der Kapitalismus seiner eigenen Sterblichkeit begegnet. Der Begriff der Krise steht im Mittelpunkt des Marxismus. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß der Marxismus eine Theorie der Krise *ist*, eine Theorie der strukturellen gesellschaftlichen Instabilität. Während sich andere radikale Traditionen auf die unterdrückerische Natur der kapitalistischen Gesellschaft konzentrieren, unterscheidet sich der Marxismus von ihnen dadurch, daß er nicht nur eine Theorie der Unterdrückung ist, sondern auch und vor allem eine Theorie der gesellschaftlichen Instabilität.

Wenn der Marxismus eine Theorie der Krise ist, dann ist er eine offene Theorie. Marx selbst hat keine ausgearbeitete Theorie der Krise hinterlassen, und seit der Veröffentlichung des *Kapital* sind die Debatten über die Theorie der Krise immer weitergegangen. Innerhalb der marxistischen Theorie gibt es große Unterschiede in der Krisentheorie, zwischen Disproportionalitätstheorie, Unterkonsumtionstheorie, Überakkumulationstheorie usw. Diese Debatten werden oft in scheinbar technischen, ökonomischen Kategorien geführt: aber worum es in jeder Diskussion über die Krise geht, ist das Verständnis der kapitalistischen Instabilität und die Möglichkeit des Übergangs zu einer radikal anderen Art von Gesellschaft. Die Theorie der Krise kann nicht getrennt werden von unserem Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft und dessen, was zu ihrer Veränderung führt.

## Der Begriff der gesellschaftlichen Veränderung bei Marx

Der Kapitalismus ist instabil, weil er eine antagonistische Gesellschaft ist. Der gesellschaftliche Antagonismus ist die Quelle der Veränderung in der Gesellschaft. Wie Marx im berühmten Einleitungssatz des *Kommunistischen Manifests* schrieb: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.«

Innerhalb der marxistischen Tradition gibt es allerdings verschiedene Arten, gesellschaftliche Veränderung zu begreifen. Manchmal werden die Unterschiede als Unterscheidung zwischen dem jungen Marx und dem alten Marx dargestellt. Demzufolge habe der junge Marx den Kampf und das subjektive Handeln als Quelle der historischen Veränderungen betont, während der reifere Marx, der Marx des *Kapital*, die gesellschaftliche Entwicklung als »objektive Gesetze der kapitalistischen Entwicklung« analysiert habe. In den letzten Jahren ist diese Unterscheidung am striktesten von Althusser und der strukturalistischen Schule des Marxismus gemacht worden, aber die (explizite oder implizite) Trennung des Kampfs von den

Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung ist in der marxistischen Tradition weitverbreitet. Dies geschieht sehr oft so, daß die Bedeutung des Klassenkampfs zwar wahrgenommen, er aber den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung untergeordnet oder als ein Ereignis innerhalb ihres Rahmens betrachtet wird.

Die unterschiedlichen Betonungen finden sich nicht nur in Unterschieden zwischen dem »jungen Marx« und dem »reifen Marx«, sondern in seinem gesamten Werk. Der Text, der lange Zeit als die klassische Darstellung der Marxschen Theorie betrachtet wurde, ist der Abschnitt im Vorwort seiner Schrift von 1859 *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, in der Marx die Schlußfolgerungen aus seinen früheren Studien wiedergibt:

> »Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.« (1859, S. 8f.)

In den letzten Jahren ist das Vorwort von 1859 vielfach kritisiert worden: dies war Teil einer allgemeineren Kritik an der »Orthodoxie« der kommunistischen Parteien und eines Wandels in der internationalen Bewegung der kommunistischen Parteien seit den 60er Jahren. Diese Kritik betont im allgemeinen die »relative Autonomie« des Überbaus mit dem Hinweis darauf, daß die Ökonomie nur »in letzter Instanz« bestimmend ist. Auf diese

Weise gibt es einen größeren Spielraum für die Erreichung gesellschaftlicher Veränderungen durch die politische, ideologische oder rechtliche Ebene, als es nach dem Vorwort von 1859 anscheinend möglich wäre.

Diese Kritik scheint einen radikalen Bruch mit dem ökonomischen Determinismus im Text von Marx zu vollziehen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, daß hier derselbe begriffliche Rahmen reproduziert wird, der im 1859er Vorwort enthalten ist. Die Gesellschaft wird immer noch als – ökonomische, politische und ideologische – Struktur untersucht. Der Unterschied besteht nur in der Autonomie, die jeder dieser Strukuren zugeschrieben wird.

Es gibt eine grundsätzlichere Kritik an dem 1859er Vorwort, die sogar in noch stärkerem Maße auf viele Kritiken des Vorworts angewandt werden kann. Das Problematische in der Formulierung von Marx ist nicht so sehr das Verhältnis zwischen den verschiedenen Strukturen, sondern die Abwesenheit des Antagonismus in der Basis-Überbau-Metapher. Der einzige Konflikt, der in diesem Abschnitt erwähnt wird, ist der Konflikt zwischen den materiellen Produktivkräften der Gesellschaft und den existierenden Produktionsverhältnissen – ein Konflikt, der seinen Verlauf völlig unabhängig vom menschlichen Willen nimmt, sofern wir es von dieser einzelnen Textstelle aus beurteilen. Die Marxsche Formulierung dadurch abzuändern, daß wir von der »relativen Autonomie« des Überbaus sprechen, ändert daran wenig: dasselbe leblose Modell wird dadurch nur in anderer Form reproduziert.

Dem Vorwort von 1859 kann eine andere Stelle bei Marx gegenübergestellt werden, an der auch die Zentralität der Produktion betont wird, aber in einer ganz anderen Weise:

> »Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt.« (Kapital Bd. 3, S. 799)

Der Schlüssel ist hier die Produktion, nicht weniger als in dem Abschnitt aus dem 1859er Vorwort, aber die Produktion ist hier nicht die ökonomische Basis, sondern der unaufhörliche Antagonismus. Im Herzen jeder Klassengesellschaft steht ein antagonistisches Verhältnis, ein Konfliktverhältnis: das

Herauspumpen der Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten. Der Konflikt hört nie auf; wenn die herrschende Klasse nicht mehr herauspumpt, bricht die Gesellschaft zusammen. Die Form, die dieser beständige Antagonismus annimmt, ist der Schlüssel zum Verständnis jeder Klassengesellschaft.

Diese Textpassage aus dem *Kapital* liefert uns einen ganz anderen Ausgangspunkt als die üblichen Interpretationen des 1859er Vorworts. Das Vorwort von 1859 läßt uns hilflos zurück, als bloße Objekte historischer Veränderungen, wenn die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse hoch über unseren Köpfen zusammenstoßen. Die andere Textstelle stellt uns in den Mittelpunkt der Analyse, als Teile eines unaufhörlichen Klassenantagonismus, aus dem es kein Entkommen gibt, weil wir alle in irgendeiner Weise mit der Reproduktion der Gesellschaft und dem Auspumpen der Mehrarbeit, von der sie abhängt, verbunden sind.

## Form und Fetischismus

Klassenkampf ist also für den Marx des *Kapital* nicht weniger zentral als für den Marx, der fast zwanzig Jahre zuvor das *Kommunistische Manifest* geschrieben hatte. Was beobachtet werden kann, ist nicht ein Übergang vom Klassenkampf zu den »Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung«, sondern ein Übergang vom Klassenkampf im allgemeinen zu der spezifischen *Form,* die der Klassenkampf in der kapitalistischen Gesellschaft annimmt. Die Bedeutung des *Kapital* liegt nicht darin, daß es eine Untersuchung der ökonomischen Basis oder der »objektiven Gesetze der kapitalistischen Entwicklung« ist, sondern darin, daß es eine Analyse des Kampfs ist.

Damit soll nicht gesagt werden, daß es im *Kapital* hauptsächlich darum geht, die Zentralität des Kampfs zu behaupten. Das war bereits in früheren Schriften geschehen und den Leuten, für die Marx schrieb, ohnehin klar. Marx geht es vielmehr darum zu verstehen, was das Besondere am Klassenantagonismus in der kapitalistischen Gesellschaft ist. Das *Kapital* ist eine Formuntersuchung des Kampfs in der kapitalistischen Gesellschaft, eine Analyse der Formen, die die antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse annehmen. Einerseits ist dies der Grund, warum für den Leser die geballte Faust nicht immer offensichtlich ist; aber dies ist auch der Grund, warum alle Kategorien des *Kapital* Kategorien des Kampfs sind.

Von Anfang an sind die Kategorien des *Kapital* Kategorien des Antagonismus. Das heißt nicht, daß Marx unmittelbar vom Ausbeutungsverhältnis ausgeht, wie er es zum Beispiel nach Ansicht von Negri (1984) hätte tun

sollen: die Analyse der Produktion des Mehrwerts – der Form, in der Mehrarbeit im Kapitalismus aus den unmittelbaren Produzenten herausgepumpt wird – beginnt erst im 7. Kapitel. Stattdessen beginnt das *Kapital* mit der Analyse der Ware und des Werts. Dies hat zu vielen ökonomistischen Interpretationen verleitet, die im *Kapital* das Lehrbuch einer marxistischen Wirtschaftstheorie gesehen haben – eine Annahme, die stillschweigend sogar von vielen übernommen wurde, die den ökonomistischen Interpretationen des Marxismus kritisch gegenüberstehen (Negri 1984). Ihre Bedeutung haben diese Kategorien in der Marxschen Argumentation jedoch nicht als Basis einer marxistischen Ökonomie, sondern weil sie grundlegende Formen sind, in denen sich die antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen.

Einleitend wird uns im *Kapital* gesagt, daß der Reichtum in der kapitalistischen Gesellschaft sich uns als »eine ungeheure Warensammlung« darstellt, und daß »die Ware (...) zunächst ein äußerer Gegenstand« ist. In der scheinbar harmlosen Bemerkung, daß die Ware »ein äußerer Gegenstand« ist, werden wir gleich zu Anfang mit dem gewalttätigsten aller Antagonismen konfrontiert: der Kapitalismus ist die Verneinung unserer Identität, die Herrschaft von Dingen.

Die Ware ist natürlich nicht einfach ein »äußerer Gegenstand«. Im Verlauf des ersten Kapitels entwickelt Marx, daß die Waren Produkte menschlicher Arbeit sind und daß die Größe ihres Werts (die Grundlage des Verhältnisses, in dem sich Waren austauschen) durch die zu ihrer Produktion erforderliche Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit bestimmt ist. Die Ware ist kein »äußerer Gegenstand«, sie ist die Frucht unserer (kollektiven) Arbeit, denn nur aus dieser entspringt ihr Wert.

Im Kapitalismus jedoch stellt die Ware sich uns als »äußerer Gegenstand« dar, bzw. sie ist es »zunächst«. Weder haben wir Macht über die Dinge, die wir produzieren, noch erkennen wir sie als unser Produkt. In einer Gesellschaft, in der Dinge für den Tausch statt für den Gebrauch produziert werden, werden die Verhältnisse zwischen den Produzenten durch den Wert der produzierten Waren hergestellt. Nicht nur das: die Verhältnisse zwischen den Waren treten an die Stelle der Verhältnisse zwischen den Produzenten, die sie produziert haben: die Verhältnisse zwischen den Produzenten nehmen die Form von Verhältnissen zwischen Sachen an. Dies bezeichnet Marx als den Warenfetischismus: Wie Götter sind die Waren unsere eigenen Schöpfungen, aber sie erscheinen uns als fremde Mächte, die unser Leben beherrschen. Im Kapitalismus wird unser Leben von Waren (einschließlich des Geldes) beherrscht als der Form, die die Verhältnisse zwischen den Produzenten annehmen. Der freie Fluß der Verhältnisse

zwischen den Menschen, die »bloße Unruhe des Lebens«, wie Hegel sagt (Phänomenologie, S.46), wird gefangen gehalten in der fixierten Form von Dingen – Dinge, die uns beherrschen, Dinge, die die Einheit des Lebens in so viele getrennte Teile zertrümmern und die Zusammenhänge unfaßbar machen.

Die Arbeitswerttheorie ist eine Theorie des Fetischismus. Bei der Diskussion der Waren stellt Marx heraus, daß der Wert einer Ware in seiner Größe durch die Menge der zu ihrer Produktion erforderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeit bestimmt ist. Aber da gibt es noch eine grundlegendere Frage. Es geht nicht nur darum zu verstehen, was hinter dem Wert steckt, sondern auch darum, warum die Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft die sonderbare, mystifizierte Form des Werts annimmt. Das unterscheidet Marx zufolge seine Methode von der Methode klassischer politischer Ökonomen wie Smith und Ricardo. Diese konzentrieren sich nur auf die Frage, wodurch die Wertgröße bestimmt ist; die zweite Frage: warum die Arbeit die Form des Werts annimmt, kommt ihnen nicht einmal in den Sinn, weil ihre Perspektive auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt ist, in der sie leben. Für Marx, der die kapitalistische Gesellschaft als eine historisch vorübergehende Gesellschaft auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft mit einer völlig anderen Organisation der Arbeit betrachtet, lautet die grundlegende Frage, welche Formen die Verhältnisse zwischen den Produzenten annehmen. Aus genau demselben Grund, aus dem alle Theorien, die von der Dauerhaftigkeit der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse ausgehen, die Frage der Form nicht sehen und als Frage überhaupt nicht stellen, ist sie für Marx fundamental: denn diesen Formen (Ware, Wert usw.) steht »es auf der Stirn geschrieben (...), daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert« (Kapital Bd. 1, S. 95). Die bloße Tatsache, daß die Arbeit vom Wert ausgedrückt wird und daß die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Produzenten die Form von Wertverhältnissen zwischen Waren annehmen, bedeutet schon Unfreiheit: daß die Menschen keine Macht über ihr eigenes Leben haben.

Die Theorie des Werts ist eine Theorie des Fetischismus, und die Theorie des Fetischismus ist eine Theorie der Herrschaft. Das Thema des *Kapital* ist von Anfang an die Unfreiheit: Wir leben in einer Welt, in der wir von Waren umgeben sind, von »äußeren Gegenständen«, die wir produziert haben, die wir aber nicht wiedererkennen und über die wir keine Macht haben. Die Formen, die die Verhältnisse zwischen den Menschen annehmen, sind selber Ausdruck der Tatsache, daß »der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert«. Schon die

Tatsache an sich, daß die bloße Unruhe des Lebens in Formen erstarrt ist, die den Menschen gegenüberstehen, die als uns »äußere Gegenstände« erscheinen, ist die Negation von Freiheit im Sinne einer kollektiven Selbstbestimmung.

Die drei Bände des *Kapital* entwickeln das Thema des Warenfetischismus. Ausgehend vom Tauschverhältnis zeigt Marx, wie die Gleichheit im Tauschverhältnis die Ausbeutung im Produktionsprozeß verbirgt, und wie sich dann eine Schicht der Mystifikation über der anderen bildet, wodurch das Ausbeutungsverhältnis immer mehr dem Blick entzogen wird. Der Kapitalismus ist eine »verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt« (Kapital Bd. 3, S. 838) aus fetischisierten Formen. Er ist eine fragmentierte Welt, in der die Zusammenhänge zwischen den Menschen dem Blick verborgen sind. Wir sehen die Welt nicht nur durch ein geschwärztes Glas, sondern durch ein in Millionen verschiedene Bruchstücke zersplittertes Glas.

Aber nicht nur unsere Wahrnehmung ist fragmentiert, sondern auch die Realität selbst. Die Formen, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem Kapitalismus erscheinen, sind nicht bloße Erscheinungsformen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen nicht nur in der zersplitterten Form der Dinge, sie sind tatsächlich zersplittert und vermittelt durch Dinge. In dieser Form existieren sie. Wenn wir z.B. ein Auto kaufen, dann nimmt das Verhältnis zwischen dem Produzenten des Autos und unserer eigenen Arbeit die Form eines Verhältnisses zwischen unserem Geld und dem Auto an: das gesellschaftliche Verhältnis erscheint als ein Verhältnis zwischen Dingen. Aber selbst wenn wir das verstanden haben, wird das Verhältnis zwischen uns und den Autoarbeitern weiterhin durch den Warentausch vermittelt. Die Fragmentierung der Gesellschaft existiert nicht nur in unserem Kopf; sie beruht auf der gesellschaftlichen Praxis und wird ständig durch sie reproduziert.

## Fetischismus und Klassen-Zersetzung [Class Decomposition]

Die Marxsche Theorie des Warenfetischismus ist nicht getrennt von seiner Klassentheorie. Die beherrschende Rolle der Ware als Vermittler der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht losgelöst vom Charakter der Ausbeutung; im Gegenteil: erst dadurch, daß die Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft über den Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft läuft, verallgemeinert sich das Warenverhältnis. Im Mittelpunkt steht die Form, »in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird.

Der Kapitalismus beruht wie andere Klassengesellschaften auch auf dem Auspumpen von Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten. Was die kapitalistische Form der Ausbeutung von anderen Formen der Ausbeutung unterscheidet, ist ihre Vermittlung durch den Tausch. Die ArbeiterInnen sind in dem doppelten Sinne frei, daß sie frei von persönlichen Knechtschaftsverhältnissen sind und daß sie keine Kontrolle über die Produktionsmittel haben: der erste Aspekt ihrer Freiheit erlaubt es ihnen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, der zweite zwingt sie dazu, um zu überleben. Im Austausch erhalten sie den Wert ihrer Arbeitskraft in Form des Lohns. Der Kapitalist bringt die ArbeiterInnen ans Arbeiten und sie produzieren einen Wert, der größer als der ihrer Arbeitskraft ist: diesen zusätzlichen Wert oder Mehrwert eignet sich der Kapitalist in Form des Profits an.

Indem die Ausbeutung in einer kapitalistischen Gesellschaft durch den Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als Ware vermittelt ist, wird mindestens in zweierlei Hinsicht verborgen, daß das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter ein Klassenverhältnis ist. Erstens ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit fragmentiert. Es nimmt die Form von lauter verschiedenen Arbeitsverträgen zwischen lauter einzelnen ArbeiterInnen und lauter einzelnen Unternehmern an. Das sorgt für Spaltungen nicht nur zwischen verschiedenen Kapitalgruppen, sondern auch unter den ArbeiterInnen, die von verschiedenen Kapitalisten beschäftigt werden. Die allgemeine Fragmentierung der gesellschaftlichen Realität spiegelt sich in der (scheinbaren und wirklichen) Fragmentierung der Klassenverhältnisse wider. Die Gesellschaft erscheint nicht in Form von antagonistischen Klassen, sondern von lauter verschiedenen Gruppen mit ihren jeweils besonderen Interessen. Die Gesellschaft erscheint – und ist – atomisiert und fragmentiert.

Zweitens erscheint das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit überhaupt nicht mehr als Ausbeutungsverhältnis, sondern als ungleiches und (möglicherweise) ungerechtes Verhältnis. Das Ausbeutungsverhältnis erscheint als Tauschverhältnis zwischen dem (reichen) Unternehmer und dem (armen) Beschäftigten. Nicht der unmittelbare Antagonismus der Ausbeutung, der unaufhörliche Konflikt, der mit dem Herauspumpen der Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten verbunden ist, erscheint, sondern eine Gesellschaft, in der es Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Reichtum und Armut gibt. Das Ausbeutungsverhältnis erscheint als Problem einer falschen Verteilung. Die kapitalistische Gesellschaft scheint aus (reicheren und ärmeren) Individuen zu bestehen, und nicht aus dem unaufhörlichen Antagonismus zwischen ausbeutender und ausgebeuteter Klasse. Kämpfe um gesellschaftliche Veränderung nehmen nicht die Form eines Angriffs auf die Ausbeutung an, sondern die Form von Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit, Kam-

pagnen gegen die Armut, Aufrufen zu mehr »Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham« (Kapital Bd. 1, S.189).

## Fetischismus und Fetischisierung

Daraus ergibt sich ein deprimierendes Bild. Die Gesellschaft beruht auf Ausbeutung, auf dem Aussaugen unbezahlter Mehrarbeit aus der Masse der Bevölkerung, aber die Form, die diese Ausbeutung annimmt, führt dazu, daß die Gesellschaft fragmentiert wird und als nicht-ausbeuterisch erscheint. Die kapitalistische Gesellschaft stellt sich uns als Ansammlung von Bruchstücken dar, die auf abstrakte Weise in den Begriffen Wert, Geld, Miete, Profit, Staat, Technologie, Interessengruppen usw. verallgemeinert werden. Den Zusammenhang zwischen diesen Begriffen können wir nur begreifen, wenn wir sie als historisch spezifische Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse sehen, aber wie wir gezeigt haben, ist dieser Weg der bürgerlichen Theorie verbaut; nicht unbedingt aus Unredlichkeit oder Dummheit, sondern einfach, weil der Begriff der Form nur dann einen Sinn ergibt, wenn wir die kapitalistische Gesellschaft vom Standpunkt ihrer Überwindung aus betrachten. Daher kann bürgerliche Theorie (d.h. eine Theorie, die das Weiterbestehen der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse für selbstverständlich hält) zwangsläufig nur von den einzelnen, abgetrennten Formen ausgehen, in denen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen. Abtrennung, Teilen und Herrschen, Fragmentierung – auf diesen Prinzipien beruht die theoretische Abstraktion in der bürgerlichen Theorie bei der Konstruktion ihrer getrennten Disziplinen (Politische Wissenschaft, Ökonomie, Soziologie, Recht, Computerwissenschaft usw.), mit denen sie die Gesellschaft verstehen will. Das führt dazu, daß sie nicht die Zusammenhänge zwischen den fragmentierten Formen der gesellschaftlichen Realität aufzeigt, sondern ihre Fragmentierung befestigt. Je weiter die Soziologie ihre Theorien der Gruppen entwickelt, je weiter die politische Wissenschaft ihre Theorien des Staates entwickelt, je weiter die Ökonomie ihre Theorie des Geldes entwickelt, desto schlüssiger wird die Fragmentierung der Gesellschaft, desto undurchsichtiger werden ihre Zusammenhänge.

Aber die Zusammenhänge simd nicht völlig undurchdringbar. Als Kritik der bürgerlichen Theorie ist das *Kapital* eine Kritik der fragmentierten Erscheinungsform der Gesellschaft. Der Begriff der Form beinhaltet, daß den Formen Zusammenhänge zugrundeliegen. Daß der Zusammenhang in der Produktion und in der Art und Weise, in der sich die Menschen auf diese beziehen, in den Produktionsverhältnissen besteht. Der Selbstdar-

stellung der Gesellschaft als einer aus mehr oder weniger gleichen Individuen zusammengesetzten Gesellschaft liegt der Zusammenhang dieser »Individuen« durch die Produktion zugrunde: Die Art und Weise, in der die Produktion organisiert ist, führt zur Konstitution der Individuen und ihrer scheinbar zufälligen Ungleichheit. Der Aufsplitterung in eine Unmenge von verschiedenen Produktionsprozessen liegt die Bewegung des Werts zugrunde. Sie ist der Faden, der die Welt zusammenhält, der die scheinbar völlig getrennten Produktionsprozesse voneinander abhängig macht, der die Kämpfe der Bergarbeiter in Großbritannien mit den Arbeitsbedingungen der Autoarbeiter in Mexiko verbindet und umgekehrt.

Wenn wir die Zusammenhänge zwischen den Bruchstücken der Gesellschaft verstehen, heißt das aber nicht, daß die Zersplitterung überwunden ist; das »verscheucht keineswegs den Nebel, durch den der gesellschaftliche Charakter der Arbeit uns als objektiver Charakter der Produkte selber erscheint« (Kapital Bd. 1, S. 88 [hier rückübersetzt aus dem Englischen, da die Formulierungen abweichen und nur so der stilistische Anschluß von Holloway an das Zitat möglich ist; »Nebel« ist die Übersetzung von »mist«, was im Unterschied zu »fog« eher ein feiner Nebel, ein Dunst ist, Anm.d.Ü.]), denn dieser Nebel ist ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse. Aber welche Möglichkeiten gibt es für eine radikale gesellschaftliche Veränderung, solange der Nebel existiert, solange die Gesellschaft zersplittert ist? Eine antikapitalistische Revolution ist nur möglich, wenn die Klassenverhältnisse auch als solche erscheinen, wenn die Fragmentierung (oder Zersetzung) der Arbeiterklasse überwunden wird. Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, die nicht als Klassengesellschaft erscheint; aber wie sollen wir uns eine Revolution der Arbeiterklasse vorstellen, wenn er nicht als Klassengesellschaft erscheint? Wie sollen wir uns die für den Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse notwendige Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse vorstellen, wenn die Zersetzung der Klasse als Aspekt des Warenfetischismus den kapitalistischen Verhältnissen innewohnt?

Auf dieses Dilemma sind verschiedene Antworten möglich, und in der marxistischen Tradition tauchen alle auf. Eine Antwort ist die des tragischen Intellektuellen: obwohl wir, die marxistischen Intellektuellen, die fetischisierten Erscheinungsformen durchdringen und die Vorgänge beurteilen können, wird die Gesellschaft um uns herum mehr und mehr fetischisiert. Die Arbeiterklasse ist soweit zersetzt oder atomisiert, daß sie in keiner Weise mehr als revolutionäres Subjekt betrachtet werden kann. Wir können – und müssen – gegen die uns umgebende ausbeuterische, zerstörerische Gesellschaft protestieren, aber jeder Optimismus wäre völlig unrealistisch.

Diese Position – der marxistische Intellektuelle als professionelle Kassandra, die vergeblich vor den kommenden Katastrophen warnt – hat seit der Frankfurter Schule eine lange Tradition, und verständlicherweise ist sie im Moment sehr verbreitet.

Eine zweite Antwort auf dieses Dilemma besteht darin zu sagen, daß wir als marxistische Intellektuelle, die die fetischisierten Erscheinungsformen durchdrungen haben, eine besondere Verantwortung dafür tragen, die Arbeiterklasse durch den Nebel zu führen und ihr die Zusammenhänge klarzumachen, um ihr zu zeigen, was unter der Oberfläche liegt. Das ist grob gesagt die Vorstellung, die Lenins Unterscheidung zwischen revolutionärem und gewerkschaftlichem Bewußtsein und der sich daraus ergebenden Rolle, die er der revolutionären Partei zuschreibt, zugrundeliegt.

Trotz der offensichtlichen Unterschiede ist beiden Antworten gemeinsam, daß sie dem Intellektuellen eine privilegierte Rolle beimessen. In beiden Fällen wird angenommen, daß die fetischisierte Undurchdringbarkeit der kapitalistischen Verhältnisse eine unumstößliche Tatsache ist und daß wir nur mithilfe intellektueller Tätigkeit, durch Nachdenken, durch den Nebel hindurchsehen können. Die Rolle der marxistischen Theorie ist die einer Fackel, die den Weg nach vorn beleuchtet (oder uns zeigt, daß es einen solchen nicht gibt).

Es könnte aber auch argumentiert werden, daß der »Nebel« des Fetischismus nicht so undurchdringlich ist, wie diese Theorien unterstellen. Das *Kapital* war eine Kritik der bürgerlichen Theorie, die die Verwurzelung dieser Theorie in den Produktionsverhältnissen aufzeigte. Das bedeutet nicht, daß jeder vollständig von den Begriffen der bürgerlichen Theorie durchdrungen ist. Wie Marx zeigt, sind die Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Phänomenen der »ordinären Vorstellung« klarer als den Theoretikern der Bourgeoisie:

> »Es darf uns also nicht wundernehmen, daß sie [die Vulgärökonomie] gerade in der entfremdeten Erscheinungsform der ökonomischen Verhältnisse, worin diese prima facie abgeschmackt und vollkommene Widersprüche sind (...), sich vollkommen bei sich fühlt und ihr diese Verhältnisse um so selbstverständlicher erscheinen, je mehr der innere Zusammenhang an ihnen verborgen ist, *sie aber der ordinären Vorstellung geläufig sind.*« (Kapital Bd. 3, S. 825)[1]

---

[1] Anmerkung des Übersetzers: Hier ist Holloway auf einen Übersetzungsfehler in der englischen Ausgabe des Kapitals hereingefallen. Im Englischen heißt es mißverständlich: »although they are understandable to the popular mind«. Holloway

Das hieße, daß die fetischisierten Formen, in der die kapitalistischen Verhältnisse erscheinen, nicht eine völlig undurchsichtige Hülle bilden, die die Klassenausbeutung vor denen, die ihr unterworfen sind, verbirgt. Die scheinbare Neutralität und Zersplitterung der Formen, die mystifizierende Zusammenhangslosigkeit, gerät ständig damit in Konflikt, daß die ArbeiterInnen die Klassenunterdrückung erfahren. Geld, Kapital, Zins, Miete, Profit und Staat werden von den Menschen als Aspekte eines allgemeinen Systems der Unterdrückung erfahren, auch wenn sie die genauen Zusammenhänge nicht verstehen. Wenn wir bei der Marxschen Metapher vom Nebel bleiben, sollten wir den Nebel vielleicht nicht als einen statischen, undurchdringlichen Nebel ansehen, sondern als ständig in Bewegung befindliche Nebelbänke. Zusammenhänge tauchen auf und verschwinden wieder, wenn sich der Nebel lichtet und wieder zuzieht. Der Fetischismus ist nicht statisch, sondern ein beständiger Prozeß der Entfetischisierung und Refetischisierung.

Den Fetischismus als einen Prozeß der Entfetischisierung und Refetischisierung zu betrachten hat sowohl theoretisch wie politisch wichtige Konsequenzen. Wenn man den Fetischismus als feststehende Tatsache, als Nebeldecke sieht, muß man die Revolution als Ereignis, als von außen kommendes Ereignis verstehen, das entweder praktisch unmöglich ist (die pessimistische Position) oder den triumphalen Abschluß des Anwachsens der Partei

---

bezieht »they« auf den inneren Zusammenhang (engl. »internal relationships«, Plural!). Es bezieht sich aber auf »diese Verhältnisse«, die »entfremdeten Erscheinungsformen der ökonomischen Verhältnisse«. Marx sagt hier, daß sich die Vulgärökonomie bei den Oberflächenformen heimisch fühlt, *weil* sie der ordinären Vorstellung geläufig sind. Die Übersetzung von »ordinär« mit »popular« hat wohl zusätzlich in die Irre geführt. Nichtsdestotrotz ließen sich zahlreiche Stellen bei Marx ausführen, wo er das von Holloway gemeinte sagt. Zum Beispiel zehn Seiten weiter im 48. Kapitel des dritten Bandes, wo er im Rückblick auf den Gesamtzusammenhang seiner Darstellung verschiedene Grade von Mystifizierung und Verschleierung unterscheidet: »Betrachtet man das Kapital zunächst im unmittelbaren Produktionsprozeß – als Auspumper von Mehrarbeit, so ist dies Verhältnis noch sehr einfach, und der wirkliche Zusammenhang drängt sich den Trägern dieses Prozesses, den Kapitalisten selbst auf und ist noch in ihrem Bewußtsein. Der heftige Kampf um die Grenzen des Arbeitstags beweist dies schlagend. (...) Mit der Entwicklung des relativen Mehrwerts in der eigentlich spezifisch kapitalistischen Produktionsweise (...) erscheinen diese Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Arbeit im unmittelbaren Arbeitsprozeß als aus der Arbeit in das Kapital verlegt. Damit wird das Kapital schon ein sehr mystisches Wesen (...). Dann kommt der Zirkulationsprozeß dazwischen (...)« (Kapital Bd. 3, S. 835) und so weiter bis hin zum zinstragenden Kapital.

darstellen wird. Bis dahin ist der Kapitalismus ein geschlossenes System und gehorcht den im *Kapital* analysierten »Bewegungsgesetzen«.

Den Fetischismus als einen Prozeß der Entfetischisierung und Refetischisierung zu betrachten, betont die den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen innewohnende Zerbrechlichkeit. Entfetischisierung/Refetischisierung ist ein ständiger Kampf. Der Prozeß der Entfetischisierung, das Zusammenfügen der Fragmente, ist zugleich ein Prozeß der Klassenneuzusammensetzung, in dem die Zersplitterung der Klasse überwunden wird. Durch die praktische Organisation und den Kampf der Arbeiterklasse werden gesellschaftliche Zusammenhänge hergestellt, in der Praxis und in der Wahrnehmung. Der Prozeß der Refetischisierung ist auch ein Prozeß der Klassenzersetzung, ein Zerreißen der hergestellten Verbindungen, in der Praxis und in der Theorie. Das Überleben des Kapitals hängt von der erfolgreichen Refetischisierung/Klassenzersetzung ab. Die Reproduktion des Kapitals geschieht nicht automatisch: sie wird durch den Kampf erreicht.

Wenn wir den Fetischismus als Prozeß verstehen, dann hat das zwangsläufig Folgen für das Verständnis der Marxschen Kategorien. Die von Marx analysierten Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse sind nicht geschlossen. Wie wir sahen, ist der Wert nicht bloß eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern eine Form antagonistischer gesellschaftlicher Verhältnisse. Aber wenn der Antagonismus irgendeine Bedeutung haben soll, dann muß dieser Kategorie ein Element der Unsicherheit, der Offenheit innewohnen. Wenn wir sagen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse antagonistisch sind, meinen wir, daß sie sich durch Kämpfe hindurch entwickeln, daß sie daher niemals als vorherbestimmt betrachtet werden können. Um den Wert zu verstehen, müssen wir also die Kategorie aufbrechen, den Wert als Kampf verstehen, einen Kampf, in den wir unentrinnbar einbezogen sind. Im Sinne einer Verallgemeinerung ist es wahr, daß sich die Waren zu ihren Werten tauschen, aber dies ist sicher kein ruhiger und automatischer Prozeß. Nicht nur wegen der Modifikationen, die Marx einführt (die Unterscheidungen zwischen Preis, Produktionspreis, Wert usw.), sondern weil Waren sehr oft gestohlen werden. Der Wert stützt sich auf den Respekt vor dem Eigentum, und jeder, der mal ein kleines Kind beim Einkaufen mitgenommen hat oder kürzlich Musik, Software oder ein Buch kopiert hat, wird wissen, daß der Respekt vor dem Eigentum in unserer Gesellschaft tatsächlich sehr zerbrechlich ist. Das mehr oder weniger ruhige Funktionieren des Werts wird in der Praxis durch einen immensen Erziehungs- und Zwangsapparat aufrechterhalten. Wenn wir sagen, daß der Wert eine Form von gesellschaftlichen Verhältnissen ist, dann müssen wir uns den in dieser Feststellung enthaltenen Antagonismus klarmachen, die Stärke der Antithese

zum Wert nicht nur in einer nachrevolutionären Gesellschaft, sondern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Vielleicht können wir eine Analogie herstellen zwischen den Formen gesellschaftlicher Verhältnisse, die Marx in den Kategorien des Werts, Geldes, Miete usw. analysiert hat, und der Ehe in einer traditionellen Gesellschaft. Es wäre zutreffend zu sagen, daß in einer solchen Gesellschaft die Ehe die Form war, in der die sexuellen Verhältnisse in dieser Gesellschaft organisiert wurden. Aber selbst in den traditionellsten Gesellschaften sprengte die bloße Unruhe des Sex die Schranken der Ehe immer wieder aufs neue, in Gedanken und in der Praxis. Damit soll nicht gesagt werden, daß jeder außereheliche Geschlechtsverkehr oder jeder Diebstahl in einer kapitalistischen Gesellschaft revolutionär gewesen sei. Er kann im Gegenteil sogar als Bekräftigung der Institution der Ehe betrachtet werden. Aber es wäre offensichtlich falsch, die Behauptung, daß in dieser Gesellschaft die sexuellen Verhältnisse die Form der Ehe angenommen hatten, für bare Münze zu nehmen, ohne die Stärke der dazugehörigen Antithese zu sehen.

Die im *Kapital* analysierten Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse sind Formen, die ihre eigene Antithese enthalten. Der Kapitalismus ist eine fetischisierte, entfremdete Gesellschaft, aber wir können das nur erkennen, wir können uns nur eine nichtentfremdete, nichtfetischisierte Gesellschaft ausdenken, weil die Antithese zu dieser Gesellschaft in ihr selbst enthalten ist. Die bloße Unruhe des Lebens ist in den fetischisierten Formen, in einer Reihe von Dingen eingesperrt, aber sie ist ständig da, sie sprengt ständig ihre Fesseln und zwingt die fetischisierten Formen, sich erneut zu konstituieren, um sie eingesperrt zu halten.

Wir erfahren die kapitalistische Gesellschaft daher äußerst widersprüchlich. Wir erfahren die gesellschaftlichen Verhältnisse, so wie sie sich darstellen, aber gleichzeitig erfahren wir das Gegenteil. Geld ist Geld ist Geld – ein Ding. Aber Geld wird auch weithin als Macht erfahren, als Klassenverhältnis, wenn auch ungenau. Menschen sorgen sich um die »Gerechtigkeit« des Lohnvertrags (»ein gerechter Tageslohn für ein gerechtes Tagwerk« als klassischer Ausdruck des fetischisierten gewerkschaftlichen Bewußtseins), aber gleichzeitig drückt sich die Revolte gegen die Ausbeutung in der Arbeit auch äußerst direkt aus. Je stärker der gesellschaftliche Antagonismus wird, desto mehr Brüche werden die fetischisierten Selbstdarstellungen der gesellschaftlichen Verhältnisse bekommen. Die Schärfe, mit der sich die Mystifikationen der kapitalistischen Gesellschaft aufbrechen lassen, entsteht nicht aus der theoretischen Reflexion, sondern aus der Wut, die aus der Erfahrung der Unterdrückung herrührt. Die Theorie soll nicht führen, sondern folgen, auf den widersprüchlichen Charakter der Erfahrung hin-

weisen, die unklar wahrgenommenen Zusammenhänge deutlicher machen und die Lehren aus dem Kampf verbreiten.

Man könnte meinen, ein Nebel, der kommt und geht, ein ständiger Prozeß der Entfetischisierung/Refetischisierung sei eine völlig unstrukturierte und richtungslose Vorstellung; aber das stimmt nicht. Der sich verändernde Nebel verändert sich nicht richtungslos. Der Prozeß der Entfetischisierung/-Refetischisierung und der Klassenneuzusammensetzung und -zersetzung ist ein historischer Prozeß mit bestimmten Rhythmen. In der Krise wird die scheinbar ruhige Selbstreproduktion der Gesellschaft unterbrochen. Der Antagonismus der Gesellschaft wird schärfer; neue Organisationen entstehen, und neue Kämpfe brechen aus; Verbindungen, die lange unsichtbar waren, werden sichtbar. Die Krise drückt die Entfetischisierung der kapitalistischen Gesellschaft aus, die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse.

## Krise, marxistische Ökonomie und marxistische politische Wissenschaft

Die Krise ist nichts Ökonomisches, aber sie stellt sich so dar. Die Krise drückt die strukturelle Instabilität der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse aus, die Instabilität des grundlegenden Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, auf der die Gesellschaft beruht. Sie erscheint als Krise der Ökonomie, mit möglichen Folgen für andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Den Begriff der Ökonomie als eines getrennten Aspekts der Gesellschaft gibt es erst, seit es den Kapitalismus gibt. In vorkapitalistischen Zeiten bezog sich dieser Ausdruck auf Haushaltsangelegenheiten (vom griechischen *oikos* – das Haus), und es gab keine genaue Unterscheidung zwischen der Führung des Haushalts und der Ökonomie, oder zwischen der Politik und der Ökonomie, oder zwischen ökonomischer Theorie und Moralphilosophie. Daß die Ökonomie nicht als besonderer begrifflicher Bereich abgetrennt wurde, lag am Charakter der vorkapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse. Die Verhältnisse zwischen Sklave und Herrn oder zwischen Leibeigenem und Feudalherrn waren ununterscheidbar politisch und ökonomisch zugleich: Der Feudalherr zog aus dem Leibeigenen nicht nur Mehrarbeit heraus, sondern er hatte auch die gerichtliche und »politische« Autorität über ihn. Erst seit es den Kapitalismus gibt und die Ausbeutung (durch den Kapitalisten) von der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung (durch den Staat) aufgetaucht ist, entstehen »Ökonomie« (zuerst als »politische Ökonomie«) und »Politik« als verschiedene Begriffe. Ihre Befestigung als Begriffe (und später als universitäre Fachbereiche) beruht auf dieser Trennung.

Die Begriffe »Politik« und »Ökonomie« sind daher spezifisch für den

Kapitalismus. Sie sind fetischisierte oder Oberflächenkategorien, weil sie die Fragmentierung der Gesellschaft an der Oberfläche widerspiegeln. Die Abtrennung der Ausbeutung von der Aufrechterhaltung der Ordnung ist ein Aspekt der »spezifische[n] (...) Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird»: Die Vermittlung der Ausbeutung durch den Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft beinhaltet die Trennung zwischen dem unmittelbaren Prozeß der Ausbeutung und dem gesellschaftlichen Zwang, der zur Sicherung der Stabilität in einer Klassengesellschaft zwangsläufig erforderlich ist. Die Trennung zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen ist also ein Moment der kapitalistischen Klassenverhältnisse, oder anders gesagt, das Ökonomische und das Politische sind aufgrund der sie konstituierenden Trennung Momente des kapitalistischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, spezifische Formen des Kapitalverhältnisses. Wenn die Unterscheidung zwischen Ökonomie und Politik für selbstverständlich gehalten wird, dann ist dies also Blindheit gegenüber der Frage der *Form* und befestigt den in diesen Begriffen enthaltenen Fetischismus. Marx hat das *Kapital* nicht als Ausarbeitung einer ökonomischen Theorie geschrieben, und auch nicht als Grundlegung für eine alternative Ökonomie der Arbeiterklasse, sondern als *Kritik* der politischen Ökonomie, in der gezeigt wird, daß die Begriffe der politischen Ökonomie nur die Erscheinungsformen der kapitalistischen Klassenverhältnisse zum Ausdruck bringen.

Es ist daher in sich selbst widersprüchlich, von einer marxistischen Ökonomie oder einer marxistischen politischen Ökonomie zu sprechen. Marx' Kritik richtete sich nicht nur gegen besondere Theorien, sondern gegen den Aufbau einer Theorie auf der Grundlage der oberflächlichen Formen, in denen die Klassenverhältnisse erscheinen. Die Ökonomie ist die Erforschung von Dingen, von Kräften (wie Geld, Wert, Miete, Zins usw.), die das Leben der Menschen beherrschen, und sie behandelt sie als solche und nicht als Formen von gesellschaftlichen Verhältnissen, denen es »auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert«. Indem die Ökonomie ihre Kategorien als Dinge behandelt und nicht als Ausdrucksweisen gesellschaftlicher Verhältnisse, behandelt sie die Menschen zwangsläufig als abstrakte, passive Objekte der gesellschaftlichen Veränderungen.

Die bürgerlichen Ökonomen akzeptieren ihre Kategorien so, wie sie sich darstellen. Geld ist Geld ist Geld; die Aufgabe der Ökonomen ist es, sein Verhältnis zu anderen ökonomischen Kategorien und die Gesetze, die seine Bewegung bestimmen usw. zu verstehen. Da das Geld nicht als Form ge-

sellschaftlicher Verhältnisse betrachtet wird, versuchen sie nicht, die Kategorien aufzubrechen, »den Ursprung der ökonomischen Entwicklungen in den konkreten Handlungen der Männer und Frauen in ihrem gesellschaftlichen Leben« zu entdecken (Clarke 1980, S. 5).

Aber weder verschwindet der Fetischismus mit der Kritik an seiner Existenz, noch verschwindet der begriffliche Einfluß des bürgerlichen Denkens mit der Erkenntnis seiner Oberflächlichkeit. Marx selbst hat das Wort »Ökonomie« zweideutig oder widersprüchlich benutzt (wie zum Beispiel in dem 1859er Vorwort), und es gibt eine einflußreiche Tradition »marxistischer Ökonomie« – was die Widersprüche zwischen der Lektüre des *Kapital* und einer Arbeit im universitären Bereich glättet.

Wenn wir Wert und Krise mit den Augen einer marxistischen Ökonomie ansehen, bekommen wir ein anderes Bild als das eben von uns dargestellte. Sobald wir die marxistischen Kategorien als ökonomische betrachten, gehen viele Annahmen der bürgerlichen Theorie unhinterfragt in die Diskussion dieser Kategorien ein. Die Kategorien bleiben geschlossen. Obwohl angemerkt wird, daß Wert eine gesellschaftliches Verhältnis ist, nimmt man doch an, daß sich der Wert innerhalb der kapitalistischen Grenzen als eine ökonomische Theorie behandeln läßt. Dadurch wird z.B. bei der Diskussion des Werts der Wertgröße viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt und die Frage der Form mehr oder weniger ignoriert. Dies gilt nicht nur für die Neo-Ricardianer, sondern auch für Theoretiker, die sich selbst als Marxisten sehen und weithin dafür gehalten werden. So wird üblicherweise behauptet, daß das Wertgesetz zeige, »wie die wechselnden Mengen der zur Herstellung der Waren erforderlichen gesellschaftlichen notwendigen Arbeit die Preise regulieren« (Itoh 1980, S. 132). Die Kritik des Werts als Form geht damit verloren, die Starrheit des bürgerlichen Denkens bleibt bestehen. Obwohl gesagt wird, daß der Wert ein gesellschaftliches Verhältnis ist, tritt sein gesellschaftlicher Aspekt in den Hintergrund und soll erst nach der Revolution eine Rolle spielen, »wenn die unmittelbaren Produzenten wieder zum Subjekt geworden sind, statt Objekt der Produktion zu sein« (Itoh 1980, S. 135f.). Wenn die ArbeiterInnen nur Objekte der Produktion sind, wenn folglich der Fetischismus total ist, dann hat Itoh völlig recht. Dann muß man die Kategorie des Werts nicht aufbrechen (außer daß man ihn als etwas Historisches betrachtet), und man kann den Kapitalismus durch seine »Bewegungsgesetze« verstehen. Aber wenn die ArbeiterInnen bloße Objekte der Produktion sind, dann müßte die Revolution begrifflich und theoretisch als eine Unmöglichkeit erscheinen, bzw. dann könnten wir sie uns nur als ein äußerliches Ereignis vorstellen.

Diese Annahmen finden sich in großen Teilen der Diskussion über die

marxistische Theorie der Krise wider. Wir sind oben davon ausgegangen, daß der Unterschied zwischen dem Marxismus und anderen Formen des radikalen Denkens nicht so sehr in seiner Analyse der kapitalistischen Unterdrückung oder seiner Vision vom Sozialismus liegt, sondern darin, daß er eine Theorie der gesellschaftlichen Instabilität ist. Der Kapitalismus ist unterdrückerisch, aber er ist eine in sich widersprüchliche und instabile Form der Unterdrückung. Eine Theorie der Krise ist eine Theorie dieser Instabilität und daher eine Theorie der Beweglichkeit von Klassenverhältnissen. Viele Diskussionen über die Krise behandeln sie aber als eine den Klassenverhältnissen und dem Klassenkampf äußerliche Frage. Bestenfalls liefert die Analyse der Krise einen Rahmen, innerhalb dessen Kämpfe stattfinden – eine Erinnerung an die Sterblichkeit des Kapitalismus, aber keine Theorie der Klassenverhältnisse. Zum Beispiel wird argumentiert, daß die Krise unvermeidlich aus der Wirkungsweise des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate folgt; daß die Krise mit einer Intensivierung des Klassenkampfs verbunden ist und Möglichkeiten der Revolution eröffnet; aber die Krise als solche und das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate werden nach wie vor als vom Klassenkampf getrennte ökonomische Prozesse analysiert. Wie O'Connor kommentiert, »betont die traditionelle Theorie zumindest, daß die menschliche Arbeitskraft mit Erfolg so behandelt wird, als sei sie ein bloßes Objekt von Tausch und Arbeit, und daß die ArbeiterInnen daher kaum oder keine Macht haben, den Prozeß des sich selbst ausweitenden Kapitals umzukehren oder gar neu zu bestimmen, außer im Falle einer sozialistischen Revolution« (1987, S. 91).

Was eine Theorie der kapitalistischen Instabilität sein sollte, wird damit paradoxerweise zu einer Theorie der kapitalistischen Reproduktion. Oft ist das mit äußerst funktionalistischen Untertönen verbunden: die kapitalistische Reproduktion wird zu einem geschlossenen Kreislauf – bis zum Moment der sozialistischen Revolution natürlich. Die Bewegungsgesetze des Kapitalismus bestimmen im voraus einen bestimmten Gang der Evolution, und bis zum Tag der Revolution sind die ArbeiterInnen nichts als Objekte der Herrschaft.

In den letzten Jahren hat es einen Versuch gegeben, dem Determinismus und Funktionalismus der traditionellen marxistischen Ökonomie durch die Entwicklung einer »marxistischen politischen Wissenschaft« zu entkommen.

Der Versuch, eine gesonderte marxistische politische Theorie zu entwickeln, geht auf die Kritik an Marx' Aussage über seine Methode im 1859er Vorwort zurück, die wir oben diskutiert haben. Solange dieses Vorwort für die endgültige Aussage über die marxistische Methode gehalten wurde, wie es lange Jahre in der marxistischen »Orthodoxie« der kommu-

nistischen Parteien der Fall war, wurde die theoretische Diskussion des Staats mehr oder weniger ignoriert, da das Politische als bloßer Teil des Überbaus betrachtet wurde. Mit der Krise der kommunistischen Parteiorthodoxie seit den 60er Jahren wurde das 1859er Vorwort jedoch dafür kritisiert, daß es dem Überbau, insbesondere den politischen und ideologischen Ebenen, keine ausreichende Autonomie zugestand. Vor allem die Argumentation von Poulantzas, die relative Autonomie der verschiedenen Ebenen mache es möglich, eine eigene marxistische politische Wissenschaft zu entwickeln, mit der sich die von Marx im *Kapital* entwickelte marxistische Ökonomie ergänzen ließe, fand viele AnhängerInnen. Nach dieser Sichtweise liegt das Problem der traditionellen marxistischen Ökonomie darin, daß sie unvollständig ist und ihr zu großes Gewicht gegeben wird. Nach der Logik dieses Ansatzes soll sich der Marxismus von einer ökonomischen Theorie der Gesellschaft zu einer interdisziplinären Theorie der Gesellschaft entwickeln (wobei die Ökonomie natürlich nach wie vor das in letzter Instanz bestimmende ist).

Das Problem bei einem interdisziplinären marxistischen Ansatz ist, daß er einfach nur einen Fetischismus durch einen zweiten ergänzt. Der ökonomische marxistische Ansatz ist nicht unvollständig, sondern oberflächlich in dem Sinne, daß er die Trennung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ökonomische und politische Verhältnisse als gegeben hinnimmt. Diesen Ansatz durch eine Analyse des Politischen zu ergänzen, in der gleichermaßen »das Politische« als Ausgangspunkt der Analyse vorausgesetzt wird, vervielfältigt nur die Oberflächlichkeit und versteckt damit noch mehr die so zersplitterten gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn zum Beispiel gesagt wird, die Krise sei nicht nur ökonomisch, sondern ökonomisch und politisch, dann ist das wenig hilfreich, solange nicht der Charakter des Ökonomischen und des Politischen selbst in Frage gestellt wird. In der Praxis sieht das oft so aus, daß die »politische« Analyse einfach den von den Ökonomen gelieferten Rahmen als gegeben hinnimmt.

Oft werden die funktionalistischen Annahmen eines Großteils der marxistischen Analyse (und insbesondere der Tradition einer marxistischen Ökonomie) auf den Begriff der Krise selbst übertragen. Wie wir oben gesehen haben, bedeutet Krise nicht einfach einen Zusammenbruch, sondern einen Wendepunkt, eine Intensivierung der Veränderung. Die Theorie der Krise hat zwei Seiten, die beide von Marx im *Kapital* diskutiert werden. Auf der einen Seite drückt die Krise den Zusammenbruch eines bestimmten Akkumulationsmusters aus und konfrontiert das Kapital mit der Drohung seiner eigenen Sterblichkeit: Die fallende Profitrate »bezeugt die Beschränktheit und den nur historischen, vorübergehenden Charakter der kapitalistischen

Produktionsweise« (Kapital Bd. 3, S.252). Auf der anderen Seite zwingt die Krise zur Umstrukturierung des Kapitals: Durch die Zerstörung des weniger effizienten Kapitals und durch die Steigerung der Ausbeutung wird die Grundlage für eine neue Phase der Kapitalakkumulation geschaffen. Die Krise ist sowohl Zusammenbruch wie Umstrukturierung, sowohl Instabilität wie erneute Stabilisierung der Klassenverhältnisse. Die Frage ist, wie wir den Zusammenhang zwischen diesen beiden Seiten verstehen.

Zu unterschiedlichen Zeiten werden unterschiedliche Seiten der Krise betont. In den späten 60er und frühen 70er Jahren, als noch nicht allen klar war, daß Keynes die Probleme der kapitalistischen Krise nicht gelöst hatte, wurde in der Diskussion die Unvermeidlichkeit der Krise betont, wobei die Krise als Bruch im Akkumulationsprozeß begriffen wurde. Als die Krise offensichtlich wurde und klar wurde, daß die Revolution nicht unmittelbar bevorstand, verschob sich der Schwerpunkt der Diskussion auf die Krise als Prozeß der Umstrukturierung, und man versuchte, die aktuellen Veränderungen in der Gesellschaft als Umstrukturierung des Kapitals zu verstehen. Was beim Wechsel vom einen Schwerpunkt zum anderen verlorenging, war die Frage nach dem Verhältnis zwischen den beiden Seiten der Krise, zwischen Zusammenbruch und Umstrukturierung.

Oftmals wird davon ausgegangen, daß die beiden Seiten tatsächlich identisch und untrennbar sind. Die Zerstörung eines Akkumulationsmusters schafft die Grundlage für ein anderes: Die Krise ist eine »schöpferische Zerstörung«, um den Ausdruck von Schumpeter zu gebrauchen (Perez 1983, S. 159). Schumpeter ist hier von Bedeutung, weil in der Sichtweise von Negri (der zwar weit davon entfernt ist, ein orthodoxer ökonomischer Marxist zu sein, aber dennoch viele Annahmen der marxistischen Ökonomie akzeptiert) Schumpeter für die Bourgeoisie feststellt, was Marx schon viele Jahre zuvor erkannt hatte: daß die Krise ein integraler Teil der kapitalistischen Entwicklung ist (Negri 1968/1988). Sowohl Negri als auch viele andere Krisentheoretiker scheinen anzunehmen, die Krise sei ein Prozeß der »schöpferischen Zerstörung« und die beiden Aspekte der Krise könnten einfach zusammenfallen. Aber genau dies verlängert nur den Funktionalismus der bürgerlichen Ökonomie: Wenn die Krise zwangsläufig zugleich die Neustrukturierung des Kapitals ist, dann ist die Reproduktion des Kapitals in der Tat ein geschlossener Kreis, aus dem es kein Entkommen gibt.

## Krise, Fetischismus und Klassenzusammensetzung

Die zwei Aspekte der Krise sind nicht identisch: zwischen der Krise als

Bruch und der Krise als Neustrukturierung liegt eine ganze Weltgeschichte des Kampfs.

Die Krise ist zuallererst ein Bruch, ein Zusammenbrechen der gefestigten Muster von Klassenverhältnissen. Vor der Krise scheint es eine Zeitlang so, als sei die Welt stabil geworden, als seien die größten Probleme gelöst, als gehöre der Klassenkampf vergangenen Zeiten an. Bestimmte Dinge werden als »normal« akzeptiert: Muster der internationalen Beziehungen, des politischen Konflikts, der Beschäftigung und der Klassenorganisation, der Verhältnisse zwischen Frauen und Männern und zwischen Erwachsenen und Kindern, der kulturellen Ausdrucksformen. Eingedämmte Konflikte erscheinen als Harmonie. Und dann gibt es einen Bruch: Konflikte brechen offen aus, gefestigte Machtstrukturen werden angegriffen. Der Damm bricht. Die unterdrückte Wut wird nicht mehr unterdrückt.

Jede Klassengesellschaft, jede Gesellschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung in ihren alltäglichen Handlungen den Interessen einer Minderheit unterworfen ist, ist instabil. Die gesamte Geschichte ist von Revolten unterbrochen, schon lange bevor der Kapitalismus oder die kapitalistische Krise auf die Welt kamen. Im Kapitalismus folgt der Bruch einem festen Muster, einem bestimmten groben Rhythmus, der sich in Krisentheorien, in Wirtschaftszyklen, langen Wellen usw. widerspiegelt. Die aufgestaute, aber unterdrückte Wut kann in diesen Umwälzungen ausbrechen, aber das erklärt nicht die rhythmische Regelmäßigkeit der Krisen. Die zu jeder Klassengesellschaft gehörende Instabilität nimmt im Kapitalismus eine besondere Form an, die sich nur aus den Besonderheiten des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit erklären läßt. Um die Krise als Bruch in den Herrschaftsstrukturen zu verstehen, genügt es nicht, sie einfach (wie die Disproportionalitätstheorien) aus der Beziehung zwischen den Kapitalen oder (wie die Unterkonsumtionstheorien) aus den Verteilungsverhältnissen in der Gesellschaft zu erklären. Um die Krise als Ausdruck der spezifischen strukturellen Instabilität des Kapitalismus als Form der Klassenherrschaft zu verstehen, müssen wir nach dem Riß, nach der geologischen Verwerfung im Ausbeutungsverhältnis selbst, in der »spezifische[n] (...) Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird«, suchen.

Marx untersucht diese grundlegende Instabilität des Kapitalverhältnisses in seiner Analyse des Mehrwerts. Im Unterschied zur herrschenden Klasse in allen vorhergehenden Klassengesellschaften werden die Kapitalisten durch die Konkurrenz ständig dazu getrieben, die Menge der unbezahlten Mehrarbeit zu steigern, die sie aus den unmittelbaren Produzenten herauspumpen. Es ist dieser »Werwolfheißhunger nach Mehrarbeit« (Kapital Bd. 1), der

dem Kapitalismus seine besondere Instabilität verleiht. Wie Marx im *Kapital* analysiert, nimmt die kapitalistische Gier nach Mehrwert zwei grundlegende Formen an. Die erste ist der absolute Mehrwert, der Kampf des Kapitals um die Verlängerung des Arbeitstages zur Vergrößerung des produzierten Mehrwerts. Dies führt zu einem Punkt, an dem das bloße Überleben der ArbeiterInnen und damit auch das Überleben des Kapitals bedroht ist. Die Fabrikgesetzgebung zur Begrenzung des Arbeitstages zwingt das Kapital, andere Wege zur Befriedigung seiner Gier zu suchen. Statt den Arbeitstag ständig zu verlängern, versucht es, den Anteil am Arbeitstag zu senken, in dem die Arbeitskraft des Arbeiters reproduziert wird. Dies wird hauptsächlich durch technische Innovationen und das Streben nach Effizienz erreicht. Wenn die Waren schneller produziert werden, fällt entsprechend ihre Wertgröße (die durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt ist). In dem Maße, wie auch die vom Arbeiter verbrauchten Waren im Wert fallen, sinkt auch der Wert der Arbeitskraft, selbst wenn der Lebensstandard steigt. Damit wird bei konstanter Länge des Arbeitstages weniger Zeit für den Wert der Arbeitskraft und mehr Zeit für die Produktion des Mehrwerts verwendet. Diese Form der Maximierung des Mehrwerts bezeichnet Marx als relativen Mehrwert.

Der relative Mehrwert unterstellt das beständige Streben nach technologischer Erneuerung und die ständige Reorganisation des Produktionsprozesses. Er beinhaltet auch eine Veränderung im Verhältnis zwischen lebendiger Arbeit (der Arbeiter in Aktion) und toter Arbeit (Maschinerie und Rohstoffe, das Produkt vergangener Arbeit): Mit dem Fortschritt der Technologie entsteht die Tendenz, daß jeder Arbeiter eine immer größere Masse an Maschinerie und Rohstoffen in Bewegung setzt. In bezug auf die Kapitalzusammensetzung drückt sich dies so aus, daß der in konstantes Kapital (Maschinerie und Rohstoffe) gesteckte Kapitalteil relativ steigt und das variable Kapital (der Kapitalteil, der in den Kauf von Arbeitskraft investiert wird) relativ sinkt: es kommt zu einer, wie Marx sagt, steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Das Streben nach relativem Mehrwert bedeutet also, daß das Kapital nie zur Ruhe kommt. Es ist immer ruhelos, sucht immer die Veränderung, im Unterschied zu den herrschenden Klassen früherer Klassengesellschaften. Relativ betrachtet wirft es auch ständig die einzige Quelle seiner eigenen Existenz, die lebendige Arbeit, aus dem Produktionsprozeß heraus. Nur die lebendige Arbeit produziert Wert, und in dem Maße, wie sich das Kapital mit toter Arbeit belastet, fällt tendenziell das Verhältnis zwischen dem (von der lebendigen Arbeit) produzierten Mehrwert und der Gesamtinvestition des Kapitalisten. Die Jagd nach dem relativen Mehrwert ist also mit einer

Tendenz zum Fall der Profitrate verbunden.

Der tendenzielle Fall der Profitrate, den Marx im dritten Band des *Kapital* analysiert, ist daher ein ökonomischer Ausdruck für die beständige Veränderung in der Organisation des Produktionsprozesses. Dieselben Veränderungen bewirken, daß der Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital höchst lebendig bleibt. Widerstand und latente Revolte gehören zu jedem Herrschaftsverhältnis. Selbst zwischen dem demütigsten Sklaven und dem mächtigsten Herren besteht ein aktiver Antagonismus, eine (vielleicht unausgedrückte) Spannung wechselseitiger Abhängigkeit, die dem Verhältnis eine Dynamik verleiht. Die Abhängigkeit des Kapitals von der beständigen Veränderung in der Produktion, von der ständigen Jagd nach der Steigerung des Mehrwerts sorgt dafür, daß der Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital andauert und offen bleibt, selbst in Zeiten relativer Stabilität. Die ArbeiterInnen organisieren sich: defensiv oder offensiv; der Kampf der Kapitalisten um die Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle ist nicht zu trennen von ihrem Kampf um die Maximierung des Mehrwerts. Der relative Mehrwert drückt sich in der Dynamik des Klassenkampfs aus, in den wechselnden Formen des Angriffs und Gegenangriffs, in der wechselnden Zusammensetzung sowohl der Arbeit wie des Kapitals. Hier tritt wiederum die besondere instabile Dynamik des Kapitalismus in den Vordergrund. Je erfolgreicher das Kapital Mehrwert akkumuliert, desto mehr wächst die Arbeit als eine zerstörerische Kraft in seiner Mitte. Eine Phase erfolgreicher Akkumulation drückt sich möglicherweise in der anwachsenden Stärke der Arbeiterklasse und ihrer Organisation aus, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt und die Verhandlungsposition der Arbeit stärker wird. Je erfolgreicher das Kapital ist, desto stärker tritt der eine grundlegende Widerspruch seiner Existenz in den Vordergrund: seine Abhängigkeit von der Arbeit. Alle Herren hängen in ihrer Existenz von ihren Dienern ab. Dem Kapital zwingt sich diese grundlegende Tatsache des Lebens gerade dann auf, wenn es sich am stärksten fühlt.

Die relative Mehrwertproduktion enthält in sich die Kraft zu ihrer eigenen Zerstörung, was sich sowohl im tendenziellen Fall der Profitrate als auch in der zunehmenden Klassenzusammensetzung der Arbeiterklasse ausdrückt. In Phasen schneller Akkumulation wird die Arbeiterklasse tendenziell organisatorisch stärker und kämpferischer, und die Profitrate fällt tendenziell. Es wird für die Kapitalisten sowohl schwieriger, die erwarteten Profitraten zu bekommen, als auch den Produktionsprozeß in der gewünschten Art und Weise zu reorganisieren. Der Antagonismus nimmt zu, die Widersprüche des Kapitalismus werden offensichtlicher, die Zusammenhänge zwischen den bisher getrennten Erscheinungen werden deutli-

cher, und der Kapitalismus als eine Form der gesellschaftlichen Organisation wird offener und breiter kritisiert.

Der Kapitalismus scheint in der Krise zu stecken. Dies wird als eine ökonomische Krise wahrgenommen: Die Profite fallen, die Konkurrenz verstärkt sich, Firmen gehen bankrott, und ganze Sektoren und Industrien verfallen. Aber sie wird nicht nur als ökonomisch Krise, sondern auch als Krise des Staats wahrgenommen: Während der Staat bisher scheinbar die ruhige Entwicklung der Gesellschaft sichern konnte, scheint er jetzt nicht mehr dazu in der Lage zu sein. Die Kapitalistenklasse hat sehr das Gefühl, daß es nicht so weitergehen kann. Der dem Kapitalismus ständig innewohnende Veränderungsprozeß scheint nicht mehr auszureichen: etwas Radikaleres ist nötig. Der frühere Veränderungsprozeß wird als Teil eines Musters betrachtet, und es wird klar, daß dieses Muster am Ende ist.

Das ist die Krise: ein Zusammenbruch der gefestigten Muster gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Kapitalistenklasse erscheint die Zukunft unsicher und gefährlich. Es gibt keinen klaren Weg nach vorn, außer die Stärke der organisierten Arbeit und jeden der Subversion Verdächtigen anzugreifen und eine Rückkehr zu Moral, Diziplin und Ordnung zu fordern. Das ist keine Restrukturierung: das ist der Bruch.

Natürlich kann der Bruch die Möglichkeit der Restrukturierung enthalten. Für Teile der Kapitalistenklasse gibt es keine Zukunft: Die Pleiten vervielfachen sich, mit den früheren gesellschaftlichen Mustern verbundene politische Parteien gehen unwiderruflich unter. Aber alte Industrien lassen sich durch neue ersetzen, und der ökonomische Niedergang eines Landes läßt sich durch den Aufstieg eines anderen ausgleichen. Der Weg nach vorne ist nicht klar, aber es gibt alle möglichen Experimente mit neuen Managementformen, neuen Technologien, neuen Beziehungen zwischen Staat und Industrie, neuen Mustern politischer Organisation. Möglicherweise kann die Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch eine Kombination aus Gewalt, gesetzlichen Einschränkungen und ökonomischer Reorganisation wirksam zerschlagen werden. Und möglicherweise kann das Kapital dann alle gewünschten Veränderungen in der Produktion durchsetzen. All das ist möglich, aber es ist nicht vorherbestimmt.

Vielleicht faßt das Kapital nach einiger Zeit wieder Vertrauen in die Zukunft und erkennt eine mögliche Grundlage für ein neues relativ stabiles Akkumulationsmuster. In dieser Situation befinden wir uns zur Zeit. Genau an diesem Punkt wird der »marxistische« Funktionalismus am heimtückischsten. Eine ganze Welt von neuen akademischen Analysen eröffnet sich: Die neuen Akkumulationsmuster werden theoretisiert, die neue Form der Herrschaft bekommt einen Namen, und damit werden die neuen Formen befe-

stigt. Die Krise als Bruch ist vergessen, oder man erinnert sich an sie nur als Vorspiel der Restrukturierung. Die neuen Muster werden als gefestigt betrachtet, als neu »entstandene« Realität, der man sich anpassen muß – statt in ihnen ein Projekt zu sehen, das vom Kapital erst in harten Kämpfen durchgesetzt werden muß. Sobald der Kampf vergessen ist, wird aus dem Marxismus als einer Theorie des Kampfes leicht eine Theorie der Herrschaft.

Das kann nicht sein. Der Zusammenbruch eines Musters von gesellschaftlichen Verhältnissen beinhaltet weder die sofortige noch die erfolgreiche Restrukturierung. Es kann sein, daß der Bruch die Möglichkeit der Restrukturierung in sich trägt. Vielleicht wird diese Möglichkeit so wie in der Vergangenheit realisiert werden. Aber das ist – selbst heute – nicht sicher. Und wenn sich ein neues Muster relativ stabiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse festigt, dann entsteht dies nicht einfach, sondern es ist das Ergebnis eines langen und blutigen Kampfs. Zwischen der Krise als Bruch und der Krise als Restrukturierung liegt ein Abgrund von Möglichkeiten, ein Salto mortale für das Kapital ohne Garantie einer sicheren Landung, eine ganze Geschichte der Welt im Kampf.

***Literatur:***

Clarke, S.(1980) »The Value of Value: Rereading Capital«, Capital & Class, No. 10.
Hegel, G.W.F. (1977) Phänomenologie des Geistes
Itoh, M. (1980) Value and Crisis (London)
Marx, K. (1859) Zur Kritik der politischen Ökonomie
Marx, K. (1867) Das Kapital, Bd. 1
Marx, K. (1894) Das Kapital, Bd. 3
Negri, A. (1984) Marx Beyond Marx (South Hadley, Mass.)
Negri, A. (1968/88) »Marx on Cycle and Crisis«
O'Connor, J. (1987) The Meaning of Crisis (Oxford, New York)
Perez, C. (1983) »Structural Change and Assimilation of New Technologies in the Economic and Social Systems«, Futures (October)
Rader, M. (1979) Marx' Interpretation of History (New York)
Stern, R. (1970) »Historians and Crisis«, Past & Present, No. 52.

*Im folgenden findet ihr zunächst ein von uns verteiltes Flugblatt zum Hamburger Hafenkrankenhaus, dann einen Text, in dem wir die Bewegung und unsere eigenen Aktivitäten noch einmal kritisch Revue passieren lassen, und zum Schluß eine Chronik der Ereignisse.*

## Es geht um mehr als um das Hafenkrankenhaus!

Wir begrüßen und unterstützen die Besetzung des Hafenkrankenhauses! Sie ist ein Zeichen, daß wir uns die herrschende Politik nicht gefallen lassen müssen, daß wir selbst die Dinge in die Hand nehmen können.

Wenn die Fragen aber weiter so gestellt werden wie jetzt, halten wir eine Niederlage für vorprogrammiert – und zwar auch, wenn das Hafenkrankenhaus nicht geschlossen wird. Denn es geht nicht nur um die Schließung des Hafenkrankenhauses, sondern um das ganze Gesundheitswesen und um unsere Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt.

**Krankheit** fällt nicht vom Himmel: Diese Gesellschaft macht krank. Und Krankenhäuser wurden nicht eingerichtet, um die Ursachen für's Kranksein abzuschaffen, sondern um uns zusammenzuflicken, damit wir auch morgen wieder schön arbeiten gehen können. Bisher hat der Staat das genauso bezahlt wie Militär oder Schulen: kein Unternehmer konnte was dran verdienen, aber es war nötig, damit das System als ganzes funktioniert.
Das hat sich geändert: Inzwischen ist die Medizin eine **Großindustrie**, die fette Gewinne abwirft: für die Pharmakonzerne und die Gerätehersteller, die privaten Krankenkassen und die neu entstehenden Krankenhauskonzerne. Auch der Hamburger Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), in dem die städtischen Kliniken zusammengeschlossen sind, soll sich im Zuge der Privatisierung in so einen Konzern verwandeln oder in Einzelteilen an andere Konzerne verkauft werden. Die Schließung des Hafenkrankenhauses gehört zu den konzerninternen Umstrukturierungsmaßnahmen.
Begründet werden alle »Gesundheitsreformen« und »Strukturreformen« der letzten Jahre mit der angeblichen »Kostenexplosion« im Gesundheitswesen. Das ist aber aus zwei Gründen Quatsch: Erstens sind die Gesundheitsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt seit 20 Jahren konstant geblieben; zweitens klagt die Autoindustrie ja auch nicht darüber, daß sie heute mehr Geld für ihren Maschinenpark ausgibt als vor 20 Jahren. Sie weiß nämlich, daß sie mit den Maschinen ihre Produktivität erhöhen, ihre Gewinne steigern konnte. Und auch in der **»weißen Fabrik«** ist die Produktivität gestiegen: Mehr PatientInnen werden schneller durchgeschleust, es stehen teure Maschinen rum, deren Auslastung Gewinne verspricht.
Wenn die Betreiber von zu hohen »Kosten« reden, meinen sie, daß die PatientInnen zu lange rumliegen oder daß sie zu viel Personal bezahlen

müssen. Ob als PatientInnen oder als ArbeiterInnen: Wir sind für sie immer bloß Kosten in der Bilanz. Dagegen richten sich alle »Reformen«: gegen uns!

Bei der Besetzung des Hafenkrankenhauses wird bisher nur über die Probleme und Bedürfnisse »des Stadtteils«, d.h. der PatientInnen geredet.
Mal abgesehen davon, daß es auf Probleme wie Armut, Obdachlosigkeit und Schußverletzungen wohl andere Antworten geben müßte als ein Krankenhaus, ist sehr auffällig, daß bisher so gut wie gar nicht von den **Problemen der Beschäftigten** die Rede war. Das Klischee von der Krankenschwestern mit Helfersyndrom ist so alt wie teilweise wahr, aber reden wir doch mal von den Veränderungen in den letzten Jahren:
Nach den unabhängigen Versammlungen Ende der 80er Jahre und der Massenflucht des Pflegepersonals aus den Krankenhäusern sind die Bedingungen erstmal etwas besser geworden: höhere Löhne und keine Putzarbeiten mehr. Die werden seither von anderen Leuten mit noch schlechteren Löhnen gemacht. Die übriggebliebene reine Pflegearbeit wird mit »Pflegedokumentationssystemen« rationalisiert, das heißt vor allem verdichtet und anstrengender. Die festen Stellen werden überall zusammengestrichen. Neue Leute werden - wenn überhaupt - nur noch befristet eingestellt; die gröbsten Lücken werden mit PflegerInnen von Zeitarbeitsfirmen abgedeckt. Viele Leute haben sich jahrelang ganz gut mit 8 oder 10 Nachtschichten im Monat finanziert. Das ist immer weniger möglich, weil die Leitung in vielen Krankenhäusern die reinen Nachtschichten auflöst und der Staat die Nachtzuschläge jetzt besteuern will. Zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es sogar wieder arbeitslose KrankenpflegerInnen.

Die Schließung des Hafenkrankenhauses ist ein Angriff auf alle Beschäftigten des LBK! Neben Immobilienspekulation und der Überlegung, daß die SPD in St. Pauli eh keine Wähler mehr verlieren kann, geht es auch um die Schließung aller altmodischen und unrentablen LBK-Bereiche. Das Hafenkrankenhaus wird nicht das letzte Krankenhaus sein, das dichtmacht.
Niemand von den 430 Beschäftigten wird jetzt direkt *wegen* der Schließung des Hafenkrankenhauses entlassen. Erstmal werden alle nur in andere Betriebsteile des LBK, sprich in andere Krankenhäuser *versetzt*. Gleichzeitig ist aber jetzt schon klar, daß die Zeitverträge nicht verlängert werden sollen. Und in einem Jahr sollen im LBK mindestens **1.800 Stellen gestrichen** werden. Als erstes sind dann die ZeitverträglerInnen dran, deren Verträge nicht verlängert werden. Als nächstes wird sich zeigen, wie sicher die unbefristeten Verträge wirklich sind. Das Management versucht jetzt, die Beschäftigten des Hafenkrankenhaus mit einem Sozialplan zu kaufen: Bei Zustimmung zur Schließung soll ihr Arbeitsplatz zwei Jahre sicher sein. Das würde aber bloß heißen, das Leute aus den anderen LBK-Häusern als erste fliegen. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen!

Für diejenigen, die bleiben, bringen die Entlassungen auch nichts Gutes: Dadurch, daß es weniger PflegerInnen gibt, wird es ja nicht weniger Kranke geben. Selbst wenn noch mehr Leute mit »unrentablen« Krankheiten von den Krankenhäusern nicht mehr aufgenommen werden, ist jetzt schon klar, daß die Arbeitshetze durch die Stellenstreichungen noch zunehmen wird.

Gewerkschaft und Personalrat machen jetzt **»konstruktive« Vorschläge**. Wie bei jeder Betriebsschließung versuchen sie alles, um zu beweisen, daß der Laden rentabel arbeiten könnte. Man müßte nur alle Rationalisierungsreserven ausnützen, den bürokratischen Wasserkopf loswerden und neue Märkte und neue Investoren finden. In der Bavaria-Brauerei hat der Betriebsrat zur Verhinderung der Schließung sogar gerade freiwillig 8 Prozent Lohnkürzung angeboten. Beim Hafenkrankenhaus heißt die Idee **»Gesundheitszentrum«**. Um das Krankenhaus herum sollen lauter private, öffentliche und sogar unbezahlte Kleinbetriebe entstehen: Arztpraxen, Apotheken, Drogenberatungsstellen usw., die sich gegenseitig ergänzen und dadurch insgesamt kostengünstiger arbeiten würden.
Das trifft auch unter vielen Beschäftigten auf Zustimmung. Viele sind in den letzten Jahren aus der weißen Fabrik abgehauen und in die ambulanten Dienste gegangen, weil sie dachten, daß es dort menschlicher zugeht (spätestens die neuen Zeitvorgaben durch die Pflegeversicherung bedeuten da allerdings ein böses Erwachen).
Bei aller berechtigten Kritik am Krankenhausbetrieb ist dieser Vorschlag aber im wesentlichen **ein alternatives Sparkonzept**. Am Ende geht es drum, den Kassen zu beweisen, daß sie günstige Tagessätze anbieten können, und den Eigentümern zu beweisen, daß sie dabei noch Gewinn machen können. Und das wird auch hier nur mit kurzen Liegenzeiten und selektiver Aufnahmepraxis gegen die Patienten und mit schlechtem Stellenschlüssel, flexiblen Arbeitszeiten, schlechten Löhnen (auch durch Auslagerungen) gegen die Beschäftigten gehen. Also die gleiche Scheiße wie überall.
Und hier stellt sich für uns vor allem die Frage nach den **Kampfbedingungen**: Im Krankenhaus sind schon durch die Arbeitsorganisation viele Leute zusammen und können auch zusammen kämpfen. In den ambulanten Diensten sind wir vereinzelt und sehen uns höchstens mal bei der Dienstbesprechung mit der Leitung. Das soll nicht heißen, daß man hier nicht kämpfen kann, aber es wird schwieriger. Diskutieren wir das Konzept »Gesundheitszentrum« doch mal von unseren eigenen Interessen her: Nicht, ob es sich betriebswirtschaftlich »rechnet«, sondern was es für unsere Kampfbedingungen in den nächsten Jahren bedeuten könnte.

»Gesundheitszentrum« ist eine Art Flucht nach vorn: Statt auf die Privatisierung und Zerschlagung des LBK zu warten, macht sich der Personalrat selbst auf die Suche nach Investoren, die das Hafenkrankenhaus übernehmen könnten – weil auch sie glauben, daß man hier Profit machen kann.

Kein Zufall, daß **Kiez-Großgrundbesitzer Bartels** zur Zeit die Besetzung unterstützt: Er hat schon in den 80er Jahren das ehemalige Schwesternwohnheim gekauft und dort sein »Hotel Hafen Hamburg« gebaut. Jetzt würde er gern ins Hafenkrankenhaus einsteigen und in einem OP-Nachsorge-Tandem (ähnlich wie die Kombination Reha-Klinik/Steigenberger-Hotel an der Stadthausbrücke) mit seinem Hotel betreiben. Wer von den Beschäftigten soll wohl etwas davon haben?

Darüber wird im großen **St.-Pauli-Patriotismus** nicht geredet. Im Moment wird so getan, als wären wir alle in unserem wunderschönen Stadtteil eine große Familie: Der Chefarzt, die Schwester und die Putzfrau, der Puffkönig, der Lude und die russische Prostituierte, der Theaterdirektor und der Obdachlose. Am Ende kann sogar die CDU mitmachen. Vorsicht vor falschen Freunden!

Schließlich ist es ein Problem, daß die **Besetzung bisher vor allem von außen** getragen wird. Wir finden es gut, daß Leute von außen die Initiative ergriffen haben. Wenn die Besetzung nicht bloß in ein alternatives Sparkonzept oder in einen Stadtteilpatriotismus (am Ende vielleicht sogar gegen andere Krankenhäuser) münden soll, **muß die Belegschaft selbst die Besetzung übernehmen.**

Viele haben Angst, vielleicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Aber wenn alle zusammenhalten und mitmachen, dürfte es für die LBK-Leitung (und den dahinterstehenden Senat) ziemlich schwierig werden, Repressalien gegen einzelne Leute zu ergreifen. Erst recht, wenn sich die Bewegung auf andere Krankenhäuser ausweitet. Wie gesagt: der Angriff richtet sich nicht bloß gegen die Leute im Hafenkrankenhaus, sondern gegen alle. Also ist es im Interesse aller, jetzt aktiv zu werden und sich zu wehren.

Die heutige Montagsdemo (am 17.2.97) geht vom Gewerkschaftshaus weg. Das sollte nicht bloß symbolisch sein! Die Gewerkschaft hat an den ganzen Umstrukturierungen aktiv mitgeplant. Die ÖTV hat sich in den letzten Jahren kein einziges Mal eindeutig gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses ausgesprochen.
Die einzige Funktion der Gewerkschaften ist, immer dann, wenn wir mal aktiv werden, mit kämpferischen Sprüchen aufzutreten und uns den Kampf aus den Händen zu nehmen. Am Ende passiert dann gar nichts! Ein gutes Beispiel war das Theater um die Lohnfortzahlung. Angeblich hat die Gewerkschaft einen großen Sieg für uns errungen. Im Windschatten wurde aber ein ganzes Paket von Verschlechterungen beim Weihnachtsgeld, der Flexibilisierung der Arbeitszeit usw. durchgesetzt. Und dann hat die Gewerkschaft auch noch versprochen, das Krankfeiern zu bekämpfen. Vielen Dank!

Wir können uns nur selber helfen. Kommen wir zusammen, diskutieren wir, werden wir aktiv!

Ein **Treffen** für Leute aus dem Pflegebereich (und Interessierte aus anderen Bereichen) findet **am Sonntag, 23.2.9** in der Pflegeschule im besetzten Hafenkrankenhaus statt.

**Keine Schließung des Hafenkrankenhauses oder anderer Häuser!**
**Sofortige Rücknahme aller geplanten Stellenstreichungen!**
**Stattdessen Neueinstellungen!**
**Umwandlung aller Zeitverträge in unbefristete Verträge!**

*Initiative Rettet das Faultier*
*Weniger Arbeit, mehr Leben!!!*

## Hurra, wir werden besetzt!

Der Konflikt um die Schließung des Hamburger Hafenkrankenhauses hat in den letzten Wochen breite Aufmerksamkeit hervorgerufen. Lange Berichte in den Zeitungen, Fernsehsendungen ... Die verschiedensten Gruppierungen versuchen ihr Süppchen auf der Bewegung zu kochen: Lokalpolitiker von autonom über grün bis schwarz, Gewerkschafter, Geschäftsleute.
Wir haben das ganze zunächst aus Bewohner des Stadtteils betrachtet; erst mit der Besetzung durch AktivistInnen der Stadtteilinitiative haben wir versucht, uns ein paar genauere Gedanken zur Situation zu machen, und schließlich ein Flugblatt geschrieben. Auch ohne spezielle Kenntnis der konkreten Situation war uns schon klar, daß die »Breite« der Bewegung eher eine Schwäche ist: Was soll dabei rauskommen, wenn vom Chefarzt bis hin zu den diversen Lokalpolitikern alle »eigentlich« gegen die Schließung sind und sich »irgendwie« aus den unterschiedlichsten Motiven an den Mobilisierungen beteiligen? Bewegungen dieser Art hat es schon einige gegeben, und es wird nicht die letzte gewesen sein, auch wenn uns Kämpfe mit eindeutigerer Richtung oder klarer gezogenen Grenzen eher vom Hocker reißen würden. Die Probleme, die sich im Artikel und auch im Flugblatt widerspiegeln, zeigen, daß es nicht nur ein Hamburger Thema ist, wie wir

mit solchen und ähnlichen Situationen umgehen können.
Wir sahen als Hauptproblem, daß das Krankenhaus von außen, von einer Stadtteilinitiative besetzt wurde, und nicht von der Belegschaft. Diese kam nur vor wie ein Teil des Mobiliars und nicht so, als könnten sie selbst Subjekte eines Kampfs sein. Nicht mal der ziemlich naheliegende Zusammenhang zwischen der Schließung des Hafenkrankenhauses und der geplanten Entlassungen von tausenden von Beschäftigten im Gesamt-Krankenhauskonzern wurde öffentlich hergestellt. Und trotzdem war immer von »Betriebsbesetzung« die Rede, und auf dieser Schiene hängte sich nach und nach auch fast die ganze linke Szene rein. Deswegen haben wir uns überlegt, ob wir uns einmischen sollen, und nach etlichen Gesprächen mit anderen Unzufriedenen – darunter vielen, die im Gegensatz zu uns selbst im Gesundheitswesen arbeiten – schließlich ein Flugblatt gemacht. Die Idee war, diese ArbeiterInnen zusammenzubringen, die Diskussion von der Beschränkung auf die Standortfrage lösen und zu versuchen, einen »Arbeiterstandpunkt« in die Bewegung reinzubringen. Wir dachten, wir könnten vielleicht von außen einen Anstoß dazu geben, daß die Beschäftigten selbst in eigener Sache aktiv werden, auch damit draußen klarer wird, daß im Krankenhaus überhaupt Leute *arbeiten* müssen.
Vor allem wollten wir wissen, warum die ArbeiterInnen des Hafenkrankenhauses das Krankenhaus nicht selbst besetzt und stattdessen individuell andere Lösungen gesucht haben. Im Laufe der Zeit wurde immer deutlicher, daß das viel damit zu tun hatte, daß es nicht unmittelbar um einen »Kampf um Arbeitsplätze« ging. Die meisten waren der Linie des Personalrats gefolgt, frühzeitig Versetzungsgesuche an andere Kliniken zu unterschreiben und den Personalrat um Garantien darüber verhandeln zu lassen. Am ehesten bedroht fühlen sich viele Ältere, die bei Vorstellungsgesprächen an ihren neuen Arbeitsplätzen als erstes gesagt bekamen, wenn sie nicht Dreischicht (statt bisher Zweischicht) arbeiten wollten, könnten sie gleich wieder abhauen. Allgemein befürchten viele, woanders schlechter dazustehen. Andererseits sind gerade Leute, die auf »miesen« Stationen (z.B. Innere) gearbeitet haben, froh, wegzukommen. Vielen ist es auch einfach egal, so daß die Belegschaft faktisch abbröckelt.
Für uns wurde ziemlich deutlich, daß es schwer möglich ist, die Interessen der Beschäftigten zu thematisieren, wenn diese das selber kaum tun (auch wenn das nicht für alle stimmt: z.B. wehren sich einige KrankenpflegeschülerInnen gegen ihre Versetzung, s.u.). Dann stellt sich aber auch die Frage, was allein mit einer Besetzungsaktion durch die ArbeiterInnen der Klinik gewonnen gewesen wäre. Es hat wenig Sinn, die ArbeiterInnen der Klinik abstrakt gegen die Arbeiterklasse im Stadtteil zu stellen. Der

»Arbeitsplatzbesitz« im konkret betroffenen Betrieb hat schon oft zu rein defensiven Abwehrkämpfen und fürchterlichen Argumentationen geführt. Wir haben im Flugblatt versucht, mit diesem Problem umzugehen, indem wir auf die Folgen der sogenannten Gesundheitsreform für PatientInnen und Beschäftigte hingewiesen und gesagt haben: Arbeitsbedingungen sind Kampfbedingungen, am Beispiel der ambulanten Dienste, die viele PflegerInnen eine Zeitlang als Alternative zum Krankenhaus gesehen hatten. Am Schluß haben wir aber auch wieder versucht, mit »weitergehenden« reformistischen Forderungen (die in dem Moment niemand aufstellte: z.B. Neueinstellungen) die Bewegung zu »radikalisieren«. In einer anderen Situation könnte genauso gut die Gewerkschaft solche Forderungen aufgreifen, und von einer grundsätzlichen Kritik bliebe wenig übrig.

Die Bewegung ging scheinbar von der anderen Seite, vom »Patientenstandpunkt« an das Problem heran: daß mit der Schließung der Klinik wieder mal die Kosten der sogenannten Gesundheitsreform auf die »sozial Schwachen« abgewälzt werden (und daß sowieso alle gegen St. Pauli sind). Aber auch das stimmt nicht: unterm Strich blieben nur alternative Sparvorschläge, die zudem mit der Arroganz argumentierten, »wirtschaftlicher« und »gesünder« zu sein. Die teilweise durchaus vorhandene Kritik an der herrschenden Medizin wird umgedreht in selbstorganisierte Konzepte für ein effizienteres und billigeres Gesundheitssystem. Das zeigt sich auch an der Zusammensetzung der Initiative: Neben allen möglichen Politikern (bis hin zur Hafenstraße, die jetzt beweisen kann, daß ihre Integrationsstrategie für den ganzen Stadtteil funktioniert) bestand sie vor allem aus SozialarbeiterInnen, HeilpraktikerInnen, linken Ärzten usw. Viele von ihnen hoffen, persönlich im »Gesundheitszentrum« unterzukommen, dadurch ihre ABM-Projekte abzusichern oder sich eine eigene Praxis aufbauen zu können. Die Ursachen für Krankheit tauchen höchstens noch am Rande auf, und der Widerspruch, daß wir subjektiv gesund werden wollen, es aber ein gesellschaftliches Interesse gibt, uns für die Arbeit zusammenzuflicken, schon gar nicht mehr.

Das Flugblatt, bzw. unser Schritt, uns in den Konflikt einzumischen, hat für uns erstmal die Fragen deutlicher werden lassen. Vor allem hat er überhaupt die Möglichkeit eröffnet, die Fragen breiter zu diskutieren, sie mit den praktischen Widersprüchen zu konfrontieren. Auf das Flugblatt gab es ziemlich viel positive Resonanz. So gesehen hatte die Bewegung auf jeden Fall ein paar positive Auswirkungen: Leute aus dem Gesundheitsbereich, die seit Jahren nichts mehr gemacht haben, wollen wieder miteinander diskutieren, es gibt Ideen zu Treffen, Thesenpapieren ... Mal sehen!

## Chronik

Im Sommer 1995 beschließen die Leitung des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK), in dem die 10 städtischen Kliniken zusammengefaßt sind, und die Gesundheitsbehörde im Zuge der konzerninternen Umsetzung der Gesundsheitsreform die Schließung des Hafenkrankenhauses für Ende 1997. Es gibt zwar Proteste der Belegschaft auf den ÖTV-Aktionstagen; die mit der regierenden SPD völlig verfilzte ÖTV im Gesamtpersonalrat stimmt der Schließung allerdings zu. Der CDU-nahe Personalratsvorsitzende des Hafenkrankenhauses ist zwar gegen die Schließung ist, unternimmt aber nichts. Ende 1996 wird bekannt, daß schon zum 1. März 1997 Schluß sein soll. Daraufhin geht der Chefarzt an die Presse und wirbt gegen die Schließung. Eine Personalrätin stellt ein alternatives Sanierungskonzept »Gesundheitszentrum 2000« vor, das die Ansiedlung von Arztpraxen, Apotheken und Sozialeinrichtungen um das Krankenhausherum vorsieht. Das hauptsächlich von Stadtteilinitiativen und Sozialeinrichtungen getragene Bündnis »Ein Stadtteil steht auf« organisiert Montagsdemos. Auf den Demos laufen neben PflegerInnen, SozialarbeiterInnen und Autonomen auch andere ArbeiterInnen mit: türkische Stationshilfen aus dem kirchlichen Marienkrankenhaus, die Ende März entlassen werden sollen, tragen ein eigenes Transparent; ab Anfang Februar auch Arbeiter von der Bavaria Brauerei in St. Pauli, die von der Dortmunder Konzernmutter Brau und Brunnen AG geschlossen werden soll. Am 3. Februar besetzt eine Gruppe von Leuten während der Montagsdemo spektakulär vor laufenden Fernsehkameras das Krankenhausportal und richtet sich in der schon leergeräumten Station D ein. In Flugblättern und Presserklärungen fordern sie den Erhalt der Klinik, die Umsetzung des alternativen Sanierungskonzepts und die Einrichtung eines runden Tischs aus Politikern, Beschäftigen und »Bevölkerung des Stadtteils«. Betriebsräte und Vertrauensleute von Hamburger Großbetrieben schicken Solidaritätsadressen, Obdachlose richten sich in dem von den BesetzerInnen aufgestellten Presse- und Versammlungszelt ein. Die angekündigten öffentlichen Plena haben, soweit sie überhaupt stattfinden, reinen Verkündigungscharakter, und Diskutierwillige stehen immer wieder vor den verschlossenen Türen von Station D, weil die BesetzerInnen lieber mit Medien und Politikern reden. Senat und LBK, die ursprünglich die völlige Schließung des Krankenhauses und die Verlegung der Ambulanz gefordert hatten, sagen zunächst den Erhalt der Ambulanz zu. In Verhandlungen hinter den Kulissen schält sich heraus, daß alle Seiten jetzt an einem »Gesundheitszentrum« interessiert sind. Auch die ÖTV schwenkt jetzt um und unterstützt offiziell das »Gesundheitszentrum«. Insofern hatte die Bewegung auf jeden Fall einen praktischen Erfolg, weil

sie die völlige Schließung verhindert hat.
Gleichzeitig werden, um die Besetzung auszutrocknen, am 14. Februar die letzten stationären Patienten rausgeschmissen. Die meisten Beschäftigten sollen am 3. März ihre neuen Stellen antreten. Die Besetzer veranstalten einen »Tag der offenen Tür« auf Station D und überlegen gemeinsam mit einigen Personalräten, wie sie das Krankenhaus wieder vollbekommen können, aber die Krankenhausärzte halten sich aus Angst an das Aufnahmeverbot des LBK.
Am 17. Februar ist die letzte Personalversammlung: Auf Drängen des Personalrats, der droht, daß es sonst Kündigungen geben werde, stimmt die große Mehrheit der 200 Anwesenden für die »rein formelle« Unterzeichnung einer Betriebsvereinbarung, nach der alle Beschäftigten woanders im LBK weiterbeschäftigt werden und »innerhalb von zwei Jahren nach erfolgter Arbeitsaufnahme im neuen Betrieb bei der sozialen Auswahl einmal übersprungen«, d.h. bei der für 1998 geplanten Entlassungswelle privilegiert werden. 14 Beschäftigte, die mit Nein gestimmt haben, nehmen sich privat einen Anwalt, um zu sehen, ob sie noch etwas machen können. Am 27. Februar bestellt der LBK die Krankenpflegerschülerinnen zu sich. Im Hafenkrankenhaus sind noch 75 Schülerinnen. Sie sollen in zwei Wochen in das 20 km südlich gelegene AK Harburg versetzt werden und sind dagegen. Der LBK drohte sofort mit fristlosen Entlassungen, falls der Anordnung nicht gefolgt würde. Am 28. Februar tritt erstmals der »Runde Tisch« zusammen: mit Senat, BesetzerInnen, IG St. Pauli (Einzelhändlerverband) und dem zukünftigen Chef der Notfallambulanz des Hafenkrankenhauses.

# Kritik des CentrO-Artikels im letzten Zirkular

»Solche Flugblätter wollte ich eigentlich nie mehr verteilen!« Dieser Ausruf eines Genossen hat dazu geführt, daß wir in Berlin mehrmals über den Artikel zur Situation im CentrO und die Flugblatt-Aktion dazu im letzten Zirkular diskutiert haben. Für uns wurde es zum Anlaß, unsere eigenen Flugblätter zu kritisieren, denn ein Großteil der Kritik, die wir am CentrO-Flugblatt haben, gilt auch für Sachen, die wir selbst in den letzten Jahren gemacht haben. Im folgenden haben wir jetzt aber erstmal die Kritikpunkte am CentrO-Flugblatt und am Artikel im Zirkular aufgeschrieben, damit eine Diskussion ingang kommt. (Am besten legt Ihr Euch das alte Zirkular daneben, wir haben jetzt nicht jedesmal die Punkte mit Zitaten belegt, um das ganze nicht aufzuplustern.)

Die Hauptkritikpunkte aus unserer Diskussion:

* Das Flugi könnte auch von den Jusos sein. Der ganze Text, vor allem aber der Forderungskatalog am Ende stellt sich als Versuch dar, die Auswüchse des kapitalistischen Systems einzudämmen, eine Humanisierung der Ausbeutung zu erreichen. Nirgends im Flugblatt findet sich ein Hinweis darauf, daß die SchreiberInnen diese Punkte thematisieren, weil sie das System umstürzen wollen.

* Es ist überhaupt unklar, worauf die SchreiberInnen von Artikel und Flugblatt hinaus wollen. Im Flugi bieten sie sich als alternative Gewerkschaft oder Interessenvertreter an. Die ganze Sprache und Darstellungsweise ist dem gewerkschaftlichen Jargon angepaßt.

* Das Flugblatt erklärt den Leuten von oben her, in welcher Scheißsituation sie stecken. Es teilt den Leuten in den unterschiedlichen Abteilungen nur mit, daß es den anderen auch Scheiße geht und daß die auch keine Ahnung haben, wie sie sich wehren könnten – das ist schon fast paternalistisch.

* Den Weg zur Revolution stellen sich die SchreiberInnen als Dreischritt vor: Kampf für materielle Verbesserungen, Bewußtseinsbildung, Streben nach grundsätzlicher Überwindung des kapitalistischen Systems. (Ist irgendeineR von uns so zur »Bewegung« gekommen?) Damit kriegen sie ein sehr grundsätzliches Problem, denn:

* Die Eingangsthese des Artikels ist: Immigranten-Kämpfe können die Blockierung des Klassenkampfes hier aufbrechen. Und der Klassenkampf sei blockiert, weil die Leute ins System eingebunden sind. Das könne sich ändern, wenn die Leute im CentrO kämpfen, die im Gegensatz zu den »einheimischen« ArbeiterInnen »noch nicht eingebunden« sind in den Sozialstaat. Aber warum sollen die »ImmigrantInnen« weiterkämpfen, wenn sie den ersten Schritt (materielle Verbesserungen = Einbindung!?) hinter sich gebracht haben? Und warum sollte es in dieser Logik unsere Absicht sein, die Einbindung der ImmigrantInnen zu befördern?

* Es kann uns nicht darum gehen, Flugis mit "vernünftigen Forderungen" zu verteilen, um erst die Spaltungen aufzuheben und dann gemeinsam zu kämpfen. Im Grunde genommen setzt man sich damit in die Position, ausgleichend zu wirken. Aber die ArbeiterInnen sind nicht schwach, weil sie gespalten sind, sondern gespalten, weil sie schwach sind.

* Wir wissen nicht, ob der Flugblatt-Text zusammen mit z.B. FAU-Leuten geschrieben wurde. Aber wir fragen uns, wieso machen Revolutionäre so ein gewerkschaftliches Flugblatt? Und warum drucken sie die positiven Reaktionen der örtlichen Presse und des Gewerkschaftsvertreters völlig unkritisch im Anhang ab? (Wir haben den Eindruck, daß der Gewerkschaftsheinz ganz gut verstanden hat, daß die GenossInnen eigentlich seinen Job machen! Und um jetzt nicht ganz falsch verstanden zu werden: Es geht uns überhaupt nicht darum, daß in jedem Flugblatt "die Revolution" beschworen werden muß; kurze fetzige Flugblätter, die ein einzelnes Problem angreifen, machen oft sehr viel mehr Sinn. Mit »gewerkschaftlich« meinen wir, daß die SchreiberInnen den "Gesamtblick von oben" einnehmen und mit "vernünftigen Forderungen" die ArbeiterInnen zu erreichen versuchen, zu denen sie bisher keinen Kontakt haben.)

*Folgende Fragen bleiben erstmal offen:*
Wie kommen wir eigentlich darauf, die ImmigrantInnen würden frischen Wind in die Auseinandersetzung bringen? Wo entwickeln und formulieren sie »Vorstellungen und Ziele von einer Verbesserung ihrer Situation«, die über den Standard für »einheimische« ArbeiterInnen, also den Sozialstaat, hinausgehen?
Ein Genosse ging in der Diskussion so weit zu sagen: »Mich interessiert doch überhaupt nicht, ob die n paar Mark mehr verdienen. Und wahrscheinlich kommt die Forderung gar nicht von den Leuten selbst, sondern die SchreiberInnen haben sie so drunter geschrieben.« Aber was ist die Alterna-

tive zu solchen Flugblättern, mit denen man über bescheidene materielle Forderungen versucht, Kontakt zu anderen ArbeiterInnen aufzunehmen?

Wir haben unsere Flugblätter meist mit dem Vorsatz gemacht: den ArbeiterInnen eine Stimme zu geben – aber: welchen ArbeiterInnen? und: wie geht das in Zeiten der Flaute?

Unter jedes Flugblatt »Für die Revolution« drunter zu schreiben, löst das Dilemma jedenfalls nicht.
Wir müssen mit der Kritik tiefer gehen, um aus dem Verhalten der ArbeiterInnen selbst wieder eine grundsätzliche Systemkritik entwickeln zu können – und um in unseren Flugblättern auch wieder selber vorzukommen!

*Diverse Berlin/Potsdamer Flugblatt-AutorInnen*

# Über Antikapitalismus

*Vorbemerkung:*
*In den letzten Zirkularen wurde öfters betont, daß die linke Diskussion in anderen Ländern weitaus fortgeschrittener sei als in unseren Gefielden. Das schlug sich dann auch darin nieder, daß wenig »Eigenproduktion« und sehr viel Übersetztes im Zirkular zu finden war. Unsere Erklärungsmuster, unsere Waffen der Kritik der kapitalistischen Weltgesellschaft scheinen stumpf geworden zu sein. In den ersten Ausgaben des Wildcat-Zirkulars wurde so erst gesichtet, welche Erklärungsansätze sich auf dem linken Theorie-Markt so tummeln. Die Regulationstheorie und ihr Verständnis von Keynesianismus wurde ebenso kritisiert wie autonom-sozialrevolutionäre Theorieansätze (Autonomie, Materialien für einen neuen Antiimperialismus). Der Text versucht diesen abgerissenen roten Faden wieder aufzunehmen, in der Hoffnung, eine allgemeine Diskussion fernab der Empirie zu entfachen, die zu einem Klärungsprozeß führen kann.*

Das Geplappere über das angeblich neue Gesicht des Kapitalismus will nicht aufhören. Nun sind es Schlagworte wie Globalisierung, zeitliche Beschleunigungen, dominierendes Finanzkapital die vorgaukeln sollen, es hätte sich substanziell etwas im und mit dem Kapitalismus verändert. Jedermann kann auftrumpfend erklären, daß der Kapitalismus ja längst nicht mehr derjenige der Zeiten des alten Marx ist. Doch ist tatsächlich alles so neu am aktuellen Kapita-

lismus?
Die einen heben auf seine Globalität ab und scheinen zu vergessen, daß Globalität schon im Begriff des Kapitals angelegt ist. Das »automatische Subjekt« alias Kapital kennt keine Grenzen und nationale Zugehörigkeit. Außerdem war der Kapitalismus schon immer als Weltsystem zu begreifen. Über die nicht umbedingt neue, aber doch ungewohnt intensive Beschäftigung des Kapitals mit sich selbst in der Geldform, scheinen viele den Blick dafür zu verlieren, daß das Kapital nachwievor Arbeit einsaugt – z.B. in der »Welt in Umwälzung«, in Asien. Neu ist auch an den aktuellen Versuchen, den Zirkulationsvorgang, die Transportarbeit, extrem zu verbilligen, daß heißt: unter anderem die Löhne zu drücken, den Streß zu heben, nichts. Konkret kann das Kapital als Bewegung der Verwertung des Werts aufgrund der moralischen und sozialen Schwäche des Proletariats lästige Reproduktionskosten streichen, und die Arbeiterinnen und die Arbeiter können auf das Existenzminimum runtergedrückt werden, da die Höhe des Lohnes eben auch von moralischen und sozialen Komponenten festgelegt wird.
Der Kapitalismus entfaltet sich eben aktuell zu seinem Begriff. Die Akkummulation, also die Selbstvermittlung des Kapitals mit sich selbst, zieht ihren Kreis immer enger, die zeitliche Durchlaufslänge des Wertes auf dem Markt – bis der Wert also realisiert wird – soll vermindert werden, die Umschlagszeit des Kapitals soll gegen Null gehen. So brutal für die Transportarbeiter oder die EDV-Arbeiterinnen, so wenig spektakulär und neu ist dieses Phänomen.
Und tatsächlich kann man jedem, der wissen will, was Kapitalismus ist, nachwievor Charly Chaplins »Modern times« empfehlen – von Arbeitslosigkeit, Hunger, immer schnelleren Maschinenlaufzeiten, Zwang zur Arbeit um am gesellschaftlichen Reichtum wenigstens ein klein wenig Teil zu haben wird dort nämlich eindrucksvoll und aktueller denn je erzählt.
Nur eines wird dem Cineasten sofort ins Auge stechen: die streikenden, solidarisch-stehlenden, sympathischen Individuen sind tatsächlich von Vorgestern. Und genau dies ist das erschreckend Neue: Die Erwartungen und Imperative des Kapitals scheinen die Köpfe der Menschen der nachfaschistischen BRD-Gesellschaft in der Folge einer totalen Subsumtion nahezu restlos besetzt zu haben. Dazu – zu der eigentlichen Krise revolutionärer »Politik« – weiter unten mehr. Zu Beginn ersteinmal eine Auseinandersetzung mit der neuen linken Begeisterung für die Arbeit.

## Antikapitalismus als Lob der Arbeit?

### *1. Die Orthodoxie*

> »Antikapitalismus pur kann zu den seltsamsten Ausformungen führen, auf der nationalen Seite zu völkischem Antikapitalismus, Nationalbolschewismus und ähnlichem, auf der

Linken zu Proletkult.« (Hermann L. Gremliza, Konkret-Kongreß)

Wer so spricht, der möchte zwar etwas Antikapitalismus nachwievor im Tornister der linken Theorie und Analyse mit sich herumschleppen, der möchte aber auch – quasi als Verdauungsschnaps – den radikalisierten Antifaschismus des Antideutschtums im Gepäck haben, wie es an der publizistischen Stoßrichtung der *Konkret* abzulesen ist.
Antikapitalismus pur ist ihm jedenfalls suspekt. Was Antikapitalismus pur allerdings sein soll, ist hierbei die Frage. Geht es um die korrekten Mischverhältnisse ?
Nein, es zeigt sich bei einem derartigen Verständnis von Antikapitalismus, der in Proletkult enden kann, daß diese Alt-Linken nachwievor der marxorthodoxen Vorstellung vom Antagonismus Arbeit-Kapital verhaftet sind.
Wer – wie Gremliza – Antikapitalismus in der Linken in Proletkult münden sieht, hat zwar aufmerksam den hegemonialen »Antikapitalismus« einer ML-Linken studiert. Doch bleibt er selbst noch dieser Sichtweise verhaftet, weil er nicht begriffen hat, daß die Arbeit und das variable Kapital integraler Bestandteil des Kapitalverhältnisses sind. Mit diesen Scheuklappen behaftet, ist es nur folgerichtig, daß Gremliza davon ausgeht, daß die realsozialistischen Länder, in denen der Proletkult blühte, antikapitalistisch waren. Doch so wird er es aber auch nie schaffen, einen Begriff von Antikapitalismus zu entwickeln, der sich löst von den marxistisch-leninistischen Arbeitsdiktaturvorstellungen und dem üblen Erbe des Sozialdemokraten Marx, der in der Entwicklung der Produktivkräfte einen notwendigen Gang der Geschichte erkennen mochte und oftmals seine Ambivalenz zwischen Arbeitskritiker und Arbeitstheoretiker zu Gunsten von letzterem auflöste – eine Haltung, an der die Bolschewisten mit ihrer Entwicklungsdiktatur und der Arbeitshypostasierung à la Stachanow andocken konnten.
**Jeder Antikapitalismus, der diesen Namen auch verdient, kommt deshalb an der Kritik der Arbeit selbst nicht vorbei. Kommunismus ist die Selbstnegierung des Proletariats als (mehrwertschaffende) Klasse.** Andernfalls – und einige *Konkret*-Linke steht dafür beispielhaft: vom SU-Groupie Gremliza bis zum Ulbricht-Fan Sahra Wagenknecht – wird das ideologische Herrschaftsinstrumentarium 'Marxismus' weitergeführt, mit Verklärung des östlichen Staatskapitalismus verbunden. (Bei Gremliza mit einer scharfen Prise Antideutschtum angereichert, bei Wagenknecht noch ganz aus altem Holz geschnitzt.)
Um es deutlicher zu sagen: Ein Antikapitalismus, der die Arbeit und die Produktivkräfte überhöhte und nicht als integralen Bestandteil des Kapitalverhältnisses kritisiert, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Wer diesen – die Wertvergesellschaftung nicht kritisierenden – Antikapitalismus mit Antideutschtum oder ähnlichem lediglich verdünnen will, liegt falsch, denn er verkennt den unmittelbaren Zusammenhang von Wertproduktion und der realen

wie ideologischen Funktion des Staates als 'ideeler' Gesamtkapitalist.
Detlef Hartmann brachte die Haltung derjenigen, die Marxismus als Herrschaftsinstrument weiter benutzen, folgendermaßen kritisch auf den Punkt:
»...den undifferenzierten Begriff der Klasse nicht aus den Kämpfen gegen die technologischen Potenzen der produktiven Unterwerfung zu gewinnen, sondern aus seinen produktiven Funktionen und dadurch Technologie ideologisch zu neutralisieren; den Begriff des Widerspruchs nicht aus dem revolutionären Prozeß gegen die Intensivierung der Gewalt der Produktivkräfte und die kapitalistische Vergesellschaftung ausbeutender Organisation zu gewinnen, sondern zur Entfesselung, zur Emanzipation der Produktivkräfte und ihrer organisatorischen Potenzen gegen längst überholte Eigentumsfunktionen zu pervertieren...« (ak 362)

## *2. Negris Leninismus im bunten Kostüm der Postmoderne*

Es war lange Zeit das Verdienst des Operaismus, den Kampf gegen die Arbeit (die sich am geschichtsträchtigsten in den süditalienischen WanderarbeiterInnen und ihren Kämpfen ausdrückte) gegen die Marx-Orthodoxie und deren Arbeitsfetischismus verteidigt zu haben.[1] Um so mehr nimmt es Wunder, daß wir von einem bekannten autonomen Theoretiker heutzutage eine geballte Ladung Unverständliches geliefert bekommen – Toni Negri in der *Beute* von Winter 96/97:
Zuerst bezieht er sich auf diese Klassenkämpfe, die die Verweigerung und den Kampf gegen die Arbeit als Inhalt hatten, um zu folgendem Schwenk zu kommen: »Die Verweigerung der Arbeit bedingte die Modifikation der Arbeitsorganisation und macht die Entwicklung der 'intellektuellen Arbeit' möglich, die eine Erfindung der Bosse war. Aber offenkundig hat es einen Sieg der Arbeiterinnen und Arbeiter gegeben.«
Offensichtlich, denn wir leben ja laut Negri schon im Kommunismus, wie er seit einigen Jahren nicht müde wird zu behaupten. Dieser Sieg basiere auf der weitgehenden »Autonomie« der Arbeit, insbesondere der »immateriellen Arbeit«, »die heute als grundlegendes Moment der in der Produktion tätigen Arbeitskraft dient. Und daher kann von 'immateriell Arbeitenden' gesprochen werden, die aufgrund ihrer intellektuellen Fähigkeiten immer mehr gefordert sind. (...) Wir sprechen (...) von 'immaterieller Arbeit', um zu sagen, daß es sich nicht mehr um Arbeit auf der Basis eines rein physischen Verhältnisses in der vom Kapital beherrschten Organisation der Arbeitsprozesse handelt. Die Vorherrschaft des Kapitals besteht, aber diese kapitalistische Vorherrschaft basiert auf einer Autonomie der Arbeit, die sich außerhalb ihrer konstituiert.« Negri weigert sich Kapitalismus als Totalität zu begreifen, stattdessen läßt er sich dazu hinreißen, das Kapital als »etwas rein Parasitäres« zu bezeichnen. Exakt dieses Verständnis von unproduktiven Couponabschneidern (= Kapitalisten) kontra

schöpferischer Potenz der Arbeit läßt sich aber schon bei Lenin nachlesen.
Negri bezieht sich allerdings ganz unorthodox auf postmoderne Theorie und findet z.B. bei Foucault sehr viel Sympatisches wie »Brüche, Sprünge und Autonomien«, und die daraus resultierende Möglichkeit »Mikropolitik« zu betreiben, die sich allerdings auf Klein-kleinst-Bewegungen bescheidet und der Revolution eine Absage erteilt, er findet aber auch reichlich Metaphysisches über »die Macht des Lebendigen«, was ihn immer weiter weg vom Materialismus führt. Bereits der Antihegelianer Foucault wehrte sich gegen das Begreifen von Gesellschaft als Totalität. Daher auch das theoretische Rumgestolpere von Negri: wie soll es denn bitteschön eine Autonomie der Arbeit im Kapitalismus geben ? Es gibt die abstrakte Arbeit und die konkrete. Die abstrakte Arbeit – also die unterschiedlichen Privatarbeiten, die durch den Markt vermittelt gesellschaftliche Arbeit sind – hat aber total die konkrete Arbeit okkupiert. Genauso wie der Tauschwert den Gebrauchswert okkupiert hat – ohne daß damit der Gebrauchswert verschwunden wäre. Denn Waren ohne Gebrauchswert würden auf dem Markt nicht gekauft, d.h. ihr Wert würde nicht realisiert.
Negri sieht aufgrund einer bestimmten Arbeitsorganisation die Möglichkeit des Kommunismus gegeben. Er sieht in der Koproduktion und der produktiven Kooperation einen gesellschaftliche Utopie: »Es gibt diese Macht des Kapitals, die allgemeine produktive Ebene zu entwerfen, aber diese allgemeinen produktive Ebene ist zugleich ziemlich autonom gerade durch das Vermögen der Menschen, sich die 'Werkzeuge der Arbeit' anzueignen, und durch das Vermögen, solidarische Beziehungen innerhalb der Koproduktion und der produktiven Kooperation einzugehen. Und das alles bestimmt die Situation, die vollkommen neu ist.«
Wieder mal ist alles vollkommen neu ... Aber was ist denn neu an einer Situation, in der die Leute in der Gruppenarbeit ausgepowert werden und ihr ganzes kreatives Potential nicht mal mehr in den heimischen Modelleisenbahnbau oder in den Schrebergarten sondern ausgerechnet in die Arbeit selbst legen ? (Und wehe der Kollege macht das nicht...!)
Die Gruppenarbeit in den neuen Fabriken widerlegt doch nicht Marx, sondern bestätigt erneut seine allgemeinen Ausführungen: »Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Vereinzelte, die in ein Verhältnis zu demselben Kapital, aber nicht zueinander treten. Ihre Kooperation beginnt erst im Arbeitsprozeß, aber im Arbeitsprozeß haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören. Mit dem Eintritt in denselben sind sie dem Kapital einverleibt. Als Kooperierende, als Glieder eines werktätigen Organismus, sind sie selbst nur eine besondre Existenzweise des Kapitals.«[2]
Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter nach mehr 'Selbstbestimmung', das Bedürfnis die stumpfe Fließbandarbeit hinter sich zu lassen, sind »produktiv« in der Gruppenarbeit von oben aufgegriffen worden. Der Operaismus hat

diese Funktion des Klassenkampfes als Modernisierungsfaktor und Triebfeder der technologischen Entwicklung schon immer betont (und damit auch das dynamisch, kämpferische Moment, das in der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie fast ganz herausgefallen ist, wieder in die revolutionäre Theorie mithineingenommen). Die Fremdheit gegenüber der fremdbestimmten Ausbeutung am Fließband des Fordismus wurde unter maßgeblicher Initiative der Gewerkschaften in technologische Entwicklung und neue Arbeitsmodelle überführt. Das zweifelhafte Ergebnis ist eine wiedergewonnene »Arbeiterwürde« und eine verstärkte Selbstdefinition über die Arbeit. Darin sehe ich die Krise der Arbeiterklasse: in ihrer aktuell nicht vorhandenen Fremdheit gegenüber der zur »Arbeitswelt« verniedlichten Ausbeutungsspäre.
Doch die Kritik der Arbeit ist nicht nur in den beschriebenen Arbeitsmodellen in der Automobilindustrie ersteinmal suspendiert: Immer mehr Menschen müssen das machen, was Bürgergeldlobbyisten, gutmeinende evangelische Pfarrer und Linksgewerkschaftlerinnen fordern: »ohne Arbeit leben lernen«. Tatsächlich müssen sie mit immer prekärerer Arbeit leben lernen. Die Arbeitslosigkeit sitzt natürlich den Arbeiterinnen und Arbeitern im Nacken. Allerdings mit dem zweifelhaften Ergebnis, daß die Hinterfragung der Lohnarbeit selbst überhaupt nicht mehr denkbar erscheint und jede Position, die einen »Kampf gegen die Arbeit« proklamiert als abseitig empfunden wird, ja nichteinmal nachvollzogen werden kann. Obwohl das Kapital nicht mehr die Reproduktion der vielen Arbeitslosen und *working poor* garantieren kann, ist das Alltagsbewußtsein paradoxerweise um so stärker angekettet an die Arbeit und die Arbeitsgesellschaft (disponible Zeit wird nicht mehr als Reichtum empfunden, sondern als Qual). Verdrängungsmechanismen greifen um sich, den wenigen Kindern, die sagen, daß der Kaiser nackt ist (oder ausgezogen werden müßte), wird augenblicklich der Hosenboden versohlt – Angst im Kapitalismus führte schon immer zur Aggressivität der Integrationswilligen.

*... Auf der Suche nach dem Subjekt der Befreiung ...*

Das Problem der antikapitalistischen sozialrevolutionären Linken ist, daß sich Klasse als kämpfende Klasse gegen die Imperative von Staat und Kapital in den Metropolen gerade nicht formiert, die wohlfahrtsstaatliche Fixierung nicht überwunden wird und ein Hinterfragen der Mehrwertproduktion ausbleibt. Je wahrscheinlicher die eigene Überflüssigkeit fürs Kapital wird, desto weniger trachtet der Arbeiter danach, sich aus seiner Funktion als variables Kapital zu lösen.[3] Die vereinzelten Streikberichte lösen bei uns ja auch berechtigterweise nur noch Achselzucken aus, geht es doch nicht einmal mehr um den besseren Verkauf der Ware Arbeitskraft als notwendig immanente Bewegung des Kapitals (Klassenkampf als Motor des Kapitals).
Vielleicht ist es ein Problem der Wahrnehmung und des Pessimismus der

metropolitanen Linken. Doch vielleicht liegt es auch an der Unterschätzung der Ideologien, der Denkformen also, die durch die kapitalistische Gesellschaft produziert werden – und die Wertkritiker wie die Freiburger Initiative Sozialistisches Forum ins Fadenkreuz ihrer praktischen Kritik (der Ideologiekritik) nehmen. Dabei begreifen sie Wert nach Karl Marx als gesellschaftsstrukturierende Zentralkategorie, nicht als ökonomische Größe, sondern als gesellschaftliches Verhältnis.

*3. Adornos Wertkritiker...*

Der Wert sitzt demnach auch in den Köpfen. Die Wertkritiker machen die künstliche Trennung in Basis und Überbauphänomene nicht mit. Mit Marx'Ausführungen über den »Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis« versuchen sie den »Zauber und Spuk« im Kapitalismus der von der Ware verursacht wird, in den Blick zu bekommen. »In der kapitalistischen Warengesellschaft hat sich der Prozeß der Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens den Bedürfnissen der Menschen gegenüber verselbständigt. Produkte der menschlichen Hand werden im Tauschprozeß zu selbstständigen Dingen, zu Wertgegenständen, die eine von der Tätigkeit der Menschen losgelöste Eigendynamik zu besitzen scheinen. Die Gesetze des anonymen Marktes erscheinen als blinde, naturhafte Gewalten, hinter denen sich in Wahrheit gesellschaftliche Machtverhältnisse verbergen. Alle auf dem kapitalistischen Markt zirkulierenden Güter hören auf, anschaulich konkrete Gegenstände zu sein und erstarren zu Waren. Deren Wertform wird nicht als ein Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern als Eigenschaft der Dinge selbst erfahren. In Analogie zu dieser Fetischisierung der Warenwelt werden die Produkte des menschlichen Denkens zu selbständigen Mächten, die die Geschichte zu lenken scheinen, verdinglicht.«[4]
Toni Negri behauptet im Gegensatz dazu ja seit den 70ern, daß das Kapital nur noch als Kommando existiere und das Wertgesetz aufgrund der autonomen Klassenkämpfe in die Luft geflogen sei. Hier stellt sich doch die Frage, ob nicht viel eher die Wertvergesellschaftung im oben beschriebenen Sinne total geworden ist. Die Auseinandersetzung mit den Wertkritikern der unterschiedlichen Couleur (Postone, Joachim Bruhn (ISF), aber auch Robert Kurz), die alle drei eine kritische Marxlektüre pflegen, wäre sicherlich angesagt.
Der Blick der Wertkritiker (beispielsweise der Berliner *bahamas* oder der Freiburger ISF) auf die kapitalistische Gesellschaft scheint auch durch die aktuelle Flaute, was revolutionäre Bewegungen anbelangt, sehr viel Plausibiliät zu bekommen. Die wertkritische Schule, die sich auf die Kritische Theorie um Adorno/Horkheimer bezieht, bieten mit ihrer Analyse von Wertvergesellschaftung und daraus unmittelbar (in Folge einer Verdopplung der Warenform in Denkform) resultierendem »notwendig falschen Bewußtsein« (Marx) eine kohärente Erklärung, warum alles so scheiße ist. Sie führen die Misere, daß die

Arbeiterklasse dem Kapital nicht den Garaus macht, darauf zurück, daß zum einen die Reproduktion des einzelnen im Kapitalismus nur über den Umweg der Beihilfe des einzelnen zur Akkumulation des Kapitals zu haben ist, zum anderen, daß der Arbeiter selbst den Fetischformen (z.B.: Lohnfetisch) der kapitalen Vergesellschaftung aufsitzt. Die Subsumtion unter das Kapitalverhältnis im entwickelten Kapitalismus ist total geworden.
Marx beschreibt im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation die zuerst formelle Subsumtion der Klassenreproduktion über die gewaltsame Zerstörung nicht-kapitalistischer (Re-)Produktionsweisen, die Arbeiter lernen aber mit der Zeit die Regeln des Spiels – Gewalt ist zur Kettung der Arbeiter ans Kapital nicht mehr nötig:
»Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen gang der Dinge kann der Arbeiter den 'Naturgesetzen der Produktion' überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital.«[5]
Allerdings kannte Marx noch nicht den Faschismus, er hätte ihn lediglich als »Barbarei« bezeichnen können. Der NS hat die ArbeiterInnenklasse zu »Humankapital« erzogen und formiert und damit die totale Subsumtion erreicht. Allerdings überhaupt nicht »stumm« und über ein sehr intensiven Gebrauch außerökonomischer, unmittelbarer Gewalt. Auf der anderen Seite hat der NS Antwort auf die Unfassbarkeiten, Unwägbarkeiten und Undurchschaubarkeiten des Marktes gegeben. Die abstrakte Seite des Kapitals wurde im Juden personifiziert, die konkrete – die Arbeit – hypostasiert und die Zirkulationsspäre weitgehend kassiert.
Nach der totalen Subsumtion des einzelnen im Nationalsozialismus unter Staat und Kapitalverhältnis, ist die Klassenreproduktion an die Akkumulationsbewegung des Kapitals gekettet. Die Vorstellungen und Erwartungen der Subjekte sind davon restlos geprägt: »Die totale Organisation der Gesellschaft durchs big business und seine allgegenwärtige Technik hat Welt und Vorstellung so lückenlos besetzt, daß der Gedanke, es könne überhaupt anders sein, zur fast hoffnungslosen Anstrengung geworden ist.« schreibt Theodor W. Adorno 1942 unter dem Eindruck des Faschismus.[6]

*4. ...und Herzens Sozialrevolutionäre*

Auch von einer sozialrevolutionären, sozialhistorisch argumentierenden Linie her, stoßen wir auf dieses Problem: In dem geschichtlichen Blick auf Chancen und *lost causes*, die im Klassenkampf lagen, und in denen sich die Klasse aus dem Lohnfetisch löste und der kapitalistischen Verwertungslogik eine eigene revolutionäre Logik entgegensetzte, begegnen uns Bewegungen, deren revolutionäre Dynamik tatsächlich genau darin bestand, daß die Subjekte nicht oder nur peripher unter das Kapitalverhältnis subsumiert waren und in der Folge der Akkumulationsdynamik unter Druck gerieten:

In Rußland machten nicht die Bolschewiki die Revolution, sondern die bäuerlichen Massen und die Bauern-ArbeiterInnen in den Städten, die auf Grund des Inwertsetzungsdrucks revolutionär wurden. Sie standen den Entwicklungsdiktatoren Lenin'scher Prägung genauso feindlich gegenüber wie den zaristischen Modernisierern um Witte und Stolypin.[7]

Die von der Sozialdemokratie angefeindeten Maschinenstürmer zogen ihre Legitimation des Angriffs auf die kapitalistische Maschinerie aus der zu einer revolutionären Größe gewordenen moral economy der vorkapitalistischen Gesellschaft.

Das Problem ist tatsächlich, daß die revolutionären Subjekte in den Archiven verstauben und in der Beschäftigung mit den *lost causes* die Gefahr entsteht, sentimentalen Historizismus zu betreiben und sich geschichtspessimistisch auf die Seite der »romantischen Verlierer«, deren Niederlagen mitnichten so romantisch waren, zu stellen und dabei einsehen zu müssen, daß mit fortschreitender kapitalistischer Vergesellschaftung und ideologischer Durchdringung die Möglichkeit der Revolution paradoxer Weise zu verschwinden droht: »der Antagonismus wird zunehmend in arbeitsteilige Verhältnisse zerstreut, die eine antagonistische Vergesellschaftung zu verunmöglichen scheinen. Die konsistenten Subjekte, auf die sich Blanqui, Weitling oder die Narodniki bezogen, sind im Prozeß der arbeitsteiligen Vergesellschaftung aufgelöst«[8]

Obwohl sowohl bei aktuellen sozialrevolutionären Theorien wie bei den Neo-Marxisten der Adorno-geschulten Wertkritik ein Fortschrittspessimissmus vorherrscht, können sozialrevolutionäre Theoretiker wie Detlef Hartmann natürlich in keinster Weise mit den Wertkritiker des Subsumtions- und Verdinglichungsmarxismus in einen Topf geschmissen werden. Während die Wertkritiker nur die blinde Verwertung des Werts kennen und an jedem Tag und überall nur Charaktermasken und variablem Kapital begegnen, enttarnt Detlef Hartmann die »Marktwirtschaft« als gewaltsamen Wertschöpfungsprozeß, der nach dem schumpeterschen Verständnis der »schöpferischen Zerstörung« funktioniert soll, und er enttarnt den Begriff der Charaktermaske als Entschuldungsfloskel und

theoretische Liquidierung der revolutionären Subjektivität. Die sozialrevolutionäre Position betont die revolutionären Brüche und Sprünge, und steht dabei selbst in einer »postmodern« genannten Tradition. In diesem Sinn war auch der erste, der »Leben als Sabotage« propagierte, der französische Philosoph Michel Foucault: »Es ist falsch, 'mit jenem berühmten Nach-Hegelianer' [gemeint ist Marx] zu sagen, daß die konkrete Existenz des Menschen die Arbeit ist. Denn das Leben und die Zeit des Menschen sind nicht von Natur aus Arbeit, sie sind: Lust, Unstetigkeit, Fest, Ruhe, Bedürfnisse, Zufälle, Begierden, Gewalttätigkeiten, Räubereien etc. Und diese ganze explosive, augenblickhafte und diskontinuierliche Energie muß das Kapital in kontinuierliche und fortlaufende auf dem Markt angebotene Arbeitskraft transformieren.«[9]
Während die Wertkritiker den »stummen Zwang der Verhältnisse« betonen und das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis begreifen, welches »hinter dem Rücke der Akteure« agiert, betont die sozialrevolutionäre und aus der Tradition des Operaismus kommende Strömung den direkten Zwang, die Disziplinierung über Technologie usw. Ist die wertkritische Annahme, daß sich die Warenform bruchlos im Bewußtsein widerspiegelt, erkenntnistheoretisch richtig, bedeutete dies das *dead end* der Hoffnung auf Revolution. Der Fehler der wertkritischen Marxlektüre besteht darin, aus Kategorien und Begriffen (Wert und Ware) die Wirklichkeit restlos ableiten zu wollen – verbunden ist dies mit der Unterordnung des Abweichenden unter das gewählte Erkenntnisschema.

Beide Theorieansätze – der wertkritische wie der sozialrevolutionäre – treffen sich jedoch, wo es um die (Un)Möglichkeit eines revolutionären Prozesses von Seiten der dem Kapitalverhältnis unterworfenen Arbeiter geht. Detlefs Wut auf die Verhältnisse läßt ihn lediglich immer neue revolutionäre Subjekte suchen, die (noch) nicht vollkommen in das Kapitalverhältnis eingebunden sind (im Trikont die Bauern-ArbeiterInnen, die dem Streß der ursprünglichen Akkumulation [modisch auch enclosure genannt] ausgesetzt sind, in den Metropolen die Ausgegrenzten und Gesäuberten aus den Innenstädten). Als linksradikaler Geschichtler begibt gerade er sich ja auf die sympathische Suche nach den *lost causes* der Revolution. In seiner Kritik an Karl Heinz Roth kommt Detlef Hartmann (ak 362) zu dem Schluß, daß seit 1848 die Revolution aus Deutschland in die Peripherie auswandern mußte. 1848 war das Ende der Subsistenzunruhen des lebendigen »Nicht-Werts« und der Beginn der bürgerlichen Konterrevolution und der Schaffung einer restlos innerhalb der Reproduktion des Kapitals sich befindenden Arbeiterklasse. Detlef steht mit dieser Einschätzung in der durchaus ehrenwerten Tradition eines Alexander Herzen und anderer russischer Revolutionäre, die auf Grund der Enttäuschung über die abgebrochenen Revolution 1848 einen revolutionären Bruch gegen das marxistisch-lineare Stufenmodell, daß die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse impliziert, propagierten – und im »unterentwickelten« Rußland die Voraussetzung hierfür vor-

zufinden meinten. Die von reaktionären Momenten - im Zuge der Auseinandersetzungen und Kämpfe – entschlackte und die Kollektivität bewahrende Dorfgemeinschaft sollte Modell eines direkten Kommunismus sein, der in Rußland sofort verwirklicht werden könne, ohne durch die »schreckliche Schule des Kapitalismus« zu gehen. Die linken Sozialrevolutionäre und internationalistischen Maximalisten in der russischen Revolution waren die Nachfolger dieser modernen antimodernistischen Vorstellung.

Eine zukünftige revolutionäre Bewegung wird im geistigen Tigersprung in die Vergangenheit dieser gescheiterten und blutig zerschlagenen Bewegungen gedenken und sie gegen die auftrumpfenden, modernistischen Technikfetischisten und Fortschrittsoptimisten verteidigen müssen. Schleicht sich doch beispielsweise bei den Wertkritikern der Nürnberger *krisis*-Schule eine sozialdemokratische Geschichtsphilosophie in ihre Theorie ein. So sehr sie eine kritische Marx-Lektüre pflegen und die Kritik der Arbeit betreiben, sind sie doch einem linearen Geschichts- und Fortschrittsbild verhaftet. So schreibt Robert Kurz beispielsweise im »Kollaps der Modernisierung«, daß die Menschheit damit konfrontiert sei, »daß sie durch die selbstgeschaffenen Produktivkräfte hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen und 'technischen' Ebene kommunistisch vergesellschaftet wurde.« Die 'andere Arbeiterbewegung' wird von ihnen völlig ignoriert und den Hut nachwievor vor Lenin ziehend behaupten sie, 1917 hätte es noch nicht um Abschaffung der Warenproduktion, sondern erst um ihre volle Entfaltung gehen können – aufmerksam Lenin studiert, kann man da nur sagen![10]

Die Durchsetzungsgewalt des Kapitalismus hat noch kein Ende genommen (China, Chiapas) – daher drängt sich die Frage auf, ob nur in peripheren Bewegungen das Heil einer konservativen Blockierung gegen die »schöpferische Zerstörung« des Bauernlegens zu suchen ist ? Ich bin in dieser Frage nicht allzu optimistisch. Wer die Entwicklung der palästinensischen Sozialbewegungen beobachtet hat, mußte enttäuscht feststellen, wie der Kampf gegen die Vertreibung von Land und Boden, also von den subsistenten Reproduktionsmöglichkeiten, völkisch und nationalistisch aufgeladen wurde. Eine Tatsache die auch antisemitischen und religiösen Gruppen enormen Rückenwind verschaffte. Das gleiche läßt sich in Kurdistan beobachten. Außerdem wäre es höchst einseitig, nicht wahrnehmen zu wollen, daß gerade viel junge Frauen als Arbeiterinnen der Enge des patriarchalen Dorflebens entfliehen wollen, also selber eine Entwicklung in Gang setzten und aktiv auch tragen. Subsistenzkitsch ist hier genausowenig angesagt wie die Romantisierung des russischen Dorfes durch die romantizistischen Bauerntümler Ende letzten/ Anfang dieses Jahrhunderts.
Über Chiapas wird in der bundesrepublikanischen Linken kaum ernsthaft diskutiert, »Chiapas« ist mehr oder weniger Chiffre für die schlichte Tatsache, daß

doch noch irgendwo irgendwas geht. Und wo doch mal genauer diskutiert wird, werden Nonsensbegriffe wie »Zivilgesellschaft« positiv aufgeblasen, anstatt die reale Begrenztheit der EZLN-Ideologie kritisch zu untersuchen. Es müßte doch auffallen, daß die EZLN genau den Nationalismus des mexikanischen Staates bemüht, der in den 20er Jahren die ideologische Begleitmusik zum mexikanischen Pakt zwischen Gewerkschaftsverbänden, Kapital und liberalem Großgrundbesitz abgab. Die EZLN beruft sich auf die mexikanische Verfassung, die die Revolution institutionalisierte (also abbrach) und – damit verbunden – die (indigene) aufständische Campesino-Bewegung blutig zerschlug.
Ohne revolutionäre Blockaden in den Herzen der kapitalistischen Akkumulation (BRD-Europa, USA, Japan) sind diese Bewegungen, die immer auch sozialrevolutionäre Ziele von direkter Aneignung des Landes in sich tragen und einer Selbstbehauptung von »Würde«, die jenseitig der allgemein-kapitalistischen »Menschenrechte« proklamiert wird, jedenfalls verloren.

Laßt uns daher diskutieren, inwiefern aktuell ein Zusammenhang zwischen metropolitaner Arbeiterklasse und Revolution besteht. Das historische Gedächnis und die Selbstvergewisserung antagonistischer Vergesellschaftung in vergangenen kommunistischen Bewegungen beweisen lediglich, daß es nicht immer so war, wie es ist und daß es wieder anders kommen kann. Wir müssen also fernab des Allgemeinplatzes, daß wir einen negativen Klassenbegriff gebrauchen müssen, d.h. daß die Arbeiter sich als Klasse selbst zerstören können und damit (mit der Verweigerung der Wertproduktion) auch dem Kapitalismus das Grab schaufeln können, prüfen inwiefern die aktuelle Produktionsweise Möglichkeiten einer besonderen Rebellionsweise eröffnet. Eine Rebellionsweise, die allerdings gegen die Produktionsweise an sich gerichtet ist und nicht – wie Negri behauptet – mit ihr händchenhaltend einhergeht.
Wo sehen wir denn konkrete Anhaltspunkte, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen zur »kämpfenden Klasse« werden, weil sie nicht mehr Arbeiterklasse des Kapitals sein wollen ? Wo sind Bewegungen am Werk, die keine Forderungen mehr in den bürgerlichen Formen von Recht und Geld erheben, sondern sich der Verwertung verweigern ? Wo kann sich das Abweichende verdichten zu einer antagonistischen Vergesellschaftung?

*H., Freiburg*

1. Daß aus der Beobachtung und dem Wissen, daß die Arbeiterklasse revolutionäre Potenzen hat, wenn sie sich selbst als Klasse zerstören will, eine Revolutionstheorie geschustern wurde, hat sehr viel mit Dogmatismus und dem Bedürfnis zu tun, das Nicht-Ableitbare (die Revolution) doch ableiten zu wollen ...

2. Karl Marx, *Das Kapital* MEW 23, S. 352f.

3. Stattdessen wird über rassistische Konformisten-Revolten, über den aggressiven nationalistischen Appell an den »ideelen Gesamtkapitalisten«, den Staat, versucht die eigene Brauchbarkeit für den Standort zu beweisen.

4. Kurt Lenk, *Ideologie, Ideologiekritik und Wissenssoziologie*, S. 27.

5. MEW 23, *Das Kapital*, 24 Kapitel, Die ursprüngliche Akkumulation, S. 765.

6. Adorno, *Reflexionen zur Klassentheorie.*

7. Marx selbst könnte eine gewisse Sympathie zu den Vorläufern der russischen Sozialrevolutionäre unterstellt werden, wenn er wie der Narodniki-Theoretiker Tschernyschewski fragt, »ob Rußland, wie die liberalen Ökonomen verlangen, mit der Zerstörung der Bauerngemeinde anfangen und dann zum kapitalistischen Regime übergehen muß, oder ob es im Gegenteil, ohne die Qualen dieses Systems durchzumachen, sich alle Früchte desselben aneignen kann...« Soviel aber nur als Bemerkung zur Diskussion um die »Entwicklung der Produktivkräfte« als fortschrittsoptimistische Ideologie, die der schlechten arbeitsontologischen Seite des Hegelianers Marx geschuldet ist, die durchaus mit dem Marx als Sympathisant der frühen russischen Stadtguerrilla »Narodnaja Wolja« kollidierte.

8. *Materialien für einen neuen Antiimperialismus*, Vorwort zum Rußland-Buch, S. 7.

9. M. Foucault, *Macht und Norm*, in: Mikrophysik der Macht, Berlin 1976, S. 117.

10. vgl. Krisis-Redakteur P. Klein, *Die Illusion von 1917, Die alte Arbeiterbewegung als Entwicklungshelferin der modernen Demokratie*, Horlemann 1992.

Folgende Anzeige wurden wir gebeten abzudrucken:

Arbeitsrechtseminar Sa 22.3. bis So 23.3.
im Kino Lichtblick, Wolliner Straße 19, Berlin-Mitte
Veranst.: FAU-IAA (Berlin/Brandenburg)
Infos: Schliemannstr. 22 - 10437 Berlin

Samstag: 11-18 Uhr rchtlicher Rahmen und basisgewerkschaftliche Alternativen beim Arbeitskampf und politisch-sozialen Aktionen - Gesetze - richterrecht - Arbeitsvertrag - Kündigungsschutz - Tarifvertrag - Betriebsverfassungsgesetz - anschl. prima Film zum Thema
Sonntag: 11-16 Uhr Rock'n Roll im Betrieb und auf der Straße: direkte Aktionen, Boykottmaßnahmen - gleiche Arbeit, gleiches Recht: Arbeitsrecht für EU- und Nicht-EU-Angehörige

Unkostenbeitrag 10 DMark für alles

Der LKW-Fahrer-Streik in Spanien

Krise, Fetischismus und Klassenzusammensetzung

Zur Zentralität der Arbeit

Der globale Instinkt

Hafenkrankenhaus Hamburg

März 1997 Nr. 34/35

Wildcat-Zirkular